

# b&w

bildung und wissenschaft –  
Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

## 10 Jahre Gemeinschaftsschule Rück- und Ausblick zum Geburtstag



**Doppelhaushalt 2023/2024**  
Ohne qualifiziertes Personal  
keine zusätzlichen Aufgaben

**50 Jahre Berufsverbote**  
Stärkt Gesinnungsprüfung  
die Demokratie?

**HAW**  
Promotionsrecht  
erreicht

**GEW**

**Expertenrunde  
Bildung  
5. Oktober 2022  
Teilnahme kostenlos!**



**KLIMA  
ARENA**  
DER KLIMA-ERLEBNISORT



**Den Unterricht zum Erlebnis machen?**

**Erlebe, was du  
tun kannst.**

Mit unserem Rallye-Angebot die Ausstellung und den Themenpark erkunden und Ideen finden, wie man umwelt- und klimafreundlich handeln kann – auf spannende Art und Weise. Einfach den QR-Code scannen, um mehr zu erfahren!



**Bei Fragen:**

**07261 144 11 75**

**[bildung@klima-arena.de](mailto:bildung@klima-arena.de)**



GEFÖRDERT DURCH

**Dietmar Hopp**  
Stiftung





Foto: David Matthiessen



Monika Stein,  
Landesvorsitzende

## Eintreten für die Ärmsten

Liebe Kolleg\*innen, liebe Leser\*innen,

ich hoffe, Ihre Sommerpause war erholsam, und Sie konnten Ihre Kraftreserven aufladen.

Wir leben in bewegten und krisenhaften Zeiten. Viele sind selbst betroffen oder haben täglich mit Menschen zu tun, für die diese Zeiten nicht nur große Herausforderungen bedeuten, sondern die vor existenzielle Probleme gestellt werden. Steigende Lebenshaltungskosten oder steigende Energiepreise sind für viele ein beängstigender Ausblick auf den Herbst und Winter. Die Schlagen vor den Tafelläden werden länger, es gibt viele Menschen, die am Ende des Monats nicht mehr wissen, woher sie Geld zum Einkaufen nehmen sollen und wie sie die Miete bezahlen sollen. Die Armut in unserem Land nimmt deutlich zu, während gleichzeitig die Reichsten noch reicher werden.

In diesen Zeiten ist Solidarität wichtiger denn je, und ich danke allen, die auf die eine oder andere Weise Solidarität leben. Unsere Regierung hat bereits mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht – das letzte hat endlich auch Rentner\*innen und Studierende mit in den Blick genommen. Mir persönlich, aber auch vielen in meinem Umfeld, ist unverständlich, warum auf meinem Konto davon überhaupt etwas landet – und warum dann auch noch meine eigene Entlastung genauso hoch ausfällt, wie die derjenigen, die wirklich Bedarf an Entlastung haben. 300 Euro im September mit dem Gehalt ausgezahlt zu bekommen, ist für viele Menschen ein rettender Tropfen, der auf einem heißen Stein der steigenden Lebenshaltungskosten leider schnell verdunstet. Für andere, dazu zähle ich mich auch, wären diese 300 Euro aber nicht

notwendig gewesen. Wäre es nicht sinnvoller, wenn ärmere Menschen deutlich mehr entlastet worden wären? Es ist immerhin ein Erfolg von uns in der GEW, den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, dass finanzschwächere Gruppen nun besser berücksichtigt werden.

Für diejenigen, die sich fast schon schäbig dabei vorkommen, die 300 Euro auf ihrem Konto vorzufinden, gibt es die Möglichkeit, zielgerichtet zu spenden. Dies ist auch mein Weg, um ein bisschen Ausgleich schaffen und Solidarität üben zu können.

Ich appelliere an alle von uns, die mit Bundestags-, Landtagsabgeordneten oder kommunal Verantwortlichen im Gespräch sind: machen Sie ihnen klar, dass weitere Entlastungen notwendig sind und zwar für ärmere Menschen, für Kinder aus finanzschwachen Familien, für Studierende, Auszubildende, Rentner\*innen, Versorgungsempfänger\*innen der unteren Gehaltsstufen und Geflüchtete. Rechtsradikale Parteien und Gruppierungen machen sich schon bereit, Abgehängte mit populistischen Versprechungen abzuholen und an Stärke zu gewinnen. Allein deshalb sollte es im Interesse aller demokratischen Menschen sein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander geht, und dass die Ärmsten in unserer Gesellschaft die Unterstützung erfahren, die notwendig ist. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten!

Herzliche Grüße

Ihre

Monika Stein



**10** Landespressekonferenz zum  
Schuljahrsbeginn 2022/2023



**8** Gegen Arbeitslosigkeit  
in den Sommerferien



**28** Sommerfest  
der GEW

## **S. 14** Titelthema

10 Jahre Gemeinschaftsschule:  
Rück- und Ausblick zum Geburtstag



# In dieser Ausgabe

## Titelthema

- 10 Jahre Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg**
- 15** Rückblick, Standortbestimmung und Ausblick zum Geburtstag
- 18** Kommentar: 10 Jahre Gemeinschaftsschule – ein persönlicher Rückblick
- 21** Gemeinschaftsschule:  
„Niemand schafft das alleine, wir müssen das zusammen machen.“

## Arbeitsplatz Schule / Kita

- 10** Landespressekonferenz zum Schuljahrsbeginn 2022/2023: Schulen dauerhaft krisenfest machen
- 25** Doppelhaushalt 2023/2024: Ohne zusätzliches qualifiziertes Personal keine zusätzlichen Aufgaben
- 30** Lernmittelfreiheit: Wie Lehrkräfte dafür sorgen können, dass Eltern keine Kosten tragen müssen

## Hochschule

- 13** Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW): Nach langer Vorarbeit Promotionsrecht erreicht

## Aus der Arbeit der GEW

- 8** Arbeitslosigkeit in den Sommerferien: „Zeichen mangelnder Wertschätzung“
- 28** GEW-Sommerfest
- 34** 50 Jahre Berufsverbote: Stärkt Gesinnungsprüfung die Demokratie?

## Rubriken

- 3** Editorial
- 6** Aktuell
- 7** Glosse
- 36** Kurz berichtet
- 40** GEW vor Ort
- 42** Jubilare
- 43** Totentafel
- 45** Leserbrief
- 46** Impressum
- 46** Termine

**Titel:** ASIFE / iStock

Redaktionsschluss für die nächste b&w-Ausgabe:  
24. Oktober 2022





### Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ist aller Anfang schwer? Wie sehr gilt das für die etwa 6.000 Lehrer\*innen, die am Schuljahresanfang ins Berufsleben gestartet sind? Und wie geht es denen, die nach Beurlaubung, Elternzeit oder Versetzung aus dienstlichen oder persönlichen Gründen an einer anderen Schule anfangen? Auch in allen weiteren Bildungsbereichen gibt es Veränderungen in den Dienststellen.

Als GEW-Mitglieder machen wir gegenüber den Neuen gewerkschaftliche Solidarität erfahrbar, indem wir auf sie zugehen, sie willkommen heißen und uns als Ansprechpartner\*innen anbieten. Es sind Kleinigkeiten und Gesten, die ihnen den Einstieg, die Kontaktaufnahme und die Zusammenarbeit erleichtern können und die zeigen: Ich bin willkommen und meine Kolleg\*innen sind hilfsbereit. Kollegialität, Solidarität und Gewerkschaftszugehörigkeit sind eng verbunden. Zeigt den neuen Kolleg\*innen, dass ihr GEW-Mitglied seid – wie 50.000 andere in Baden-Württemberg auch! Die GEW, und nur die GEW, gestaltet in allen Bildungsbereichen mit und vertritt die Interessen der Beschäftigten.

Sprecht neue Kolleg\*innen bitte auf die GEW-Mitgliedschaft an. Vielleicht sind sie schon GEW-Mitglied. Dann erinnern wir sie daran, dass sie der GEW ihre dienstlichen Veränderungen mitteilen. Als GEW-Mitglieder sagen wir auch, wer GEW-Vertrauensperson ist, falls das nicht am GEW-Brett ersichtlich ist.

Den GEW-Mitgliedern unter den Dienstanfänger\*innen in Grund-, Haupt/Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und SBBZ hat die örtliche GEW bereits bei der Vereidigung im Schulamt unter anderem das GEW-Jahrbuch als Begrüßungsgeschenk überreicht. GEW-Mitglieder unter den Beruflichen- und Gymnasiallehrkräften erhalten es über die GEW-Vertrauensleute.

Ich freue mich sehr, wenn GEW-Mitglieder neue Mitglieder werben. Es lohnt sich für uns alle, denn gemeinsam sind wir stark: Den Antrag auf Mitgliedschaft, die Werbepremien, auch weitere Informationen und Materialien, gibt es auf der Homepage der GEW unter [www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de).

Monika Stein

Antrag auf Mitgliedschaft, Werbepremien und allgemeine Informationen auf: [www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de)

MITGLIEDER  
WERBEN  
LOHNT!

### 4.400 UNTERSCHRIFTEN

## Keine höhere Unterrichtsverpflichtung im Referendariat

4.400 Unterschriften kamen bis zu den Sommerferien zusammen, 4.400 Mitglieder wehren sich damit gegen die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im Referendariat. Mitte August überreichte GEW-Landesvorsitzende Monika Stein das dicke Bündel Kultusministerin Theresa Schopper mit der klaren Forderung, von der Zusatzbelastung fürs Referendariat abzusehen.



Foto: Virginia Scatavilla

4.400 Unterschriften nahm Kultusministerin Theresa Schopper (links) von der GEW-Vorsitzenden Monika Stein entgegen.

„Baden-Württemberg sucht händeringend Lehrkräfte. Da muss es doch in unser aller Interesse sein, die Ausbildung so hochwertig und attraktiv wie möglich zu gestalten“, sagte Monika Stein bei der Übergabe. Wenn die Unterrichtsverpflichtung steigt, müssen Ausbildungsinhalte gekürzt werden. Mehr Unterricht würde auch dazu führen, dass die Belastung der Lehramtsanwärter\*innen zunimmt. Dagegen formiert sich Widerstand. Theresa Schopper sagte zu, dass die Auswirkungen einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im Kultusministerium ergebnisoffen geprüft würden. ▀

b&w

## Glosse Energiesparen

1980 war ich Zweitklässler. In der Schule bekam ich einen ovalen Aufkleber geschenkt. Das Oval war schwarz-rot-gelb gerahmt und in der Mitte stand „Ich bin Energiesparer“. Ich fand den Kleber toll. Zwar hatte ich keine Ahnung, was ein Energiesparer ist, aber das war egal. Leider habe ich das mit dem Energiesparen ganz falsch interpretiert, weshalb meine Leistungen in der Grundschule hinter dem Erwartbaren zurückblieben.

Jetzt ist Energiesparen wieder ein großes Thema. Dass man bei Denkmälern zum Energiesparen nachts die Beleuchtung abschaltet, leuchtet mir absolut ein. Guckt sowieso keiner hin, weil die Leute nachts schlafen. Entgegen anderslautenden Ansichten jedoch wird in der Schule nur sehr selten geschlafen. Im Gegenteil. An meiner Schule gibt es in jeder Klasse eine\*n Energiesparbeauftragte\*n. Diese Aufgabe wird je nach Schüler\*innentemperament sehr unterschiedlich wahrgenommen. Die Energiebeauftragte meiner letzten Klasse war inquisitorisch. Drei Jahre lang hat sie mich und ihre

Mitschüler\*innen konsequent zum sparsamen Gebrauch von elektrischem Strom gemahnt. „Licht aus?“, knurrte sie mir bei praktisch jedem Verlassen des Klassenraumes zu.

Während des Unterrichts unter Pandemiebedingungen erreichte jedoch auch sie die Grenzen ihrer Vollmacht. Beim ersten Schocklüften im Coronawinter mahnte sie mich, die Heizung im Klassenraum abzdrehen. Die Heizung bullerte auf Hochtouren, aber eine individuelle Regulierung im Raum gab es nicht. Manchmal waren die Heizkörper so heiß, dass man sich fast die Finger an ihnen verbrannte. Und das, während die Schüler\*innen gleichzeitig bei offenen Fenstern mit Jacke, Decke und Maske an ihren Plätzen ausharrten. Und jetzt wird also Energie gespart, indem in Schulen die Raumtemperatur von den erlaubten 20 auf 19 Grad abgesenkt wird. Aber das haut nach dem Coronawinter keine Schüler\*in mehr von den Socken. Und die Lehrkräfte erst recht nicht.

Neulich habe ich einen ehemaligen Kollegen getroffen, der jetzt im Ruhestand



ist. Ich erzählte ihm von unseren fantastischen neuen Smartboards. „Was glaubst du“, sagte er, „was man an Energie sparen könnte, wenn man den ganzen digitalen Schrott weglassen würde?“ Darüber hatte ich noch gar nie nachgedacht. Er habe gelesen, meinte er, dass jede Internetaktion gigantische Energiemengen verbräuche. Ich hab's gegoogelt. Er hat recht.

**Jens Buchholz**

### SPRACH-KITAS RETTEN

## Viel mehr als sprachliche Bildung

Seit 2011 fördert das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) sprachliche Bildung in der Kindertagesbetreuung. Seit 2016 verbindet das Programm „Sprach-Kitas“ drei inhaltliche Schwerpunkte: alltagsintegrierte sprachliche Bildung, inklusive Pädagogik und die Zusammenarbeit mit Familien. Für jede Sprach-Kita wird eine zusätzliche Fachkraft zur Verfügung gestellt, die durch externe Fachberatung im Verbund begleitet wird. Das Angebot der „Sprach-Kitas“ geht folglich weit über die sprachliche Bildung hinaus. In den Einrichtungen wurden über Jahre hinweg wichtige Strukturen für inklusives Arbeiten und die Kooperation mit Familien geschaffen. Aufgaben, die in Kitas elementar sind.

Bundesweit werden Mittel (Stand 15.07.2022) für 6.804 Kindertageseinrichtungen bereitgestellt, für insgesamt 523.936 Kinder. In Baden-Württemberg

gibt es 936 Sprach-Kitas, also in etwa jeder 10. Kita im Land profitieren rund 55.854 Kindern vom Bundesprogramm. Nun steigt der Bund überraschend aus dem Programm aus. Die Länder sollen übernehmen. „Dieses Jahr kommen tausende Kinder aus der Ukraine zu uns. Es ist absurd, wenn in dieser Situation Mittel für sprachliche Bildung gekürzt werden. Kinder, die dringend Unterstützung bräuchten, erhalten zu wenig Förderung und haben damit schlechtere Bildungschancen“, kritisierte die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein

Die Bundesländer sollen diese tragfähigen Strukturen nun aus Eigenmitteln retten bzw. auf Finanzen zurückgreifen, die sie über das Kita-Qualitätsgesetz erhalten. Diese Mittel müssten an anderer Stelle eingespart werden, in Baden-Württemberg etwa für die wichtige Aufgabe der Leitungsfreistellung. „Anstatt

die frühkindliche Bildung zukunftsfähig zu machen, hat die Bundesregierung einen Verteilungskampf in Gang gesetzt“, sagte Stein. Es sei kaum abzusehen, wie viele qualifizierte Fachkräfte das Arbeitsfeld perspektivisch verlassen würden. Das Aktionsbündnis „Sprach-Kitas retten“, das Gewerkschaften, Verbände, zahlreiche Kitaträger, Fachkräfte und Eltern tragen, warnt davor, das Programm ad hoc zu beenden. Die Bundesländer bräuchten Zeit, um die Finanzierung des erfolgreichen Programms auf solide Beine zu stellen. Für den 6. September lud das Bündnis zu einer zentralen Kundgebung in Berlin ein. Wir berichten ausführlich über die Zusammenhänge im Oktober. ▀

**b&w**



ARBEITSLOSIGKEIT IN DEN SOMMERFERIEN

## „Zeichen mangelnder Wertschätzung“

Die GEW kritisierte am ersten Ferientag mit einer Aktion vor dem KM und auf einer Pressekonferenz, dass sich in Baden-Württemberg tausende befristet beschäftigte Lehrkräfte in den Ferien arbeitslos melden müssen. „Für das Land sind wir offenbar Lückenfüller“, sagte eine betroffene Pädagogin.

Die GEW überreichte Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) ihr Zeugnis. Die Versetzung ist einstweilen nicht gefährdet. Doch die Bewertung, die die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein ihr im Fach „Behandlung der befristet beschäftigten Lehrkräfte“ mitgab, fiel wenig schmeichelhaft aus. Schließlich müssen sich unter Schoppers Verantwortung im Südwesten viele tausend Lehrkräfte für die kommenden sechs Wochen arbeitslos melden.

„Es macht den Anschein, dass sie stets bemüht war, aber nicht die nötige Durchsetzungsstärke entwickeln konnte“, heißt es deshalb im Zeugnis, das der Ministerin am frühen Nachmittag übergeben wurde. „Um ihren Platz im Kabinett zu sichern und ein erfolgreiches Schuljahr zu erleben, sollte Frau Schopper dieses Geld im Haushalt organisieren.“

Zuvor hatte Stein bei einer Pressekonferenz im Stuttgarter Landtag ausgeführt,



Fotos: Marco Stritzinger

Protestaktion der GEW-Baden-Württemberg vor dem Kultusministerium in Stuttgart. Zwischen 8.000 und 9.000 Lehrkräfte schickt die Landesregierung vor den Ferien in die Arbeitslosigkeit.

„Nach getaner Arbeit werden wir in die Arbeitslosigkeit entlassen.“

**Marijke Clark,**  
Pädagogin

warum die GEW die von der grün-schwarzen Landesregierung forcierte Sommerferienarbeitslosigkeit für Lehrkräfte vehement bekämpft. Begleitet wurde sie dabei von zwei Betroffenen, der Pädagogin Marijke Clark, die an einem Schulkindergarten für Sprachbehinderte arbeitet, und einer Gymnasiallehrerin, die seit 2014 sechs Mal einen befristeten Vertrag unterschrieben hat.

Als Zeichen „mangelnder Wertschätzung“, empfindet diese Praxis auch die



Die Landesvorsitzende Monika Stein (links) ihre Stellvertreterin Farina Semler (rechts) überreichen Kultusministerin Theresa Schopper (Mitte) ein gutes Zeugnis.





Protest gegen die jahrzehntelange Praxis, befristet beschäftigten Lehrkräften die Sommerferien nicht zu bezahlen.

## Verträge über die Sommerferien hinaus sind möglich

Seit 2020 können die Regierungspräsidien (RP) Vertretungslehrkräften auch Verträge anbieten, die die Sommerferien einschließen. Die Hauptpersonalräte haben das seit langem gefordert und begrüßen diese Möglichkeit. Erlaubt ist das allerdings nur, wenn die zu vertretende Lehrkraft mehr als ein Jahr ausfällt (z. B. Langzeiterkrankung, Elternzeit, familienbedingter Sonderurlaub).

Es ist allerdings unverständlich, warum dies nicht alle RP nutzen. Nur das Regierungspräsidium Freiburg schließt oft solche Verträge. Die anderen RP haben rechtliche Bedenken und angeblich Planungsunsicherheiten. Für die GEW ist es rechtlich nicht notwendig, den Zeitraum der Vertretungstätigkeit auf ein Jahr oder kürzer zu beschränken. Da es sich um eine Zweckbefristung (Vertretung) handelt, könnte der Zeitraum offen gelassen werden. Der Vertrag würde automatisch zwei Wochen nach der Rückkehr der zu vertretenden Person enden. So könnten alle Vertretungslehrkräfte den Vertretungszeitraum ausschöpfen. Es gäbe auch keine Ungleichbehandlung mehr.

**Günther Thum-Störk**

Mitglieder im Hauptpersonalrat GHWRGS

Diplom-Pädagogin Clark, die sich „in den letzten Ferienwochen auf das kommende Schuljahr vorbereitet, damit die Kinder nicht unter meiner Situation leiden müssen.“ Unbezahlt. Und von zu Hause aus. Denn das Schulgebäude darf die Quereinsteigerin während der Ferien nicht betreten. „Für das Land sind wir offenbar Lückenfüller“, so Clark, „die nach getaner Arbeit in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.“

**„Wir haben genug Geld in Baden-Württemberg. Aber das wird an anderer Stelle ausgegeben.“**

**Monika Stein,**  
GEW-Landesvorsitzende

Zwischen 8.000 und 9.000 Lehrkräfte schickte die Landesregierung an diesen Tagen in die Arbeitslosigkeit. Von der Regelung betroffen sind nicht zuletzt Quereinsteiger\*innen und junge Lehrkräfte, die nach dem Studium keine Planstelle erhalten haben. Sie können als Krankheitsvertretungen überall dort eingesetzt werden, wo Lehrkräfte fehlen. Und das ist in Baden-Württemberg so ziemlich überall. Deshalb, so Stein, wäre eine Erhöhung der Vertretungsreserve dringend geboten. „Aufgrund des Lehrkräftemangels sind in vielen Schulen bereits am ersten Schultag alle eingeplant, um den regulären Unterricht halbwegs sicherzustellen.“

## Mit Aushilfsjobs über die Runden kommen

Zu den rund 4.000 befristet beschäftigten Pädagoginnen kommen 4.000 bis 5.000 Referendarinnen und Referendare, von denen die meisten im kommenden Schuljahr ebenfalls wieder vor einer Klasse stehen werden. Die durch diese Praxis eingesparten Mittel beziffert Stein auf 14 Millionen Euro – zwei Drittel der umstrittenen Imagekampagne „The Länd“. Mit der, so Stein, „will das Land gute Fachkräfte ins Land holen, die eigenen werden derweil in den Sommerferien entlassen.“ Ein großer Teil von ihnen meldet sich arbeitslos, viele andere versuchten, durch Aushilfsjobs über die Runden zu kommen. Und viele wechselten in die Schweiz oder Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, die ihre Lehrkräfte nicht derart entwürdigend behandeln.

Erstaunt zeigte sich Stein auch über die Wandlungsfähigkeit der Grünen. Schließlich hatte die Partei noch im Wahlkampf „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ plakatiert. Und Ministerin Schopper war zu Beginn ihrer Amtszeit mit dem Vorsatz angetreten, die seit Jahren geübte Praxis der Sommerferienarbeitslosigkeit zu beenden. Doch offenbar messe das Kabinett der Bildungspolitik nicht den Stellenwert bei, der ihr auch außerhalb von Wahlkampfzeiten zukommen müsse, so Stein: „Wir haben genug Geld in Baden-Württemberg. Aber das wird an anderer Stelle ausgegeben.“

**Christoph Ruf**  
freier Journalist

LANDESPRESSEKONFERENZ ZUM SCHULJAHRSBEGINN 2022/2023

## Schulen dauerhaft krisenfest machen

„Eine Gesellschaft kann schwierige Zeiten besser bewältigen, wenn sie gut ausgebildete Menschen hat. Wir erwarten, dass unsere Bildungseinrichtungen darauf besser vorbereitet sind, dass unsere Kitas, Schulen und Hochschulen krisenfest werden“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein zum Schuljahrsbeginn vor der Landespresse. Ein Auszug aus ihrem Statement.

Die 700 zusätzlichen Stellen, 500 davon für Lehrkräfte, die am 5. September von den Spitzen der Grünen und der CDU beschlossen wurden, sind wichtig und gleichzeitig nur kurzfristig eine Hilfe. Vermutlich sind darin die bereits 2020 beschlossenen Stellen für die Entlastung von Schulleitungen enthalten. Wenn der Finanzminister Danyal Bayaz meint, mit 500 Stellen seien die Schulen auf Mega-Projekte wie Ganztagsausbau, Sprachförderung, Integration Geflüchteter und die steigenden Schüler\*innenzahlen vorbereitet, dann ist er kein seriöser Finanzminister, sondern er macht unser Land durch das Starren auf die Schuldenbremse nicht fit für die Zukunft. Wir laden ihn gerne in die Schulen ein, damit er sieht, was die 1,5 Millionen Schüler\*innen und ihre 130.000 Lehrkräfte brauchen.

„Viele Schulen starten mit zu wenig Lehrkräften in dieses Schuljahr. Dies bedeutet, dass Unterricht ausfällt und dass zusätzliche Förderung nicht stattfinden kann.“



GEW-Vorsitzende Monika Stein und Pressesprecher Matthias Schneider auf der Pressekonferenz

Fotos: Evi/Mazio

### Start ins neue Schuljahr

Viele Schulen starten mit zu wenig Lehrkräften in dieses Schuljahr. Dies bedeutet, dass Unterricht ausfällt und dass zusätzliche Förderung nicht stattfinden kann. Sinnvolle Zusatzangebote gibt es an vielen Schulen schon lange nicht mehr. Lehrkräfte müssen oft ihre Belastungsgrenze überschreiten, damit guter Unterricht stattfinden kann.

Die GEW setzt sich für einen schnellen Ausbau der Vertretungsreserve ein. Diese ist mit 1.945 Stellen bei geschätzten gut 5.000 bis 7.000 dauerhaften Ausfällen schon vor der Pandemie viel zu gering gewesen. 2011 hatte die grün-rote Regierung mit einem Stufenplan begonnen, bei dem jedes Jahr 200 neue Stellen in der Reserve geschaffen wurden, und diesen Plan nach zwei Jahren wieder eingestellt. Dieser Stufenplan muss wieder aufgenommen werden und seinen Platz im kommenden Doppelhaushalt finden.

Lehrkräfte, Schulleitungen und alle am Schulleben Beteiligten sind nach drei Corona-Schuljahren und einem Schuljahr im Zeichen des Ukraine-Krieges am Rande und oft am Ende ihrer Kräfte. Selten habe ich so abgearbeitete und belastete Lehrkräfte gesprochen wie zum Ende des letzten Schuljahres. Die Zahl der Anträge auf Teilzeit nimmt zu, und es gibt immer mehr Personen in Leitungsfunktionen, die diese aufgeben und lieber auf Geld verzichten, als weiter Schule organisieren zu müssen. Zusatzbelastungen müssen in diesem Schuljahr abgebaut werden. Das Land muss hier Fürsorge walten lassen. Sonst wird sich der Unterrichtsausfall durch kranke Lehrer\*innen oder Kolleg\*innen, die aus dem Dienst ausscheiden, noch erhöhen. In den **Grundschulen** gehen Kinder die ersten Schritte in unserem Schulsystem, hier ist die Heterogenität am größten, Inklusion ist an vielen Grundschulen eine alltägliche Aufgabe, das Deputat der



GS-Lehrer\*innen ist am höchsten und ihre Bezahlung am schlechtesten, wenn die Fach- und technischen Lehrkräfte nicht berücksichtigt werden. Auch nach der Aufstockung der Studienplätze herrscht an vielen Grundschulen ein erheblicher Lehrkräftemangel. An vielen Grundschulen sorgen nicht ausgebildete Lehrkräfte dafür, dass der Unterricht irgendwie stattfindet.

Gute Grundschulbildung heißt Förderung ermöglichen. Aber Grundschulen haben keine Stunden zur Differenzierung

Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“ Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gilt das in Baden-Württemberg nicht mehr. Seit Jahren verschlechtert sich die Unterrichtsversorgung an den SBBZ und die sonderpädagogische Unterstützung der Schüler\*innen in inklusiven Bildungsangeboten. Im kommenden Schuljahr findet knapp ein Viertel des notwendigen Unterrichts für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung nicht statt oder wird von nicht oder

ermöglichen, müssen die Schüler\*innen bis Ende Klasse 6 in den verschiedenen Fächern auf unterschiedlichen Niveaus lernen können und bewertet werden. Schüler\*innen müssen ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten gemäß lernen dürfen, damit eine Niveaustufen-Zuordnung danach überhaupt sinnvoll erfolgen kann.

Es braucht ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur **Gemeinschaftsschule** und eine deutliche Stärkung dieser Schulart. Dafür muss die Ausstattung



Journalist\*innen der Landespresse wollten unter anderem wissen, wie der Lehrkräftemangel aus Sicht der GEW behoben werden kann.

*„Die Zahl der Anträge auf Teilzeit nimmt zu, und es gibt immer mehr Personen in Leitungsfunktionen, die diese aufgeben und lieber auf Geld verzichten, als weiter Schule organisieren zu müssen.“*

nicht voll qualifizierten Personen durchgeführt. Es ist ein Skandal und eine Schande, wie Baden-Württemberg mit diesen Schüler\*innen und ihren Familien umgeht. Auch das schulisch und gesellschaft-

den Erfordernissen und Besonderheiten an Gemeinschaftsschulen angepasst werden. Coaching-Stunden müssen wie im Koalitionsvertrag festgehalten mit Anrechnungsstunden ausgestattet werden, um die Arbeitsbelastung zu vermindern und die Attraktivität für alle Lehrkräfte zu steigern.

Für die hervorragende pädagogische Arbeit der Lehrkräfte an **Haupt- und Werkrealschulen** braucht es Anerkennung durch die Landesregierung. Dort ist die persönliche Beziehung zu den Lehrkräften für die Schüler\*innen besonders wichtig und dementsprechend brauchen die Lehrer\*innen dafür Zeit. Baden-Württemberg muss endlich wie die Mehrheit der Bundesländer A13/E13 für Grund- Haupt- und Werkrealschullehrkräfte bezahlen.

Die GEW hält die Verlängerung des G9-Modellversuches für nicht ausreichend und setzt sich für mehr Unterstützung aller **Gymnasien** in Baden-Württemberg ein. Gymnasiale Bildung kann jedoch nicht auf G8 oder G9 reduziert werden. Die Bildungspläne müssen im Hinblick auf eine schüler\*innengerechte Verteilung der Inhalte überarbeitet und Studierfähigkeit und Berufsorientierung stärker verankert werden. Für mehr individuelle Förderung muss der Klassenteiler in allen Schularten gesenkt werden.

In allen Mangelbereichen erwarten wir von Kultusministerin Theresa Schopper zeitnah ein Konzept, wie mehr Bewerber\*innen

oder zur individuellen Förderung. Verbindliche Poolstunden, in denen je nach Bedarf für Lese- und Rechtschreibförderung, mathematisches Verständnis, Sprachförderung oder was sonst notwendig ist, Schwerpunkte gelegt werden können, sind dringend notwendig. Dass ausgerechnet bei der Grundschule dafür keine Stellen geschaffen werden, ist ein Skandal und eindeutig am falschen Ende gespart. Wir schlagen einen Stufenplan vor, bei dem die Grundschulen mit Förderstunden in der Pflichtstundentafel ausgestattet werden. 2023 soll mit jährlich 3 Stunden gestartet werden, das Ziel sind 12 Stunden pro Zug.

Die **SBBZ** (Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren) und damit auch die inklusiven Bildungsangebote an den allgemeinen Schulen sind beschämend schlecht ausgestattet. Die Landesverfassung garantiert „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das

lich sinnvolle und wichtige Konzept der Inklusion wird an die Wand gefahren.

Wir schlagen vor, in kurzfristige Qualifizierungsmaßnahmen für diejenigen zu investieren, die nicht ausgebildete Sonderpädagog\*innen sind, aber an den SBBZ oder in der Inklusion arbeiten. Auch die berufsbegleitende Qualifikation anderer Lehrkräfte kann mit einer bezahlten Freistellung für das Aufbaustudium schnell attraktiver gestaltet und ausgebaut werden. Die Studienplätze für das grundständige und das Aufbaustudium Sonderpädagogik müssen noch mehr als nur um die geplanten 175 Studienplätze in Freiburg aufgestockt werden, damit wenigstens in den 30er-Jahren mehr Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Die **Realschulen** müssen zeitgemäß weiterentwickelt und ausgestattet werden. Dazu gehört die Gestaltung einer Orientierungsstufe, die diesen Namen auch verdient. Um den Lernenden ein Lernen auf den für sie angemessenen Niveaus zu



rechts: Bärbel Krauß, Journalistin bei der Stuttgarter Zeitung

für die vermeintlich weniger attraktiven Regionen (inzwischen ganz Baden-Württemberg außer den Gebieten um Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg) gefunden werden können. Die GEW bietet Schopper zum wiederholten Male konstruktive Mitarbeit dabei an. Die Modelle müssen sofort entwickelt werden, um sie bei der Lehrkräfteeinstellung 2023 einzusetzen. An den **Beruflichen Schulen** sinken tendenziell die Schüler\*innenzahlen, was Spielräume bei der Unterrichtsversorgung schaffen könnte. Das Kultusministerium hat sich allerdings dazu entschieden, im Sommer 2022 eine sogenannte demographische Rendite von 130 Deputaten an den Beruflichen Schulen abzuschöpfen. Die GEW kritisiert dies und fordert, dass freiwerdende Ressourcen für Verbesserungen an den Beruflichen Schulen eingesetzt werden.

### **Bestehendes Potenzial nutzen**

Zu viele junge Menschen verschwinden zwischen dem ersten Semester und der Einstellung als Lehrkraft. 2019 hat das Wissenschaftsministerium dazu eine Studie in Auftrag gegeben und die Ergebnisse für diesen Herbst in Aussicht gestellt. Wenn sie vorliegen, muss die Landesregierung umgehend dafür sorgen, dass die Ursachen für den Schwund abgestellt werden. Die Wissenschaftsministerin muss auch dafür sorgen, dass kein Studienplatz unbesetzt bleibt. Auch wo ausreichend Studienplätze vorhanden sind, werden diese teilweise nicht wahrgenommen. Die Studienbedingungen müssen attraktiver gestaltet werden. Bis der Lehrkräftemangel behoben ist, müssen ausreichend Qualifizierungsmaßnahmen für die nicht ausgebildeten

Lehrkräfte angeboten werden, damit sie sich berufsbegleitend als Lehrkraft qualifizieren können. Auch die pädagogischen Assistent\*innen müssen eine langfristige Perspektive bekommen, als Lehrkräfte an den Schulen zu arbeiten. Auch für Lehrkräfte aus dem Ausland sollten deutlich mehr Anerkennungs- und Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden.

Es wird seit Jahren immer schwieriger, **Schulleitungsstellen** zu besetzen. Selten kamen bei uns so viele Meldungen an, dass Schulleitungen darüber

nachdenken oder tatsächlich ihre Funktionsstelle zurückgeben. Verbesserungen sind möglich: Schulverwaltungsassistenzen auch für größere allgemeinbildende Schulen ermöglichen und auskömmlich ausstatten. Da eine Verwaltungsassistentin eine Schulleitung nur ergänzen kann, darf dabei die Leitungszeit nicht verringert werden. Die Finanzierung der Assistentenstellen muss vollständig vom Land übernommen werden. Außerdem muss im Doppelhaushalt 2023/2024 die zweite Stufe des Konzepts zur Stärkung von Schulleitungen realisiert werden. Diese zweite Stufe sieht unter anderem eine Erhöhung der Leitungszeit vor und mehr Zeit im allgemeinen Entlastungskontingent. Dafür müssen im Landeshaushalt mindestens 430 Stellen neu geschaffen werden.

### **Herausforderungen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen**

Viele Beschäftigte sind im vergangenen Jahr über ihre persönlichen Belastungsgrenzen gegangen, um geflüchteten Kindern und Jugendlichen ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Wir schätzen, dass etwa 30.000 Kinder und Jugendliche im Herbst/Winter die Schulen besuchen werden. Das sind mehr geflüchtete Kinder und Jugendliche als im Schuljahr 2015/16.

Es rächt sich, dass in den vergangenen Jahren die Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen nicht dauerhaft eingestellt und qualifiziert wurden. Hätte die Landesregierung die Vorschläge der GEW aufgegriffen, wären jetzt fest angestellte, gut ausgebildete, erfahrene Lehrkräfte in den Klassen, mit denen die rund 2.000 Kolleg\*innen, die zusätzlich

in den Vorbereitungsklassen benötigt werden, unterstützt werden könnten. Diese Neueinsteiger\*innen brauchen ein ausreichendes Angebot an Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen z. B. in den Bereichen Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache (DaF/DaZ) und Traumapädagogik. Um Unterricht mit Schüler\*innen anderer Herkunftssprachen als Deutsch hochwertiger gestalten zu können, benötigen wir die Verankerung von sprachsensiblen Fachunterricht und DaZ für alle Fächer und alle Lehrämter im Studium als verpflichtenden Inhalt.

### **Belastungen für Familien verringern**

Die GEW will, dass die Kinder und Jugendlichen in diesem Schuljahr so guten und sicheren Präsenzunterricht wie möglich erleben können. Eine Ausstattung der ausreichend temperierten Räume mit leisen Luftreinigungsgeräten ist unerlässlich. Wir erwarten von der Landesregierung und den Schulträgern, dass sie alles dafür tun, dass sie bei Energieparmaßnahmen den Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten und auch für die Kinder und Jugendlichen im Blick haben und warme Räume mit guter Luftqualität ermöglichen.

Von den vorhandenen Stellen für **Schulpsychologie** ist etwa ein Viertel unbesetzt. Das zuständige Zentrum für Schulqualität und Lehrkräftebildung (ZSL) und die Kultusministerin müssen umgehend dafür sorgen, dass alle freien Stellen in der Schulpsychologie besetzt werden. Mir fehlt jedes Verständnis für die unbesetzten Stellen. Wir alle wissen, dass psychosoziale Unterstützungsbedarfe in den drei vergangenen Corona-Schuljahren deutlich gestiegen sind.

Eine weitere Belastung für viele Familien sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Erstausrüstung für das Schuljahr und viele Schulmaterialien bereiten zahlreichen Eltern Kopfzerbrechen. Die **Lernmittelfreiheit** ist in unserer Landesverfassung verankert. Alles, was mit Lernen zu tun hat, darf die Eltern nichts kosten. (siehe Seite 30). ▀

**Monika Stein**

 **Komplette Rede auf:** [www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de)



HOCHSCHULEN FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN (HAW) IN BADEN-WÜRTTEMBERG

## Nach langer Vorarbeit Promotionsrecht erreicht

In den letzten Jahren keimte an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) in Deutschland der Wunsch, Promotionen betreuen und den Dokortitel verleihen zu dürfen. In Baden-Württemberg wurde das mit einem besonderen Modell jetzt erreicht.

Für ein Promotionsrecht an HAW in Baden-Württemberg sprechen die erreichte Forschungsstärke, aber auch neue Studienrichtungen, die überwiegend oder gar ausschließlich an HAW existieren. Außerdem studieren an den HAW circa ein Drittel aller Studierenden des Landes, sodass ein großes Potential an Absolvent\*innen vorhanden ist, die sich nach dem Master weiter qualifizieren wollen.

In Sachsen-Anhalt bekamen alle HAW auf zehn Jahre befristet ein eigenständiges Promotionsrecht zuerkannt. In Hessen empfahl kürzlich ein Gutachten den HAW und den bisher praktizierten Zusammenschlüssen forschungstarker Wissenschaftlicher\*innen zu Promotionszentren die Weiterführung. Ebenso hat der Wissenschaftsrat für NRW ein positives Gutachten zum Promotionsrecht verfasst.

Nach jahrelangem Kampf der baden-württembergischen HAW haben die Argumente für ein Promotionsrecht Ministerin Theresia Bauer und das Wissenschaftsministerium (MWK) überzeugt. Insbesondere die großen Landesuniversitäten hatten jahrelang dagegen argumentiert und Studierenden das Promovieren schwer gemacht. Promotionswillige berichteten immer wieder von sehr hohen Eingangshürden oder sehr hohen Forderungen, Studieninhalte nachzuholen, sodass die Promotion an einer Universität sehr unattraktiv war. Die Forschungsstärke und Expertise, sowohl der Masterabsolvent\*innen als auch der Professor\*innen an HAW, lässt sich jedoch nicht leugnen. Ist doch der Master – insbesondere nach erfolgreicher Programm- oder Systemakkreditierung als gleichwertig eines Universitätsmasters anzusehen. Auch die steigenden Aktivitäten der HAW in der Forschung sind deutlich sichtbar und aus der Wissenschaftswelt nicht wegzudenken.



Durch den zunehmenden Druck aus HAW und Politik verpflichteten sich die Universitäten vor knapp 10 Jahren, die Kooperativen Promotionen – ein Promotionsverfahren, bei dem der oder die Zweitgutachter\*in von einer HAW kommen konnte – zu stärken. Jedoch führten diese Bekenntnisse nicht zum erhofften Durchbruch und einer substantiellen Steigerung von Promovierenden. Nun gelang den HAW, eine Einigung zwischen den einzelnen HAW herzustellen, wie man ein hohes Niveau gewährleistet und dem Argwohn der Universitäten entgegenwirken kann. Wenn die formalen Kriterien und die neuen Strukturen stehen, können Studierende einer HAW über einen Promotionsverband der HAW promovieren. Der lange und beständige hochschulpolitische Kampf der HAW wurde von Erfolg gekrönt.

### Wie die Qualität gesichert wird

Das Besondere am neuen baden-württembergischen Modell ist, dass, nicht wie üblich einer Hochschule oder einer Fakultät das Promotionsrecht verliehen wird, sondern einem Verband der HAW. Hierzu haben die Hochschulen eine öffentliche Einrichtung – einen Verband – gegründet, der von seiner Struktur her die akademischen Gremien wie Senat, aber auch die Kontrollgremien der Wissenschaft und die Qualitätssicherung abbildet. Sehr viele Professor\*innen der HAW sind seit Jahren in Forschungsnetzwerken aktiv,

publizieren regelmäßig ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse und werben von Jahr zu Jahr mehr Drittmittel ein, wie die jährlich vom MWK erhobenen Forschungskennzahlen offenbaren.

Professorinnen und Professoren, die ihre Forschungsexpertise in den künftigen Promotionsverband einbringen möchten, müssen bestimmte Qualitätskriterien nachweisen. Hierzu gehören eine bestimmte Anzahl von Publikationen in den letzten Jahren oder die Einwerbung von Drittmitteln, sodass die Forschungsstärke auch nachgewiesen werden kann. Diese neuen Möglichkeiten eröffnen den Hochschullehrenden der HAW neue Möglichkeiten, die Wissenschaftsdisziplin weiterzuführen und werten dadurch die Professur an HAW auf.

Nach der Etablierung der neuen Strukturen sollen die Promotionswilligen direkt an ihren Wunschhochschulen betreut und als Promotionsstudierende eingeschrieben werden. Somit können sie die Infrastruktur wie Bibliotheken, Datenbanken oder Labore mitnutzen. Auch steht den Promovierenden im neuen Promotionsverband ein Mitspracherecht zu. Hierzu gehört das aktive und passive Wahlrecht für die Hochschul- bzw. Verbandsorgane.

Wenn die Strukturen etabliert und die ersten Promovierenden ihre Urkunden in der Hand halten, wird sich der Verband an seinen Versprechungen messen lassen müssen: Ein konstant hohes akademisches Niveau, die Einhaltung von etablierten Standards guter wissenschaftlicher Arbeit, aber auch einer substantiellen Steigerung der Promotionsverfahren und somit auch einer weiteren deutlicheren Steigerung des wissenschaftlichen Outputs der HAW. ■

**Marco Unger**

Sprecher der Landesfachgruppe  
Hochschule und Forschung



**10 Jahre**

Gemeinschaftsschule  
Baden-Württemberg

---

**333 GMS**

314 öffentliche  
19 private Schulen

---



10 JAHRE GEMEINSCHAFTSSCHULE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

# Rückblick, Standortbestimmung und Ausblick zum Geburtstag

*Im Schuljahr 2012/13 gingen die ersten 42 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg an den Start. Ziel der neuen Schulart war es, in einem leistungsstarken, sozial gerechten und inklusiven Bildungsgang den getrennten Unterricht in der gegliederten Sekundarstufe aufzubrechen. Prof. Albrecht Wacker von der PH Ludwigsburg zieht Bilanz.*

Die neue Schulart in Baden-Württemberg wurde als inklusive Schulart konzipiert und ihr wurden ehrgeizige Ziele ins Stammbuch geschrieben. Ihr Hauptmerkmal neben der Offenheit des Abschlusses ist der vollständige Verzicht auf äußere Leistungsdifferenzierung. Zu seiner Umsetzung wurden im Schulgesetz individuelles und kooperatives Arbeiten festgeschrieben; dazu kommen der weitgehende Verzicht auf Noten zugunsten einer differenzierenden Leistungsbeurteilung und verpflichtendes Coaching zur Unterstützung der Lernenden. Die Gemeinschaftsschule wurde als gebundene Ganztagschule eingerichtet, die sich an drei oder vier Tagen über acht Zeitstunden erstreckt und rhythmisierte Lernangebote ermöglicht. Damit wurde eine Schulart aus der Taufe gehoben, die sich in die Strukturlogik der gegliederten Sekundarstufe nicht einordnen lässt, sondern vielmehr mit dieser kollidiert.

## **Wie die Idee auf den Weg gebracht wurde und sich entwickelte**

Bis 2011 war die Sekundarstufe in Baden-Württemberg dreigliedrig ausgerichtet. Vor allem die gut ausgebauten vertikalen Anschlussoptionen wie die Werkrealschulen in der ersten Konzeption von 1994 und die Beruflichen Gymnasien stabilisierten das System. Dennoch waren die zunehmenden Probleme nicht übersehbar: Drei Viertel der Hauptschulen konnten im 5. Jahrgang keine Zweizügigkeit mehr anbieten und 28 Prozent der knapp 1.200 Hauptschulen hatten zum Schuljahr 2008/09

weniger als 16 Schüler\*innen im Eingangsjahrgang. Die CDU/FDP-Koalition reagierte auf diese Probleme mit der Weiterentwicklung der Hauptschule zur Werkrealschule, die zweizügigen Schulen ein 10. Schuljahr und damit den mittleren Abschluss ermöglichten. Dieses Vorgehen fand nicht unge-

*„Mit einem rasanten Tempo rückte das Land von der de facto noch bestehenden Dreigliedrigkeit ab.“*

teilte Zustimmung: Bereits 2007 wandten sich hundert baden-württembergische Schulleiter\*innen in einem offenen Brief an den CDU-Kultusminister und warben für ein integriertes Schulsystem nach finnischem Vorbild. Mit dem Wechsel der Regierungskoalition zu Grün/Rot 2011 wurden diese Bestrebungen unmittelbar aufgegriffen und die Einführung der

Gemeinschaftsschule vereinbart. Mit einem rasanten Tempo rückte das Land von der de facto noch bestehenden Dreigliedrigkeit ab. Bereits im April 2012 wurde die neue Schulart als Regelschulform im Schulgesetz aufgenommen und im September begannen 42 Gemeinschaftsschulen (GMS) mit der Arbeit in den 5. Klassenstufen.

Diese Starterschulen waren nahezu ausschließlich im ländlichen Gebiet verortet und konnten – bestenfalls – auf erfahrungsbasierte Konzepte im Umgang mit Heterogenität zurückgreifen. In den nachfolgenden Jahren kamen zahlreiche weitere Schulen hinzu: 87 zum Schuljahr 2013/14, 81 zum Schuljahr 2014/15, 62 zum Schuljahr 2015/16 und 28 zum Schuljahr 2016/17. Vor allem bis zu diesem Zeitpunkt erfolgte der strukturelle Ausbau der neuen Schulart, die sich damit in nur 5 Jahren an über 300 Standorten etablieren konnte. In



der nachfolgenden Konsolidierungsphase, in der nur noch im kleineren Umfang weitere Schulen hinzukamen, waren die Schulentwicklung vor Ort und die Einrichtung von Oberstufen prägend. Sie entstanden zunächst in Konstanz, Tübingen, Wutöschingen und Friedrichshafen und seit 2021 auch in Schwäbisch Hall, Karlsruhe, Stuttgart und Esslingen. Aktuell gibt es 333 GMS, davon 314 öffentliche und 19 private Schulen, auf die in den letzten Jahren etwa gleichbleibend 15 Prozent der Lernenden von der Grundschule überwechseln. Erste Hauptschulabschlüsse konnten 2017 vergeben werden, mittlere Abschlüsse 2018 und 2021 erstmals auch das Abitur, was mit einer Feier in Tübingen gewürdigt wurde.

Laut Schulgesetz können GMS neu gegründet oder aus bestehenden Schulen heraus umgewandelt werden. Aber es ist auffällig, dass die allermeisten Gemeinschaftsschulen als Umwandlungen von Haupt- und Werkrealschulen erfolgten, lediglich in 33 Fällen aus Realschulen heraus und in keinem Fall aus Gymnasien. Der Blick auf die GMS zeigt ein erstaunlich vielfältiges Bild: Es gibt nicht „die Gemeinschaftsschule“, sondern höchst unterschiedliche Ausprägungen an allen Standorten. Wie begründet sich diese augenfällige Varianz der Einzelschulen? Ein erster wichtiger

*„Der intendierte Verzicht der GMS auf Noten lässt sich nur bedingt durchhalten, denn Noten müssen ausgewiesen werden, wenn Eltern nach ihnen fragen.“*

Punkt ist die Zusammensetzung der Schüler\*innen. Weil viele Umwandlungen aus Notsituationen heraus erfolgten, führten sie vielfach dazu, dass die neue GMS die Nachfolge einer Hauptschule antrat und dadurch ein hauptschulspezifisches Lernmilieu aufweist. Wenngleich an einzelnen Standorten Lernende aller Niveaustufen in Drittelparität vorhanden sind, bringen im Landesdurchschnitt die größere Anzahl der Lernenden eine Hauptschulempfehlung mit. Zweitens bestehen deutliche Unterschiede in der Ausgestaltung von Konzepten

innerhalb der Einzelschulen – häufig geprägt von Engagement, Umsicht, letztlich auch Kompetenz der Schulleitung bzw. des Schulleitungsteams. Drittens sind auch große Unterschiede in der Unterstützung der Schulträger vor Ort zu erkennen. Schulträger im ländlichen Raum investieren

viel in „ihre Schule“, sodass in der Gesamtschau ein deutliches Land-Stadt-Gefälle ersichtlich wird. Diese Rahmenbedingungen führen letztlich zu ersichtlichen Unterschieden in der Unterrichtsqualität hinsichtlich der tiefenstrukturellen Merkmale, zu denen die Klassenführung, die konstruktive Unterstützung der Lernenden und ihre kognitive Aktivierung gehören.



Foto: imago



### **Was erreicht wurde und gelungen ist**

Mit ihrer spezifischen Aufstellung tritt die GMS als Schulart in Erscheinung, die nahe am Schüler bzw. der Schülerin agiert und seine/ihre Lernentwicklung im Blick behält – ein wichtiges pädagogisches Motiv, das während der Schulschließungen in der Pandemie noch bedeutsamer wurde. Anders als in Schularten, in denen Schüler\*innen in allen Fächern auf einem einheitlichen Leistungs- und Anforderungsniveau lernen, ermöglicht die GMS den Schüler\*innen ein Lernen auf unterschiedlichen Niveaustufen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Kinder und Jugendliche, bei denen beispielsweise zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, können in dem Fach auf einem niedrigeren Niveau arbeiten. In Mathematik und anderen Fächern können sie durchaus hohe Leistungen erzielen. Der Verzicht auf Noten zugunsten differenzierter Rückmeldungen, der faktisch in den unteren Klassenstufen noch in größerem Ausmaß verwirklicht wird, unterstützt das individuelle Lernen durch den wegfallenden Notendruck – zumindest bei vielen Lernenden.

Mit Blick auf die Einzelschulen ist die anspruchsvolle Schulentwicklungsarbeit, die dort in den vergangenen zehn Jahren geleistet wurde, hervorzuheben. Vor allem der gebundene Ganzttag macht die GMS zu einer komplexen Schule, bei der es nicht nur eine Vielzahl von Akteur\*innen zu integrieren gilt, sondern auch der konzeptionellen Arbeit auf der Schulebene eine große Bedeutung zukommt. Hauptsächlich erfordern Konzepte zum individuellen Lernen und seiner Beurteilung, Konzepte zur Organisation des Coachings und zur Beschulung von Lernenden mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine kontinuierliche Schulentwicklung, die über die Unterrichtsentwicklung hinaus auch in hohem Maß die Organisations- und Personalentwicklung mit einschließt und ebenso Fragen der digitalen Schulentwicklung betrifft.

*„Vor allem der gebundene Ganzttag macht die GMS zu einer komplexen Schule, bei der es nicht nur eine Vielzahl von Akteur\*innen zu integrieren gilt, sondern auch der konzeptionellen Arbeit auf der Schulebene eine große Bedeutung zukommt.“*

Systemisch betrachtet zeigt sich die GMS als eine Schulart, die in einer zunehmenden sozialen Disparität der Gesellschaft die Frage der Bildungsgerechtigkeit produktiv aufgreift. Den in sie gesetzten Anspruch, eine inklusive Schulart zu sein, löst sie in höchstem Maße ein: An den GMS wird, neben den Hauptschulen mit großem Abstand, der größte Anteil von Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe beschult. In der Sekundarstufe wechselten knapp 49 Prozent von ihnen im Schuljahr 2019/20 auf die GMS. Bezogen auf die absolute Anzahl der Schüler\*innen trägt die GMS damit den höchsten schulartbezogenen Inklusionsanteil. Einzeluntersuchungen zu den ersten Abschlüssen zeigen, dass ein großer Anteil von Schüler\*innen einen mittleren Abschluss erreichen konnte, auch die, die dafür keine entsprechende Grundschulempfehlungen mitbrachten. Das aktuell vielfach praktizierte

Modell „9+2“, bei dem die 9. Klassenstufe zunächst mit dem Hauptschulabschluss abgeschlossen und nochmals mit dem Ziel des mittleren Abschlusses wiederholt wird, um dann in der 10. Klassenstufe den mittleren Abschluss zu absolvieren, legt diese Vermutung ebenfalls nahe. Zu den erzielten Kompetenzen, den erreichten Abschlüssen und den gewählten Anschlussoptionen der Lernenden in Abhängigkeit ihrer Voraussetzungen stehen jedoch substanzielle empirische Untersuchungen mit größeren Datenstichproben, die über Einzeluntersuchungen hinausgehen, noch aus. Bisherige Vergleiche berücksichtigen vielfach die unterschiedlichen Voraussetzungen der Lernenden nicht und vergleichen Äpfel mit Birnen.

#### **Welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren**

Die rasante Einführung der Gemeinschaftsschule war selbstverständlich auch mit Geburtswehen und Kinderkrankheiten verbunden. Meistens mussten die Lehrkräfte weitgehend unvorbereitet die beträchtliche Aufgabe der Niveau- und Leistungsdifferenzierung beginnen. Es fehlten Materialien, um Lerngruppen auf verschiedenen Niveaus unterrichten zu können. Hier ist in der Zwischenzeit viel geschehen: Viele Schulen erstellten die Materialien selbst und entwickeln diese weiter, dies auch in Zusammenarbeit mit einem arbeitsteiligen Materialnetzwerk, andere orientieren sich an den Verlagen, die mittlerweile Materialien differenziert erstellen.

Wenngleich die GMS gleichermaßen auf individuelles und kooperatives Arbeiten verpflichtet ist, war in den ersten Jahren eine Schlagseite zugunsten des individuellen Arbeitens zu erkennen. Dies zeigte sich nicht nur in einer vielfach auf die Gedanken Peter Frattons rekurrierenden Konzeption, sondern auch in den Schulkonzepten, bei denen die Selbstlernprozesse vielfach einseitig in den Vordergrund gerückt wurden. Nicht selten führte dies, gerade vor dem Hintergrund, dass die meisten Schulgründungen aus Hauptschulen heraus erfolgten, zu einer Überforderung der Lernenden. Hier hat sich mittlerweile einiges verändert: Wenngleich es das leitende Prinzip der GMS ist, dass heterogene Lerngruppe gebildet werden, sind auch leistungshomogenere Gruppenbildungen nach pädagogischen und didaktischen Prinzipien sinnvoll und werden praktiziert.

#### **Welche Baustellen für die Zukunft bleiben**

Der Verzicht auf alle Formen äußerer Differenzierung ist pädagogisch als großes Verdienst der GMS hervorzuheben. Im Diskurs wird jedoch kaum die Frage gestellt, wie „breit“ die leistungsbezogene Heterogenität der Lernenden sein darf, um den einzelnen Schüler\*innen mit binnendifferenzierenden Verfahren produktive Lernsituationen zu ermöglichen? Die teilweise problematische Schülerkomposition und der große Anteil inklusiver Beschulung verweisen hier auf Grenzen und

► S. 20

## KOMMENTAR

### 10 Jahre Gemeinschaftsschule – ein persönlicher Rückblick

*Ich schreibe hier als Vorsitzende der Landesfachgruppe Gemeinschaftsschule, die die Kolleg\*innen an Gemeinschaftsschulen in der GEW Baden-Württemberg vertritt. Ich schreibe ganz bewusst aber auch als Kollegin, als Lehrerin, ausgebildet für die Arbeit an Grund- und Hauptschulen mit horizontalem Laufbahnwechsel, die den Aufbau und die Arbeit der Gemeinschaftsschulen hautnah miterlebt und mitgestaltet hat.*

*Die Schule, an der ich arbeite, ist keine besondere Gemeinschaftsschule, keine der sogenannten Leuchtturmschulen. Sie ist eine der vielen ehemaligen Grund- und Werkrealschulen, die sich vor 10 Jahren auf den Weg machten, etwas ganz Neues auszuprobieren. Schon lange hatte das Kollegium an meiner Schule erkannt, dass das bisherige strukturelle und methodische Angebot keine Antwort mehr auf eine sich rapide verändernde gesellschaftliche Wirklichkeit gab. Gleichzeitig wussten wir: Wenn man nicht mutig neue Wege geht, würde die Schule sich entweder selbst abwickeln oder zur No-Go-Area für bildungsaffine Familien werden. Dass gemeinsames Lernen in heterogenen Gruppen funktionieren kann, wusste man aus der Grundschule und durch die Jahrgangsmischung in Klasse 1/2. Die Umstrukturierung in der Sekundarstufe kostete enorm viel Zeit und Kraft. Aber rückblickend kann ich sagen: An meiner Gemeinschaftsschule ist sie gelungen. Die Anmeldezahlen garantieren eine stabile Zweizügigkeit, die Jugendlichen in der Sekundarstufe sind engagiert und die Abschlüsse und Übergänge können sich sehen lassen.*

*Viele Kolleg\*innen an Gemeinschaftsschulen arbeiten an solchen ganz normalen Schulen. Schulen, die sich auch ohne Leuchtturmprofil um die große Aufgabe bemühen, allen Kindern und Jugendlichen ein passendes Lernangebot zu machen. Manche dieser Schulen haben auch eine Primarstufe, wenige eine Oberstufe, manche liegen ländlich, andere im städtischen Einzugsgebiet. Es gibt Gemeinschaftsschulen in direkter Nachbarschaft und in Konkurrenz zu Realschule und Gymnasium in einem großen Schulzentrum. Sie haben es oft schwer. Andere sind die einzige Schule am Ort. Gemeinschaftsschulen sind so vielfältig und bunt wie die Kinder und Jugendlichen, die sie besuchen. Was uns eint: Wir tun alle unsere Arbeit. Täglich und meistens geräuschlos.*

*Besonders in den Anfangszeiten war es so, dass Gemeinschaftsschule bedeutete, mehr zu arbeiten als die meisten anderen: Die neue Schulart musste ja erst erfunden und mit Leben gefüllt werden. Wie organisiert man Lernen in heterogenen Gruppen? Wie lernen die Schüler\*innen selbstständiges Arbeiten? Wie gibt man lernförderliche Leistungsrückmeldung ohne Ziffernoten? Woher wissen Schüler\*innen, wo sie leistungsmäßig stehen, wenn es da keine Zahl gibt, die eindeutig sagt: „sehr gut“ oder „mangelhaft“?*

*Viele Kolleg\*innen an Gemeinschaftsschulen haben sich auf diesem Weg nicht gut begleitet gefühlt. Anfangs haben wir in unserer Schule ellenlange und differenzierte Lernentwicklungsberichte geschrieben, bis man uns sagte, dass wir das so*



nicht mehr dürfen. Die offiziellen Lernentwicklungsberichte haben inzwischen eine Zeichenbegrenzung. Mehr als acht Zeilen pro Fach sind nicht erlaubt. Acht Zeilen, die die Lernentwicklung eines Kindes in einem Jahr dokumentieren sollen. In einer Sprache, die

*„Die ersten Jahrgänge haben unsere Schulen mit guten Abschlüssen verlassen – Bildungsaufstieg wird durch Gemeinschaftsschulen möglich. Viele Jugendliche haben entgegen der Prognose nach Klasse 4 den Realschulabschluss erreicht oder bewegen sich weiter in Richtung Abitur.“*

viele Eltern nicht verstehen. Ich sage es unumwunden: Zufrieden sind wir in der Schule und in der Landesfachgruppe der GEW mit dieser Lösung nicht. Manchmal fragen wir uns, warum man den digitalisierten Bildungsplan nicht längst mit einem digitalen Lern-Management-System verknüpft hat, wo sich einfach anklicken ließe: Kompetenz teilweise / noch nicht / vollständig erreicht? Doch davon sind wir offenbar noch weit entfernt: Eine Überarbeitung der seinerzeit vom Landesinstitut für Schulentwicklung herausgegebenen Kompetenzraster inklusive passender Lernwegelisten und die angekündigte Hinterlegung digitaler Lernmaterialien hat nie stattgefunden. Die vorhandenen Materialien eignen sich kaum für den Einsatz an Gemeinschaftsschulen. Es gibt kaum nachhaltige Vernetzungsstrukturen zwischen den Gemeinschaftsschulen oder spezifische Fortbildungsangebote, und wenn es sie gibt, dann liegt es am persönlichen Engagement einzelner Kolleg\*innen.

Viele Schulen laborieren weiter einsam vor sich hin – mit unterschiedlichem Erfolg, unterschiedlichen Arbeits- und Rahmenbedingungen und unterschiedlicher, oft schulleitungsabhängiger Zufriedenheit der Kolleg\*innen. Da gibt es schicke Neubauten mit digitaler 1:1-Ausstattung für Schüler\*innen neben maroden Großstadtschulen, an denen man froh sein kann, wenn der Kopierer funktioniert. Es gibt Schulleitungen, die ihr Kollegium klug durch den Belastungssocean steuern und andere, die kapitulieren. Die letzte Landtagswahlperiode unter einer oft harsch und wenig sachorientiert auftretenden Kultusministerin hat es mit unserer Schulart nicht gut gemeint. Schon bevor im Wahlkampf die Feindseligkeit der Kultusministerin gegen die Gemeinschaftsschulen offen zutage trat, wurden viele Entscheidungen getroffen, die uns das Leben schwermachten.

Inzwischen hat sich der Wind im Kultusministerium wieder in eine etwas günstigere Richtung gedreht. Aber wir warten immer noch: Auf die im Koalitionsvertrag versprochene und längst überfällige Implementierung der Stunden für das Coaching in der Kontingentschulstundentafel. Auf eine Überarbeitung der Grundschulempfehlung, die noch immer dreigliedrig denkt und empfiehlt. Auf eine veränderte Lehrkräftebildung, die Heterogenität als Aufgabe sieht und annimmt. Auf Zeit und Ressourcen, die wir gerade für die belasteten Kinder und Jugendlichen so dringend brauchen, um ihnen eine Perspektive bieten zu können. Leider sehen wir uns weiterhin mit Strukturen konfrontiert, die die Selektivität in der Schullandschaft zementieren und uns als Äquivalent der Hauptschule ans untere Ende der Systemkette verweisen.

Seit 10 Jahren gibt es inzwischen Gemeinschaftsschulen. Trotz allem. Mit dem Konzept und dem Aufbau der Gemeinschaftsschule war seit ihrer Idee und dem politischen Beschluss im Jahr 2011 ein Auftrag verbunden. Sie war und ist als visionäre Schulart gedacht, die für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen soll.

Die Frage ist nun: Wohin steuert das Schiff? Die ersten Jahrgänge haben unsere Schulen mit guten Abschlüssen verlassen – Bildungsaufstieg wird durch Gemeinschaftsschulen möglich. Viele Jugendliche haben entgegen der Prognose nach Klasse 4 den Realschulabschluss erreicht oder bewegen sich weiter in Richtung Abitur. Das Konzept der Abschulung existiert aber weiterhin. Durch ein abgestuftes Niveausystem und die gegliederten Schularten in der Sekundarstufe I schaffen wir Hierarchien. Solange wir darüber sprechen, dass jemand „nur“ einen Hauptschulabschluss geschafft hat, müssen wir uns nicht darüber wundern, wenn Eltern Schulen ablehnen, wo man all jene sammelt, die „es nicht geschafft“ haben. Wir müssen uns als Gesellschaft die Frage stellen: Was wollen wir für eine Schule haben? Ich wünsche mir eine Schule, in der gemeinsam, voneinander und miteinander gelernt werden kann. Eine Schule, in der es viele Wege gibt und in der diejenigen, die weitergehen, diejenigen feiern, die die Schule in Richtung Berufsausbildung verlassen.

*„Ich wünsche mir, dass es gleich wertvoll ist, ob man junge Menschen in der Oberstufe in Richtung Abitur begleitet oder Jugendliche der 7. Klasse in handwerkliche Arbeitsfelder einweicht.“*

Ich wünsche mir, dass es gleich wertvoll ist, ob man junge Menschen in der Oberstufe in Richtung Abitur begleitet oder Jugendliche der 7. Klasse in handwerkliche Arbeitsfelder einweicht. Es darf keinen Unterschied machen, an welcher Schule ich als Lehrer\*in arbeite, weder in der Arbeitsbelastung noch in der Wertschätzung meiner Tätigkeit. Ich wünsche mir, dass wir uns nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam unsere Kräfte bündeln und Schule so gestalten, dass sie ein Ort des Lernens und nicht ein Ort der Beschämung ist. Eins ist jedoch sonnenklar: Ohne eine ehrliche Debatte über die derzeitige Schulstruktur, in der Schulen um Schüler\*innenzahlen konkurrieren, um sich selbst zu legitimieren, wird das nicht gehen.

Es bleiben noch viele Wünsche für die Zukunft – und dennoch: Wir sind stolz auf das bereits Geleistete und feiern uns für 10 Jahre Gemeinschaftsschule. Herzlichen Glückwunsch an alle, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz dazu beigetragen haben, Schule nicht nur neu zu denken, sondern neu zu erfinden.



**Susanne Posselt,**  
Vorsitzende der Landesfachgruppe  
Gemeinschaftsschulen

zeigen Unterstützungsbedarfe auf: Gerade Schulen in schwierigeren Lagen sind hier vermehrt auf Ressourcen angewiesen, um kleinere Gruppen bilden und im Team-Teaching agieren zu können.

Im Feld der Leistungsbeurteilung scheinen mehrere Entwicklungsbereiche auf. Der intendierte Verzicht der GMS auf Noten lässt sich nur bedingt durchhalten, denn Noten müssen ausgewiesen werden, wenn Eltern nach ihnen fragen. Zumeist ist deshalb die schulische Praxis ab Klassenstufe 7 von Noten geprägt und orientiert sich, anders als intendiert, bis zum Abschluss an ihnen. Wenngleich deutlich erkennbar die größte Stärke der GMS in den differenzierenden Lernphasen zu erkennen ist, gelingt es bislang nur unzureichend, diese auch in differenzierenden Erhebungsphasen weiterzuführen.

Gerade weil die GMS in der Sekundarstufe den größten Teil der inklusiven Beschulung von Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf leistet, stellt die beständige Kürzung der Stunden für sonderpädagogische Lehrkräfte eine Hürde dar, die den inklusiven Auftrag der GMS erschwert und ihm zuwiderläuft.

Die Idee der GMS, Bildungsgerechtigkeit durch ein gemeinsames Lernen und das Offenhalten der Abschlüsse zu gewährleisten, erweist sich vor dem Hintergrund einer sich zunehmend auseinander entwickelnden Gesellschaft, in der eine neue Unterklasse im größeren Ausmaß ersichtlich wird, als richtig. Allerdings hat die Landespolitik diesen Gedanken anfänglich nur halbherzig umgesetzt, indem sie die GMS additiv zur schon bestehenden Gliederung einführte. Zudem wurde in der Legislaturperiode von 2016 bis 2021 viel unternommen, um die ursprünglichen Ziele zu konterkarieren. Der vielleicht schmerzhafteste Nadelstich lag darin, den Realschulen in den Klassenstufen 5 und 6 zuzugestehen, ausschließlich auf dem mittleren Niveau des Bildungsplans zu unterrichten, was zu einer erheblichen Benachteiligung und Frustration bei hauptschulempfohlenen bzw. leistungsschwächeren Schüler\*innen führt, die damit letztlich – sofern keine Werkrealschule vor Ort besteht – nur an eine GMS wechseln können. Damit wurde die GMS analog zu den Hauptschulen in die Rolle des untersten Glieds einer hierarchischen Schulgliederung gedrängt und befindet sich an den allermeisten Standorten in struktureller Konkurrenz zu den weiteren Schularten. Vor diesem Hintergrund erscheinen die wiederholten Angriffe des Philologenverbands und des Realschullehrerverbands sachlich unangemessen. Der Zugang der Schüler\*innen in den GMS zu gymnasialen Oberstufen, der die Zusammenarbeit mit allgemeinbildenden Gymnasien oder mit beruflichen Gymnasien miteinschließt, stellt eine wichtige künftige Aufgabe für alle GMS dar, die auch der politischen Weichenstellungen bedarf. Vieles spricht dafür, das Nebeneinander verschiedener Schularten in der Sekundarstufe mit langfristiger Planung in ein zweigliedriges System zu transferieren, bei dem in beiden Gliedern das Abitur erworben werden kann und wo



Foto: imago

*Gemeinschaftsschulen fördern Schüler\*innen unterschiedlicher Begabungen.*

dieser Weg für die Eltern bereits bei der Anmeldung als Möglichkeit ersehen werden kann.

### **Gratulation und Glückwunsch zum Geburtstag**

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg zeigt sich in der Zusammenschau als eine Schulart, die sich in den ersten 10 Jahren ihres Bestehens strukturell und konzeptionell etablieren und entwickeln konnte. Sie wird ihrem Auftrag, Schüler\*innen unterschiedlicher Begabungen zu fördern, in hohem Maß gerecht. Dies ist vor allem dem großen Engagement der Schulleiterinnen und Schulleiter, den Lehrerinnen und Lehrern, den weiteren Kräften in den multiprofessionellen Teams und allen Eltern und Personen, die die Schulart unterstützten, zu danken. Sie alle haben viel Pionierarbeit geleistet, um ihre Schule vor Ort mit den Bedingungen vor Ort zu entwickeln. Die daraus resultierenden Ideen strahlen vielfach auf das Schulsystem insgesamt aus und konturieren die neue Schulart als Speerspitze für Innovations- und Transformationsprozesse in einer sich wandelnden Gesellschaft. Insbesondere die Differenzierungs- und Beurteilungskonzepte, die schrittweise Vergabe von Freiheitsgraden im individuellen Lernen und die Unterstützung der Lernenden mit Coaching sind neben Beispielen für eine gelingende Schul- und Organisationsentwicklung herauszuheben. Wenngleich die erwähnten Baustellen bleiben, den Beteiligten ist eine erfolgreiche Aufbauarbeit gelungen: Happy birthday Gemeinschaftsschule. ■

**Aus Platzgründen enthält der Artikel keine Literatur. Eine Liste kann beim Verfasser angefordert werden:**

[albrecht.wacker@ph-ludwigsburg.de](mailto:albrecht.wacker@ph-ludwigsburg.de)



**Albrecht Wacker,**  
Professor an der PH Ludwigsburg,  
Abteilung Schulpädagogik



## GEMEINSCHAFTSSCHULE

# „Niemand schafft das alleine, wir müssen das zusammen machen.“

Organisationsentwicklung kann viele Probleme lösen. Das meint Volker Arntz, Schulleiter der Hardschule in Durmersheim. Klingt abstrakt, eher zum Weghören. Er wiederholt es so oft und so eindrücklich, dass die b&w-Redaktion bei ihrem Besuch kurz vor den Sommerferien genau zuhört. Die Gemeinschaftsschule ist erfolgreich. 2020 wurde sie mit dem zweiten Platz beim deutschen Schulpreis ausgezeichnet!

Äußerlich ist die Hardschule eine ganz normale Schule. Es gibt keine extravaganten Räume oder Rückzugsorte in der Schule mit Ganztagsbetrieb. Nur die Klassenzimmer sind so umgebaut, dass jeder Schüler und jede Schülerin einen eigenen Arbeitsplatz hat. Viel Platz haben sie dabei nicht. Für drei Klassen bzw. Teams gibt es zusätzlich noch einen Gruppenraum.

Die Schule in Durmersheim liegt 14 S-Bahn-Minuten von Karlsruhe entfernt. Gleich daneben steht die Realschule. Die Schule ist durchgehend dreizügig obwohl das Platzangebot eigentlich nur für zwei Züge reicht. Seit 2014 ist die Hardschule offiziell eine Gemeinschaftsschule. „Die Antragsphase haben wir gegen den Willen der Gemeindeverwaltung durchgezogen und die Unterstützung im Gemeinderat war am Ende hauchdünn“, berichtet Volker Arntz. Mit Widerständen und Neuankünften kennt sich der Schulleiter aus. Als er 2011 als Schulleiter an die Grund- und Werkrealschule kam, „hatten wir die Wahl zwischen entwickeln oder abwickeln“, wie er sagt. Die Werkrealschule war eine sterbende Schule. „Wir hatten viel zu klären: Was eint uns, welche Ziele haben, wohin wollen wir? Wir haben einen Antrag auf Ganztagsbetrieb gestellt und mit einer sehr hohen Teilnehmerquote zum Laufen bekommen. Sehr schnell waren wir wieder zweizügig“, erinnert sich der Rektor. Öffentlichkeitsarbeit war ihm immer wichtig. Was in der Schule läuft, sollte auch in der

„Meine Aufgabe ist es, Prozesse so zu managen, dass gute Pädagogik möglich wird.“

Foto: Evi Mazziol

Volker Arntz, Schulleiter der Hartschule in Durmersheim

Zeitung stehen, ein guter Internetauftritt war selbstverständlich. Lobbyarbeit sowieso. Als die Schule Gemeinschaftsschule werden wollte, war der politische Widerstand groß. „Wir sind deshalb sehr tief in die Konzeptentwicklung eingestiegen. Mit der Westermann Verlagsgruppe haben wir zusammen „LEARNscape“ als Lern-Management-System entwickelt. Wir mussten uns sehr genau überlegen, wie Lernprozesse ablaufen sollen. Die Erstkonzeption war eine gute Ausgangsbasis für alle weiteren

Zeitungen stehen, ein guter Internetauftritt war selbstverständlich. Lobbyarbeit sowieso.

Als die Schule Gemeinschaftsschule werden wollte, war der politische Widerstand groß. „Wir sind deshalb sehr tief in die Konzeptentwicklung eingestiegen. Mit der Westermann Verlagsgruppe haben wir zusammen „LEARNscape“ als Lern-Management-System entwickelt. Wir mussten uns sehr genau überlegen, wie Lernprozesse ablaufen sollen. Die Erstkonzeption war eine gute Ausgangsbasis für alle weiteren

**Bild oben:** Volker Arntz erklärt, wie das Kollegium mit der Team-Management-Methode „Scrum“ effizient Lernjobs erarbeitet.

**Bild unten:** Arntz erläutert der Redakteurin Maria Jeggle, wie Schüler\*innen anhand des Wochenplans individuell lernen.



Fotos: Evi Mazziol

Entwicklungen“, erläutert Arntz. Die Gemeinschaftsschule hat sich rasch gut entwickelt. Die Zusammensetzung der Schüler\*innen wird jedes Jahr bunter. In den höheren Klassen ist der Anteil der Schüler\*innen mit Hauptschulempfehlung noch sehr hoch, bei den neuen Fünftern kommen rund 28 Prozent mit einer Gymnasial- und 36 Prozent mit einer Realschulempfehlung. Inzwischen ist der Gemeinderat samt Bürgermeister stolz auf seine Schule.



**Entlastung organisieren**

Wie geht es den Lehrkräften an der Hartschule? Nach annähernd zehnjähriger Aufbauarbeit? Der GEW melden viele Personalrät\*innen zurück, die Arbeitsbelastung in vielen Gemeinschaftsschulen sei untragbar hoch. Viele bewerben sich weg. Arntz sagt: „Damit Lehrkräfte nicht im Burnout verschwinden, hilft Organisationsentwicklung. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule ist der Komplexitätsgrad von Schule hochgeschwungen. Man muss die Komplexität akzeptieren und lernen damit umzugehen. Wir können nicht die unterschiedlichen Niveau-Stufen platt machen und einen Unterricht für alle machen. Gleichzeitig kann keine Lehrkraft für sich alleine Unterricht auf drei Niveaus entwickeln und dann noch der Inklusion gerecht werden. Schulen können nur konstruktiv mit dieser Komplexität umgehen, wenn die Führungsmechanismen und die innere Struktur dazu passen.“ Soll heißen, die Rolle der Schulleitung und Lehrkräfte muss sich fundamental wandeln.

Es braucht folglich eine Matrix-Organisation. Diese besteht, vereinfacht gesagt, aus kooperierenden Teams, die mit klaren Aufträgen verschiedene Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen. Für alle Fächer existieren an der Hartschule sogenannte Fachteams. Fachleute für Mathematik bilden auch das Fachteam Mathematik. Dort werden Unterrichtsmaterialien (Lernjobs) für alle Jahrgangsstufen und alle Niveaus entwickelt und im Lern-Management-System hinterlegt. Darüber hinaus existieren für alle Jahrgangsstufen sogenannte Stufenteams. Alle Lehrkräfte, die z. B. in Jahrgangsstufe 7 unterrichten, bilden das Stufenteam 7. Sie tragen die pädagogische Verantwortung in der Stufe und sind dafür verantwortlich, dass dort mit den bereitgestellten Materialien guter Unterricht und ein reichhaltiges Schulleben gestaltet wird. Mit der Bildung von Teams kommen Lösungen, aber auch neue Herausforderungen. Arntz erklärt das so: „Wenn Lehrkräfte in



Teams gemeinsam Lernjobs für Schüler\*innen zusammenstellen, geht es nicht darum, einen gemeinsamen Nenner von unterschiedlichen Vorstellungen von Lehrkräften zu finden, sondern das Beste für die Schüler\*innen herauszuholen. Beispiel: Eine Lehrkraft möchte lieber das Schulbuch nutzen, eine andere bevorzugt digitale Medien. Der gemeinsame, basisdemokratische Nenner wäre, beides zu benutzen. Das führt zwar dazu, dass beide Lehrkräfte ihre Vorstellungen einbringen können, verbessert aber nicht zwangsläufig die Qualität der Lernjobs. Daher haben wir „Scrum“ als Team-Management-Methode eingeführt.

 **Siehe:** [www.checkpoint-elearning.de/schule/schulentwicklung-mit-weiterbildungspotenzial](http://www.checkpoint-elearning.de/schule/schulentwicklung-mit-weiterbildungspotenzial)

Die Methode kommt aus der Software-Entwicklung und nutzt ein Rollenmodell, mit dem sich die Arbeit strukturieren lässt. Hier gibt es klare Aufgabenverteilungen, z. B. einen sogenannten Product-Owner (PO), der Arbeitspakete so kleinteilig für die Teammitglieder aufschlüsselt, dass man sie nur einmal anfassen muss, um sie zu Ende zu bringen. Das macht die Arbeit effizient. So entstehen Lernjobs für Schüler\*innen, die sie mit Toolunterstützung (LEARNscape) schrittweise bearbeiten. Zwischendrin sind immer wieder Checks eingebaut, damit sichtbar wird, was die Schüler\*innen gelernt haben.“

Neben den Fach- und den Stufenteams gibt es noch verschiedene Service-Teams, das Coachingteam und die Steuergruppe. Wichtig sei, meint der Schulleiter, dass wiederkehrende Abläufe standardisiert sind. Auf diese Weise verfügten alle Teams über einen gemeinsam erarbeiteten Instrumentenkasten, mit dem sie ihren Alltag effektiv und effizient meistern – ohne täglich lähmende Glaubenssatzdebatten führen zu müssen. „Diese Arbeitsweise akzeptieren die Lehrkräfte als Entlastung“, schlussfolgert der Schulleiter.

Arntz nennt als Beispiel den Rechtschreibrahmen. „Das Fachteam Deutsch beschäftigt sich intensiv mit dem Rahmenwerk und arbeitet es nach und nach in die Unterrichtsmaterialien (Lernjobs) ein, die im Lern-Management-System hinterlegt sind. Auf diese Weise kann jede Lehrkraft den Rechtschreibrahmen umsetzen, ohne selbst an der Implementierung beteiligt gewesen zu sein.

Auch die Rolle der Leitung ist an der Hardtschule eine andere geworden. Die Lehrkräfte sind und bleiben die Expert\*innen für die Lernprozesse. „Meine Aufgabe als Schulleitung ist es, für die Aushandlung gemeinsamer Wertmaßstäbe zu sorgen und Prozesse so zu managen, dass gute Pädagogik möglich wird und Lehrer\*innen sich bestmöglich um Kinder kümmern können. Leider sind wir Schulleitungen dafür nicht ausgebildet.“



*„Der Anfang war anstrengend, jetzt komme ich mit dem Arbeitsaufkommen gut zurecht.“*

*Annette Ries, Lernbegleiterin*

### Rückmeldungen von Schüler\*innen

Was sagen Schüler\*innen über ihre Schule? Schüler\*innen der 7. Klassenstufe geben gerne Auskunft. Tyler zeigt seinen Wochenplan. Hier steht in Kurzform, an welchem Wochentag er für welches Fach welche Aufgaben erledigen soll. Wenn er es geschafft hat, bestätigt das seine Lernbegleiterin mit ihrer Unterschrift. Was nicht fertig wurde, wird auf die nächste Woche verschoben. Festgehalten wird auch, was diese Woche gut geklappt hat, was schwer gefallen ist und was er verändern will. Am Ende steht auch die Unterschrift der Eltern. „Früher wollte ich ungern zu meinen Eltern gehen. Jetzt muss ich nichts mehr verheimlichen“, erzählt Nick. Er räumt auch ein, dass er öfter mal auf Mathe keine Lust habe und lieber was anderes mache. Allerdings weiß er sehr wohl, dass er die Matheaufgaben nicht ewig schieben kann. Was er erledigt oder nicht erledigt hat, ist schließlich transparent für ihn selbst, seine Lehrkräfte und für seine Eltern.

Die 7.-Klässler\*innen sind sehr reflektiert, kennen ihre Stärken und Schwächen und wirken sehr erwachsen. „Ich bin nicht der Schnellste“, sagt Nick beispielsweise. Meist arbeitet er auf dem mittleren Niveau. Hilfe holt er sich oft von seinem Sitznachbarn. „Mit einem Kompetenzcheck kann ich zeigen, was ich kann. Noten demotivieren mich“, erklärt Tess. Sie hätte auch aufs Gymnasium gehen können, hat sich aber mit ihren Eltern für die Hardtschule entschieden. Alle Schüler\*innen schätzen, dass sie die Tests nach eigenem Ermessen schreiben dürfen. „Wenn es mal nicht gut läuft, bekomme ich eine

zweite Chance und kann den Test wiederholen“, erklärt Tyler. Wird es nicht unübersichtlich mit all den unterschiedlichen Aufgaben, Rastern und Plänen, mal an der Tafel, mal im Heft und dann noch digital auf Landscape? Die Schüler\*innen schütteln den Kopf. Die Frage finden sie wohl etwas seltsam. Ihnen ist alles längst vertraut. Was finden sie an den Lehrkräften bzw. Lernbegleiter\*innen gut? „Mit Frau Ries hatten wir Glück. Sie hat den perfekten Humor für unsere Klasse“, meint Nick. „Sie hat ihre Augen überall und sieht alles, was wir machen“, sagt Tyler und es ist offensichtlich als Lob gemeint.

Die Lernbegleiterin Annette Ries ist seit 9 Jahren an der Schule, hat die Gemeinschaftsschule mit aufgebaut. Der Anfang sei anstrengend gewesen. Jetzt komme sie gut zurecht. Sie schätzt vor allem die Teamarbeit der Kolleg\*innen untereinander. Ries





Fotos: Evi Mazziol

Ein Klassenzimmer an der Hardtschule.



Schüler der 7. Klasse erzählen, wie der Unterricht bei ihnen läuft. Schulleiter Volker Arntz ergänzt, was für die Schüler längst selbstverständlich ist.

hat viele Hüte auf. Sie ist als sogenannte Product-Ownerin im Fachteam Mathematik für die Erstellung der Lernjobs in Mathe zuständig. Als Lernbegleiterin Deutsch ist sie für den fachlichen Kompetenzerwerb ihrer Schüler\*innen im Fach Deutsch zuständig. Als Lerngruppenleiterin der 7a hat sie das Sozialgefüge ihrer Klasse im Blick und als Coach betreut sie die Persönlichkeitsentwicklung der ihr zugeteilten Kinder.

Als Außenstehende ist es nicht so einfach, die Strukturen und Abläufe auf Anhieb zu durchschauen. In der Schule findet das niemand schwierig. Neue Lehrkräfte bekommen Trainings in der Startwoche, hospitieren noch zwei Wochen lang und dann können sie loslegen. „Bis alles reibungslos läuft und Lehrkräfte ihre andere Rolle als Lernbegleiter\*in verinnerlicht haben, dauert es schon ein Jahr“, meint Arntz. Für die Einarbeitung investiert die Schule und die Lehrkraft. Schon deshalb ist der Schulleiter von einjährigen Abordnungen von Lehrkräften nicht begeistert. „Das ist keine Lösung für uns“, betont er. Fachlich gut zu sein, reiche nicht aus. Lehrkräfte müssten beziehungsfähig und empathisch sein, um den Selbstlernprozess der Schüler\*innen bestmöglich zu begleiten. Die überall verbindlichen Abläufe und die nach Niveaustufen ausgearbeiteten Aufgaben, die Lernjobs, sind vorhanden. So bleibt für die Lehrkräfte Zeit für ihre pädagogischen Aufgaben und für den Austausch im Team.

### Weitere Entwicklung

Nach dem Aufbau der Gemeinschaftsschulen hätte nach Arntz' Einschätzung in Baden-Württemberg eine Konsolidierungsphase kommen müssen: Sammeln, ordnen, eindampfen. Für die Aus-, Fort- und Weiterbildung müsste ein Basismodell einer Gemeinschaftsschule entwickelt werden. „In der großen Heterogenität der Startphase sind wir leider immer noch, weil die Ex-Kultusministerin Susanne Eisenmann die Stopp-Taste gedrückt hatte.“ Jetzt sei das Schulsystem mit Lehrkräftemangel und Ukraine-Flüchtlingen sehr unter Stress.

*„Bis Lehrkräfte ihre andere Rolle als Lernbegleiter\*in verinnerlicht haben, dauert es schon ein Jahr.“*

Arntz betont immer wieder: „Was wir jetzt vor allem brauchen, ist nicht Fortbildung, sondern Organisationsentwicklung. Solange jede Lehrkraft in ihr Klassenzimmer geht und dort tut, was sie für richtig hält, kann man die Steuerung dem Dienstrecht überlassen. Wenn aber jede einzelne Lehrkraft ein hohes Maß an Personalisierung, Individualisierung und Differenzierung leisten soll, sind sie auf Teamstrukturen angewiesen. Daher braucht es Managementkenntnisse in der Leitungsebene. Lehrkräfte brauchen verlässliche, gute Strukturen, damit sie Kooperationen sinnvoll gestalten können.“

An der Hardtschule sind die Strukturen etabliert und wirken. Die Auszeichnung mit dem deutschen Schulpreis spricht für sich. Was hat sich mit dem Schulpreis verändert? Der Schulleiter resümiert: „Die Durmersheimer interessiert die Auszeichnung nicht so sehr. Aber für das Kollegium war er sehr wichtig und befreiend. Er hat unseren Selbstwert verbessert und gibt uns die Chance, uns zu emanzipieren. Wir müssen nicht mehr beweisen, dass wir es richtig und gut machen.“

**Maria Jeggle**  
b&w-Redakteurin

# unterrichtspraxis

Beilage zu „bildung und wissenschaft“

der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

## DIE UNABHÄNGIGKEIT INDIENS

### 75 Jahre her, aber mit starken Nachwirkungen auf Gegenwart und Zukunft

*Geschichte ist Vergangenheit. Geschichte ist die Vergangenheit Europas. – Beide Setzungen scheinen für einen Großteil unseres Geschichtsunterrichts kennzeichnend. Sie sollen in diesem Beitrag verlassen werden. Ein außer-europäisches Land steht im Mittelpunkt. Und nicht wegen seines Einflusses auf die europäische Politik (wie die USA), oder als Macht europäischer Herkunft (wie gleichfalls die USA), sondern ganz um seiner selbst willen.*

#### Indien ist anders!

Man weiß nicht so recht, mit welchem Staats- oder besser Staaten-Gebilden man Indien vergleichen soll. An Einwohnern kommt es der VR China recht nahe. Beide Länder haben rd. 1,4 Mrd. Einwohner und sind damit mit Riesenvorsprung die einwohnerreichsten Staaten der Erde. China liegt bei Erscheinen dieses Aufsatzes noch knapp vorne. Das wird sich bereits in den nächsten Jahren ändern, da die chinesische Bevölkerung stagniert und die indische noch recht anhaltend um mehr als ein Prozent jährlich anwächst. An Flächengröße wird Indien nicht nur von China, sondern auch von Russland, Kanada, USA, Australien und Brasilien bei weitem übertroffen. In europäischem Maßstab ist Indien dennoch ein riesiges Land. Abbildung 2 unternimmt den interessanten Versuch, die Umrisse Europas über Indien zu legen. Die Extreme des Landes reichen nun von London bis Moskau und von Mittelnorwegen bis Tunesien.

- Auch wenn Indien nur ein einziges Land ist, besitzt es eine sprachliche Vielfalt, welche diejenige Europas noch in den Schatten stellt. 24 dieser Sprachen sind offiziell anerkannt. Sie besitzen auch mehrere zum Teil völlig unterschiedliche Schriften.



Elefantengott Ganesha

Foto: Maus Hupke

- Wirtschaftlich gesehen sind zwei Weltmächte führend: Die USA und die VR China. Im Vergleich dazu scheint Indien trotz seiner großen Einwohnerzahl mit kaum mehr als einem Zehntel von deren jeweiliger Wirtschaftsleistung sehr nachrangig und liegt im Moment noch hinter Deutschland. Aber: Indien hat aufgrund seines Bevölkerungswachstums

eine gigantische Zukunftsprognose. Keine Frage: Wenn die etwa doppelt so vielen Menschen wie in Europa eines Tages ein Pro-Kopf-Einkommen auch nur im Weltdurchschnitt haben werden, wird Indien zu den wirtschaftlich größten Mächten der Erde gehören und mit den USA und China zumindest gleichgezogen haben.

### **Wie alles begann: Die Kolonialgeschichte des indischen Subkontinents**

Den Kolonialmächten der Zeit um 1500 n. Chr. schien Indien unendlich reich zu sein. Es beherbergte vieles, was europäischen Herrschern und Kaufleuten gelegen kam: erlesene Gewürze wie Pfeffer, Zimt und Muskat; Edelsteine wie Saphire und Rubine; aber auch Seidenstoffe. Vor allem der indischen Fernhandelsschätze wegen erkundeten die Portugiesen die Afrika-Umrandung unter Vasco da Gama und suchte Kolumbus den Seeweg nach Westen. Während zunächst die Portugiesen vor allem die südwestindische Küste eroberten, dort aber bald schon selbst von den Holländern vertrieben wurden, gelang es den Briten ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts, den Subkontinent flächenhaft unter ihren Einfluss zu bringen. Ein großer Teil des heutigen Indiens wurde allerdings von den Briten nicht direkt regiert, sondern wurde den dort bereits herrschenden Maharadschas (Hindu) oder Sultanen (Muslim) belassen, welche allerdings nur in enger Abhängigkeit von den britischen Vizekönigen agieren durften (System der Indirect Rule). Diese Form der Herrschaft hatte in der extrem hierarchisierten indischen Gesellschaft für die unteren Kasten kaum Auswirkungen, Die oberen Kasten wie die Kshatryas (Krieger) oder die Brahmanen (Priester, Schriftgelehrte) konnten das dagegen nur als Demütigung empfinden.

So kam es immer wieder zu Aufständen und Unruhen; am ausgeprägtesten bei den Sepoy-Unruhen 1857/58. Die rein numerisch schwache britische Kolonialverwaltung ließ diese mit Hilfe ihrer materiellen militärischen, aber auch organisatorischen Überlegenheit blutig niederschlagen. Dabei kam ihr entgegen, dass sie anderssprachige Minderheiten aus anderen Teilen des Landes als Hilfstruppen einsetzen konnte, die gegenüber der lokalen Bevölkerung keine besondere Empathie zeigten. Dies verfestigte noch bei den hohen Kasten das Gefühl, entgegen ihrem auch religiös untermauerten Herrscheranspruch einer ausländischen angemessenen Machtelite ausgeliefert zu sein.



Foto: Klaus Hupke

*Alte und neue Zeit gehen in Indien oft eine fruchtbare Verbindung ein – Hier haben Hirsebauern ihre Ernte auf der Straße ausgebreitet, damit die darüberfahrenden Autos die Dresch-Arbeit übernehmen.*

### **Das Ende des 2. Weltkriegs – der Startschuss für Indiens Unabhängigkeit**

Als Kolonialgebiet ist auch das Vizekönigreich Indien mit dem Kriegsausbruch in einen formalen Krieg gegen Deutschland eingetreten, und indische Hilfstruppen haben auf europäischen Schlachtfeldern ihren britischen Herren teils treue Dienste geleistet. Aber der Krieg der Inder war das dennoch nicht. Viele Inder sahen die anfänglichen Erfolge Deutschlands durchaus mit einer gewissen Sympathie. Als nach 5 Jahren Europa buchstäblich in Schutt und Asche lag, war auch die britische Wirtschaft ruiniert und an die USA hoch verschuldet. Die Kolonialmacht England war so kraftlos, dass Indien nicht mehr als Kolonie zu halten war. Hinzu kam noch ein weiterer Umstand. Während nach dem Ersten Weltkrieg Großbritannien noch in gewissem Sinne neben den USA als eine zweite Weltmacht, zumindest zur See, erhalten blieb, waren nach dem Zweiten Weltkrieg alleine noch die USA politisch und militärisch tonangebend. Doch die USA hatten auch ihre Kolonialgeschichte. Die Unabhängigkeit der USA musste fast 200 Jahre zuvor ebenfalls gegen die Briten erst erkämpft werden. Auf jeden Fall stieß der Unabhängigkeitskampf der Inder bei der zunächst einzig verbliebenen Weltmacht auf Sympathie. Es konnte losgehen.

### **Kampf um die Unabhängigkeit**

1885 wurde der Indian National Congress gegründet, um zunächst nur den Wunsch auf politische Mitsprache institutionell zu verankern, aus welchem später die Kongress-Partei hervorging. Dieser war sehr stark durch Hindus bestimmt, während die Muslime 1906 eine eigene Institution, die Muslim-Liga, gründeten mit der Intention, die Rechte speziell des muslimischen Bevölkerungsanteils Indiens einzufordern. Diese Divergenz der Interessen schwächte nicht nur die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der britischen Kolonialmacht, sondern bereitete bereits auch die spätere Spaltung des Landes vor. Dabei ist mit zu berücksichtigen, dass die Muslime zwar die zweitgrößte Religionsgemeinschaft des Landes darstellen, jedoch hinter den zahlenmäßig dominierenden Hindus sich stets als Juniorpartner fühlen mussten (quantitatives Verhältnis heute etwa 6:1; zählt man die von Indien abgespaltenen Pakistan und Bangladesch hinzu, etwa 2:1).

Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi waren seit 1917 eng miteinander verbunden in einem gewaltfreien Kampf um ein von Großbritannien unabhängiges Indien. Während Gandhi der spirituelle Kopf der Unabhängigkeitsbewegung war mit starker symbolischer Ausstrahlung auf alle Schichten und Kasten der indischen



Bevölkerung, war Nehru eher der „politische Kopf“, der auch entsprechend am 15. August 1947, dem Tag der indischen Unabhängigkeit, zum Prime Minister Indiens ernannt wurde. Sowohl Gandhi als auch Nehru hatten dafür mit jahrelangen Gefängnisaufenthalten einen hohen persönlichen Preis bezahlt. Der so entstandene neue, indische Staat definierte sich als säkular, so mussten die Sultane und Maharadschas ihre formale Macht völlig an den indischen Staat abgeben. Die politische Verfassung wie die Rechtsprechung Indiens sind in vieler Hinsicht der britischen nachempfunden. Die Beziehungen zu Großbritannien können heute wieder als entspannt gelten.

### **Freiheit, aber keine Einheit**

Die muslimischen Teile der indischen Bevölkerung, repräsentiert durch die Muslim-Liga, fürchteten, in einem indischen Gesamtstaat erneut dominiert zu werden, in diesem Falle durch eine Hindu-Mehrheit, und forderten einen eigenen Staat.

Das allerdings war ein sehr schwieriges, um nicht zu sagen unmögliches Unterfangen. Die Siedlungsgebiete der beiden indischen Hauptreligionen liegen unmittelbar ineinander verschränkt. Selbst innerhalb eines Dorfes leben meist Hindus und Muslime, wenn auch oft nicht in unmittelbarer Nachbarschaft. Wie unter solchen Umständen eine Grenze ziehen? Die Radcliffe-Linie, das Ergebnis der Arbeit eines britischen Kolonialbeamten, ist oft kritisiert worden. Tatsache ist: Cyril Radcliffe hätte gar keine geeignete Grenzlinie zwischen einem Hindu-Indien und einem Muslim-Indien ziehen können. Zum einen, weil es ihm an genauen Informationsunterlagen fehlte; zum anderen, weil diese wie oben dargestellt überhaupt nicht möglich war. Er hat dies dennoch getan. Das Ergebnis war politisch wie menschlich eine einzigartige Tragödie. Millionen von Menschen wurden vertrieben, vermutlich ähnlich viele wie etwa zur gleichen Zeit in Europa. Erst als Folge dieser Massenflucht und Vertreibung setzten sich die Strukturen eines stark Hindu-orientierten

Indien und einem Muslim-orientierter Pakistan durch. Das muslimische Pakistan wurde nicht als zusammenhängender Staat ausgewiesen, sondern zweiteilig als West-Pakistan und Ost-Pakistan (eigentlich: Ost-Bengalen). 1971 kam es zu einer Spaltung der beiden Teile in Pakistan und Bangladesch.

Mit der Unabhängigkeit Indiens entstand aber schlagartig ein „neuer Staat“, der große Teile Südasiens räumlich abdeckt und den „indischen Subkontinent“ nahezu komplett einnimmt. Räumlich benachbart liegt dieses Land nun sowohl zu den weiteren kleineren Teilen des ehemaligen British India: Pakistan und Bangladesch, aber auch Birma (Myanmar) und Sri Lanka, ebenso Nepal und Bhutan. Nördlich des damals neu entstandenen Indien liegt die VR China.

Indien musste und muss sich in dieser Nachbarschaftslage definieren. Eine Art „Hassliebe“ verbindet bzw. trennt Indien von Pakistan. In der objektivierbaren Bedeutung hat Indien den Wettlauf mit Pakistan schon längst gewonnen: Abgesehen von ohnehin vorhandener Differenz in der Einwohnerzahl ist Pakistan ausgesprochen wirtschaftlich schwach, während Indien dynamischer angelegt ist. Mit Angst besetzt ist in Indien allerdings die Annahme, die eigene muslimische Minderheit, die aufbegehrt und sich teilweise zu Recht als unterdrückt ansieht, könnte aus Pakistan Unterstützung empfangen. Dass dies kein reines „Hirngespinnst“ ist, zeigen die offenbar aus Pakistan unterstützten koordinierten Terror-Angriffe auf Bombay/Mumbai im November 2008.

In Indien leben viele Muslime, insgesamt rund 200 Mio. Menschen. Das sind etwa genauso viele, wie im Nachbarland Pakistan. Sie konnten nur unzulänglich in das moderne Indien eingebunden werden. Viele von ihnen sind unzufrieden. Das hat auch interne Gründe. Eine äußere Benachteiligung spielt eine zunehmend größere Rolle. Die amtierende Regierung unter Premierminister Narendra Modi ist wohl weniger von vornherein antimuslimisch eingestellt, bedient aber gerne populistische Vorurteile in diese Richtung.

### **Warum sollte die Unabhängigkeit Indiens Thema im deutschen Unterricht sein?**

In Zusammenhang mit gleich mehreren Fächern ist Indien ein Thema. Am deutlichsten vielleicht in Geographie, wo es in vielen Bildungsplänen in der Sekundarstufe I auftritt: entweder als „Großraum“, oder aber als „Schwellenland“ / „Dritte Welt“.

- Als „größte Demokratie der Welt“ ist Indien aber auch für das Fach Politik prinzipiell interessant.
- Auch im Englischunterricht sollte man Indien dringend im Auge haben. In Zukunft dürfte sich das indische Englisch (ironisch: Indlish) als dritte Säule neben British und American English legen. Gelegenheit also nicht nur für britische und amerikanische „Landeskunde“.

Indien ist zunächst einmal ein Raum, der mehr als ein Sechstel der Weltbevölkerung umfasst und alleine daher nicht eigens als Schwerpunktthema besonders begründet werden müsste. Zudem enthält die Unabhängigkeit Indiens, die unverzichtbar war und ist, doch auch starke Implikationen im Hinblick auf nachfolgende Konflikte. Nicht die Unabhängigkeit als solche, sondern die nachfolgenden Grenzänderungen waren und sind das Problem. Diese sind zumindest in Indien aber eine fast unvermeidliche Folge der staatlichen Unabhängigkeit gewesen. Strukturelle Ähnlichkeiten drängen sich auf zu den Grenzveränderungen nach 1990 in Jugoslawien und der ehem. Sowjetunion, deren Folgewirkungen uns bis heute als kriegerische Konflikte zu schaffen machen und Zehntausenden an Menschen das Leben gekostet haben.

So oder so: Mit Indien wird in Zukunft zu rechnen sein. Sich mit Indien zu beschäftigen bedeutet nichts anderes, als einer zukünftigen wirtschaftlichen wie vermutlich auch politisch-militärischen Weltmacht „bei der Geburt“ zuzusehen.



## UNTERRICHTSMATERIAL

## PROJEKT UND STATIONENLERNEN – Methoden der Wahl bei der Erarbeitung der „indischen Unabhängigkeit“

Grundsätzlich ist ein Projekt die angemessene didaktische Methode, um Schülerinnen und Schüler in eigenständiger Arbeit an die Thematik „Indien“ heranzuführen. Wenn weniger Zeit zur Verfügung steht, etwa im Rahmen einer historischen „Erinnerungsstunde“ an das 75-jährige Jubiläum der indischen Unabhängigkeit, könnte man

auch Stationenlernen einsetzen, das im Übrigen auch leicht in ein Projekt integriert werden kann. Da das Lernen an Stationen also in unterschiedlichen Zugangstiefen einer Einheit „75 Jahre Unabhängigkeit Indiens“ einsetzbar ist, soll es auch im Folgenden vorrangig dargestellt werden. Die Stationen sollen didaktisch vielfältig angelegt

werden („Lernen mit allen Sinnen“, unterschiedliche Lernzugänge). Neben EINER Station mit einem ausliegenden Arbeitsblatt mit Text, Bildern und Diagrammen und einem dazu in Beziehung stehenden Arbeitsauftrag treten weitere:

**A)** Originale Gegenstände, welche in die Thematik „Indien“ einführen bzw. die unseren Lebensalltag mit dem indischen verbinden (z. B. Räucherstäbchen; evtl. in einem Fühl-Säckchen zum Ertasten und Raten; z. B. eine Figur des hinduistischen „Elefantengotts“ Ganesha als Einstieg in die Vorstellung der indischen Hauptreligion), verbunden mit Ideen zum Weiterdenken: Was bedeutet diese Gestalt, die halb Mensch, halb Tier ist? Wie viele Gottheiten gibt es in Indien eigentlich? (Internet oder beiliegender kurzer Infotext).

**B)** Indische Originalfarben zum hinduistischen Holi-Festival (von der Lehrkraft zuvor preisgünstig online bestellt). Was bedeutet dieses „Fest der Farben“? Wann wird es gefeiert? Haben wir ein vergleichbares (Erntedank-)Fest in Deutschland? (im Internet recherchieren)

**C)** Wir sehen auf Bildern oder in Filmen Menschen aus Indien mit einem roten Punkt auf der Stirn. Was hat dieser Punkt zu bedeuten? (Internet-Recherche im Vorfeld)

**D)** Indische Gewürze zum Riechen (Vorschlag: Zimt, Kardamom, Muskat). Namen und Gebrauch der Gewürze vorgeben, die Zuordnung durch die Schüler\*innen bestimmen/erraten lassen.

**E)** Aufgestellter Laptop mit einem Kurzfilm zur indischen Unabhängigkeit mit historischen Originalaufnahmen, aber auch Ideen und Anregungen zur Auswertung (gut geeignet z. B. das Youtube-Video: <https://www.youtube.com/watch?v=Whj8-WMnAw8>, über das Wirken Gandhis)

**F)** Ein selbst gefertigtes Mosaik, das die Umrisse Indiens sowie der wichtigsten indischen Bundesstaaten enthält und von den Schülerinnen und Schülern zusammengesetzt werden kann (s. a. Abb. 3)

Eine ausliegende Knetmasse in Gelb und Rot lässt sich dazu verwenden. Mit dem blässeren Gelb werden die Grenzen Indiens dargestellt (schwarzer Karton, der in jedem Schreibwarengeschäft erhältlich ist, als kontrastierende Unterlage). In leuchtendem Rot können dann als runde Punkte die größten Städte wiedergegeben werden. Nicht nur die „Kleinen“ haben Spaß am handwerklich-kreativen Arbeiten, das im sozialwissenschaftlich ausgerichteten Fachunterricht sonst so gut wie überhaupt keine Rolle spielt. Die Verfestigung der Topographie Indiens geschieht so nebenbei. Die eben gemachten Vorschläge zu einem einführenden Lernzirkel dienen dem ersten „Kennenlernen“ Indiens. Entscheidend ist aber die übergreifende Fragestellung der Einheit, die „Warum ist Indien (für uns) wichtig?“ oder auch „75 Jahre indische Unabhängigkeit – was bedeutet



Foto: Klaus Hupke

Abb. 1: Etwas unbeholfenes, aber deutlich erkennbares „Knete-Bild“ der Topographie Indiens. Die Städte (eher punktförmig) sind in Rot, die Gebirge (eher längsgestreckt) in Braun.

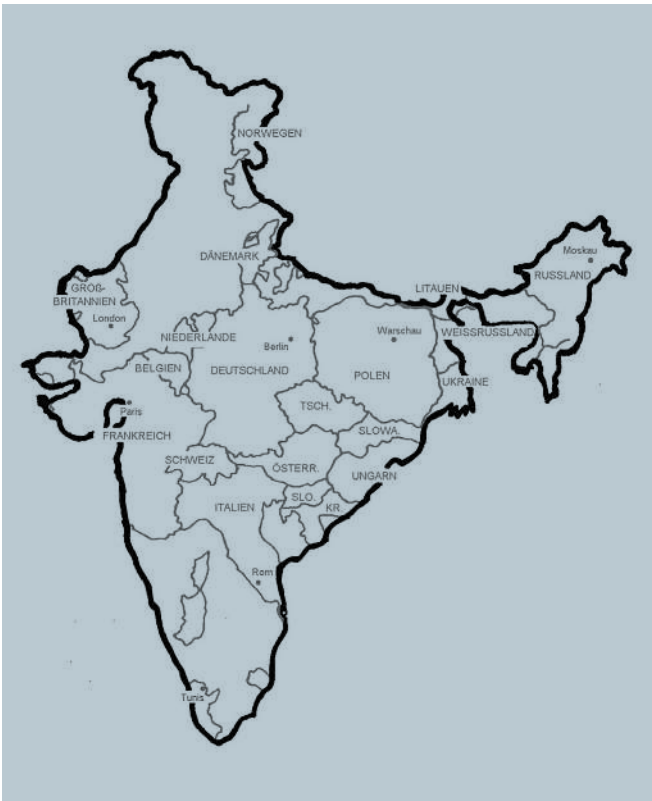
das heute?“ lauten könnte. Selbstverständlich ist im Rahmen des Geschichtsunterrichts immer auch eine Epoche „um ihrer selbst willen“ wichtig. Speziell bei dieser Fragestellung und in Fächern wie Gemeinschaftskunde/Politik und

Geographie geht es aber mehr um die Bedeutung für die heutige Zeit, bei welcher die Auseinandersetzung mit historischen Vorgängen allerdings unumgänglich ist.

UNTERRICHTSMATERIAL



Quelle: J. Wamser (2005): Standort Indien. Münster (Westf.): LIT



**Aufgabe:** Erkläre die indischen Größenmaßstäbe (Nord-Süd- und Ost-West-Erstreckung) am Beispiel der europäischen Staatenkarte.

Abb. 2: Indien ist riesig – in europäischen Maßstäben.

Foto: Tanger Travel LTD



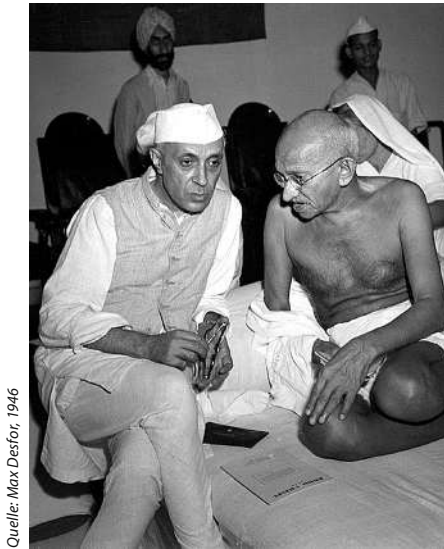
**Aufgabe:** Nenne die Nachbarstaaten Indiens. Zu welchen davon scheint das Verhältnis seit der indischen Unabhängigkeit 1947 negativ beeinflusst?

Abb. 3: Indien und seine Nachbarn. Die heutigen Pakistan und Bangladesch waren wie Sri Lanka ein Teil des vormaligen Britisch-Indien.





**Aufgabe:** Mitten im dicht gedrängten innerstädtischem Wohngebiet Mumbais (Bombays) liegt eine Moschee. Beschreibe den äußerlichen Renovierungszustand der Moschee im Vergleich zu den umgebenden Hausfassaden, vor allem im Vordergrund links der Moschee. Worauf lässt dies schließen?



Quelle: Max Desfor, 1946

Abb. 4: Nehru und Gandhi – zwei ungleiche Kampfgefährten.



Foto: Klaus Hupke

Abb. 5: Moschee in Mumbai (ehemals Bombay)



Foto: privat

Die Zukunft Indiens – der politische Westen? Moderner Campus eines international vernetzten Softwareherstellers, ebenfalls in Bangaluru (Bangalore)

### **Das ungelöste Problem der indischen Unabhängigkeit – wie werden die indischen Muslime integriert?**

Independence Day is the most significant day in the history of Indian because it reminds us of the bravery and struggle of our freedom fighters. On this day we pay homage to our fighters who fought and gave up their lives for our independence. Since then we are celebrating our Independence Day every year on 15<sup>th</sup> August. It is considered a national holiday and all the organisations and institutions hoist the national flag and organise cultural functions across the country.

This day is celebrated to ignite the feeling of nationalism and patriotism across the country. Every citizen has a different viewpoint of Independence. A youngster takes this day to celebrate the glory and strength of the country while for others it's a reminder of the long suppression and cruelty that our people suffered. It's not only a celebration of Independence but also of unity with the diverse culture of the country.

### **How we got our Independence**

For about two centuries the Britishers managed to rule over us. Also, the resident of the nation endured a lot because of these oppressors. British authorities deal with us like slaves until we figure out how to retaliate against them.

We battled for our freedom yet work vigorously and magnanimously under the direction of our pioneers Jawahar Lal Nehru, Subhash Chandra Bose, Mahatma Gandhi, Chandra Shekhar Azad, and Bhagat Singh. A portion of these pioneers picks the way of violence while some pick non-violence. The definitive point of these was to drive out the British from the nation. Furthermore, on the fifteenth August 1947, the hotly anticipated dream works out as expected.



**Quelle:**

[www.nvshq.org/article/essay-on-independence-day/](http://www.nvshq.org/article/essay-on-independence-day/)

**Aufgabe:** Lies beide Texte aufmerksam durch.

- Verfasse ein Statement zum einen
- Die indische Unabhängigkeit 1947 – ein Glücksfall der Geschichte!
  - Die indische Unabhängigkeit 1947 – Beginn eines Dramas!





**Indien und Pakistan:**

**Aufgabe:** Bestimme das „Kräfte-Verhältnis“ zwischen Indien und Pakistan im Vergleich.  
Errechne dabei auch das jeweilige Pro-Kopf-Einkommen (Grundlagen dazu findest Du in der Tabelle).

Vergleichsgesichtspunkt	Indien	Pakistan
Hauptstadt	New Delhi	Islamabad
Einwohner in Mio.	1400	220
Anteile Religionen in Prozent der Gesamtbevölkerung	Hindus: 80 Muslime: 14	Muslime: 96,3
Jährliches Gesamt-Wirtschaftsleistung (BIP) in Billionen US-Dollar	2,6	0,26
Jährliches Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar		
Wirtschaftswachstum 2021 im Vergleich zum Vorjahr in Prozent	9,5	3,9
Rangfolge HDI (Human Development Index) unter mehr als 180 Staaten	131	154

Abb. 6: Vergleich zwischen Indien und Pakistan



Foto: privat

Die Zukunft Indiens - der politische Westen? Moderne Einkaufsstraße im Zentrum von Bangaluru (Bangalore) als Symbol für das westliche Konsummodell.



unterrichtspraxis online  
Diese und weitere Ausgaben sowie die Unterrichtsmaterialien stehen zum Download zur Verfügung.

**Impressum**

unterrichtspraxis – Beilage zu „bildung und wissenschaft“, Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.

Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig  
E-Mail: up@gew-bw.de

Gestaltung: Virginia Scaldavilla

Zur Mitarbeit sind alle Kolleg\*innen herzlich eingeladen. Manuskripte bitte per E-Mail an die verantwortliche Redaktion senden.



**Prof. Dr. Hupke**  
Professor für Geographie und ihre Didaktik  
Kontakt: hupke@ph-heidelberg.de



## VORBEREITUNG DES DOPPELHAUSHALTES 2023/2024

# Ohne zusätzliches qualifiziertes Personal keine zusätzlichen Aufgaben

Im Frühsommer begannen die Beratungen zum Doppelhaushalt 2023/2024. Ziel von Ministerpräsident Winfried Kretschmanns ist es, ab 2023 wieder zur Schuldenbremsenpolitik zurückzukehren. Deshalb gab es eine klare Botschaft von ihm: Die finanziellen Spielräume seien gering. „Ich habe auch keinen Geldscheißer im Staatsministerium“, sagte er. Doch so schlecht ist die Haushaltslage nicht.

Die Kritik an der Schuldenbremse aus der eigenen Partei wischte Kretschmann einfach beiseite: Er sehe keine Mehrheiten, die die Schuldenbremse zu reformieren. Deswegen beschäftige er sich damit nicht. Es scheint sich aber in der Landesregierung niemand ernsthaft für das Machtwort des Chefs interessiert zu haben. Insgesamt haben die Ministerien fast 9.000 zusätzliche Stellen und 7,75 Milliarden Euro zusätzliche Mittel beantragt. Vor der Sommerpause einigte sich die Haushaltskommission über Investitionsschwerpunkte – die Stellendebatte wurde erst einmal vertagt.

In den vergangenen Monaten ist viel von „Zeitenwende“ die Rede gewesen. Für eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik etwa durch die Einführung einer Vermögens- oder Übergewinnsteuer zur ausreichenden Finanzierung öffentlicher Ausgaben gilt dies offensichtlich nicht.

### Unklare Haushaltslage

Kretschmann verweist auf die unsichere wirtschaftliche Situation. Richtig ist, dass derzeit niemand die genauen wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges vorhersehen kann. Unklar ist, ob es zu einer Rezession kommt, die hohe

dass die Verschuldung des Landes von 45 Milliarden Euro (2019) auf 59,7 Milliarden Euro (2021) gestiegen sei. Davon sind jedoch 20,8 Milliarden Euro nicht valutierte Kredite, für deren Aufnahme es zwar eine gesetzliche Ermächtigung im Haushalt gibt, die jedoch nicht oder noch nicht in Anspruch genommen wurden. Dieser Anteil steigt seit 2012 an und hat sich in der Pandemie noch einmal drastisch erhöht. Tatsächlich liegt die valutierte Verschuldung 2021 noch unter dem Wert von 2014 (Tabelle 1). Gleichzeitig erzielt das Land in den letzten 10 Jahren regelmäßig einen kassenmäßigen

Schuldenentwicklung 2011 bis 2021 (in Milliarden Euro)										
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
valutierte Kreditmarktverschuldung zum 31.12.	41,0	41,6	41,4	41,1	41,1	38,5	36,3	36,1	39,8	38,9
nicht valutierte Kredite bzw. aufgeschobene Kredite	2,3	3,5	4,9	5,2	5,2	7,8	9,7	8,9	16,2	20,8
haushaltsmäßige Verschuldung zum 31.12.	43,3	45,1	46,3	46,3	46,3	46,3	46,0	45,0	56,0	59,7

Tabelle 1: Quelle: Landesrechnungshof Denkschrift 2022 – Entwicklung des Landeshaushalts

Inflation beschert der öffentlichen Hand zwar höhere Steuereinnahmen, aber auch zusätzliche Kosten. Darüber hinaus belasten steigende Zinsen die Haushalte – bislang konnte sich die öffentliche Hand faktisch zinsfrei verschulden.

Richtig ist aber auch, dass Kretschmann und Finanzminister Danyal Bayaz seit einigen Jahren die tatsächliche Finanzlage des Landes verschleiern. Das Finanzministerium weist darauf hin,

Haushaltsüberschuss in Milliardenhöhe (Differenz aus Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben), im Corona-Jahr 2021 waren dies 5,227 Milliarden Euro. „Ein Überschuss in dieser Höhe ist einmalig in der bisherigen Landesgeschichte“, schreibt der Landesrechnungshof in der Denkschrift 2022 zur Entwicklung des Landeshaushalts. Ursache sind einerseits die gestiegenen Steuereinnahmen – nach dem Einbruch im Corona-Jahr 2020 übertrafen

sie 2021 bereits wieder den Wert von 2019. Andererseits fielen auch die Ausgaben niedriger aus. Zu Buche schlagen hier alleine beim Personal Minderausgaben von 1,1 Milliarden Euro. Dies dürfte auch daran liegen, dass zuletzt mehr als 12.000 Stellen unbesetzt waren! Das Land hat so erhebliche finanzielle Rücklagen angehäuft. Dazu hat auch beigetragen, dass die jährlichen Ausgabenreste in den vergangenen 10 Jahren um mehr als das 3,5-Fache angewachsen sind (siehe Tabelle 2). Insgesamt dürfte die Haushaltslage des Landes deutlich besser sein, als Kretschmann in seinen öffentlichen Aussagen glauben machen will. Dafür spricht auch, dass Finanzminister Bayaz bei den ersten Abstimmungen mit den Ressorts den „verfügbaren Investitionskorridor“ von ursprünglich 890 Millionen Euro auf 1,38 Milliarden Euro aufgepolstert hat.

### Stellenanforderungen des Kultusministeriums – eine Phantomdiskussion

Je nach Betrachtungsweise hat das Kultusministerium bis zu 4.500 Neustellen im Haushalt beantragt. Im Einzelnen geht es dabei um Maßnahmen, die in Tabelle 3 dargestellt sind.

Auffällig ist, dass das KM mehr als 1.000 Stellen für den Ausgleich der steigenden Schüler\*innenzahlen beantragt hat. Tatsächlich sind in Baden-Württemberg die Geburtenzahlen seit 2013 wieder angestiegen. Diese Kinder kommen mittlerweile in der Grundschule an.

Zu den beantragten 2.064 Stellen kommt weiterhin die Verstetigung der Stellen (1.165) aus der Sprachförderung. Diese sind ab 2015 geschaffen worden, sie sind allerdings mit einem KW-Vermerk (künftig-wegfallend) versehen, d.h. sie müssten jeweils zum Ende des Haushaltsjahres

gestrichen werden. Bislang wurde die Finanzierung dieser Stellen immer nur um ein Jahr verlängert – jetzt sollen sie in dauerhafte Planstellen umgewandelt werden. Darüber hinaus hat das KM für die Beschulung von Jugendlichen aus der Ukraine für das Schuljahr 2022/23 Mittel für 900 Stellen und für 2023/24 für 450 Stellen beantragt.

**„Der Fachkräftemangel wird sich in den kommenden 10 bis 15 Jahren erheblich verschärfen. Das Problem lässt sich nicht durch eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten oder durch zusätzliche Mittel lösen.“**

Diese Stellenanforderungen sind alle notwendig und sinnvoll – sie entsprechen größtenteils langjährigen Forderungen der GEW. Allerdings gerät die Diskussion über zusätzliche Stellen zunehmend zu einer Phantomdebatte. So notwendig diese zusätzlichen Stellen auch sein mögen, sie zeigen nur dann Wirkung, wenn sie auch adäquat besetzt werden können. Im Frühjahr waren allein im Bereich des Kultusministeriums 3.736 Stellen (3,6 Prozent aller Stellen) unbesetzt. Dies ist das Ergebnis des zunehmenden Fachkräftemangels.

Dieser Mangel ist allerdings ein gesamtwirtschaftliches Problem und kein isoliertes Phänomen im Bildungssektor. Er umfasst sowohl Ausbildungsberufe als auch akademischen Berufe, und er ist

demographisch bedingt, weshalb wir erst am Beginn dieser Mangelsituation stehen. Bis 2030 werden die Baby-Boomer zunehmend in den Ruhestand gehen, während im gleichen Zeitraum die geburtschwachen Jahrgänge das Bildungssystem verlassen. Derzeit kommen auf jeden jungen Menschen, der in das Berufsleben einsteigt, ca. 1,1 Personen, die in Ruhestand gehen. Im Jahr 2031 wird sich das Verhältnis auf beinahe 1 zu 2 verändern. Dies bedeutet, dass sich der Fachkräftemangel in den kommenden 10 bis 15 Jahren erheblich verschärfen wird und dass das Problem auch nicht durch eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten oder durch zusätzliche Mittel lösen lässt.

### Deregulierung als Strategie – keine wirkliche Alternative!

Auch das KM scheint dies mittlerweile erkannt zu haben. Deutlich geworden ist dies im Programm „Lernen mit Rückenwind“. Hier gibt Mittel, aber keine Fachkräfte. Das KM ermöglichte deshalb, „sonstige geeignete Personen“ als Pädagogische Assistent\*innen einzustellen. Faktisch sind das nicht oder nicht adäquat ausgebildete Zusatzkräfte, die zudem im Vergleich zu Lehrkräften deutlich schlechter bezahlt werden. Diesen Weg will das KM jetzt fortsetzen. In den Haushaltsanforderungen sind insgesamt 534 Stellen für Pädagogische Assistent\*innen vorgesehen. 267 Stellen sind vorgesehen, um Pädagogische Assistent\*innen, die bislang auf umgewandelten Lehrkräftestellen geführt werden, auf eigene Haushaltsstellen zu überführen. Weitere 267 Stellen sollen neu geschaffen werden.

Diese Strategie wird auch an anderen Stellen sichtbar: Bis 2026 soll der Rechtsanspruch auf Ganztagesförderung in der

Entwicklung der Rücklagen, Sondervermögen und Ausgabereste (in Millionen Euro)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Rücklagen	293	141	0	668	341	521	1.765	2.366	7.316	7.998
Sondervermögen	1.118	1.261	1.192	1.016	775	590	855	1.025	1.845	1.731
Ausgabereste	1.883	2.207	2.287	2.671	3.405	4.233	5.581	6.358	6.765	k. A.
<b>Summe</b>	<b>3.294</b>	<b>3.609</b>	<b>3.479</b>	<b>4.355</b>	<b>4.521</b>	<b>5.344</b>	<b>8.201</b>	<b>9.748</b>	<b>15.925</b>	

Tabelle 2: Quelle: Landesrechnungshof Denkschrift 2022 – Entwicklung des Landeshaushalts

<i>Wofür das KM Stellen fordert</i>			
<i>Maßnahme</i>	<i>2023</i>	<i>2024</i>	<i>SUMME</i>
<i>Erhöhung Krankheitsvertretungsreserve</i>	55		<b>55</b>
<i>Ethik an Grundschulen u. Grundstufe SBBZ</i>	4	4	<b>8</b>
<i>Schulleitungsentlastungskonzept, Stufe III</i>	176,5		<b>176,5</b>
<i>Schülerzahlenentwicklung</i>	492	519	<b>1.011</b>
<i>Einsatz von Päd. Assistenten – Anpassung Systematik</i>	267		<b>267</b>
<i>Einsatz von Pädagogischen Assistenten – Ausweitung</i>	267		<b>267</b>
<i>Ausbau Islamischer Religionsunterricht</i>	15	15	<b>30</b>
<i>Ausbaukonzept Ganztagesbeschulung</i>	60	60	<b>120</b>
<i>Einbeziehen VKL in Ganztagesbeschulung</i>	90		<b>90</b>
<i>Abbaupfad Bugwelle an beruflichen Schulen</i>	20	20	<b>40</b>
<b>Summe</b>	<b>1.446,5</b>	<b>618</b>	<b>2.064,5</b>

Tabelle 3

Grundschule verwirklicht werden. Bis zu 80 Prozent der derzeitigen Ganztagesangebote haben allerdings keine rechtliche Grundlage, d. h. es gibt weder Qualitätsstandards noch Anforderungen an die Qualifikation des Personals. Die Praxis, in diesem Bereich „sonstige geeignete Personen“ einzusetzen, will das Land jetzt mit einer Änderung des Schulgesetzes festschreiben. Und auch im Kita-Bereich will das KM zulassen, dass bis zu 20 Prozent der notwendigen Fachkräfte durch „sonstige geeignete Personen“ ersetzt werden.

Dieses Vorgehen stellt nicht nur die Qualität von Bildung in Frage, sie führt auch zu einer Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen. Die Notwendigkeit einer abgeschlossenen Berufsausbildung als Voraussetzung für eine Tätigkeit soll nicht nur Qualität sichern, sondern auch eine entsprechende tarifliche Eingruppierung und Bezahlung. Beides wird in Frage gestellt.

Ob diese Strategie aber erfolgreich sein wird, muss angezweifelt werden. Der demographisch bedingte Fachkräftemangel verschwindet nicht, wenn man die Anforderungen an die Ausbildung

bzw. die entsprechende tarifliche Bezahlung dereguliert. Eine schlechtere Bezahlung produziert keine zusätzlichen Arbeitskräfte.

Die Regierung Kretschmann irrlichert durch die Haushaltsberatungen ohne Plan und Antworten auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts – weder finanz- noch personalpolitisch.

Notwendig wäre das Eingeständnis, dass das Schul- und Bildungssystem ohne zusätzliches qualifiziertes Personal nicht permanent zusätzliche Aufgaben erfüllen kann. Schulen und Einrichtungen können nur das leisten, wofür sie mit Personal ausgestattet sind. Wir brauchen deshalb eine Debatte, was Schulen und Einrichtungen unter der Voraussetzung eines demographisch bedingten Fachkräftemangels im kommenden Jahrzehnt leisten sollen und können. Für die Beschäftigten müssen vertretbare Arbeitsbedingungen möglich sein und die Schüler\*innen haben Anspruch auf ein qualitativ angemessenes Bildungsangebot. Das zeigt sich auch an der derzeitigen Debatte über die Ganztagesförderung in der Grundschule. Es ist nicht sinnvoll, auf dem Papier Rechtsansprüche

zu definieren, wenn in der Realität kein Personal dafür da ist, diese auch umzusetzen. Dies geht am Ende nur zu Lasten der Beschäftigten und der Kinder und Jugendlichen. █

**Michael Futterer**

Vorstandsbereich Grundsatzfragen





Fotos: Johanna Schreiber



### Austausch beim GEW-Sommerfest

Nach zwei Jahren Pause lud die GEW Baden-Württemberg wieder zum Sommerfest ein. Viele Gäste aus der Kultus- und Schulverwaltung, aus Politik, Presse, Gewerkschaften, Verbänden und dem GEW-Landesvorstand kamen gerne und nutzen die Gelegenheit zum ungezwungenen Austausch.

„Wir haben viel gearbeitet in diesem Jahr. Seit zweieinhalb Jahren beschäftigt uns die Coronapandemie und seit dem 24. Februar die Folgen des Angriffs Russlands auf die Ukraine mit vielen neuen Geflüchteten. Was wir spüren und was sehr nötig ist: Geld für gute Bildung“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein zur Begrüßung. ▀



**01** Volker Schebesta, Staatssekretär im KM (CDU) und Monika Stein (GEW).

**02** Monika Stein, Michael Hirn (beide GEW), Petra Häffner (Grüne), Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne)

**03** Michael Hirn, Monika Stein (GEW), Andreas Stoch (SPD-Vorsitzender)

**04** Rainer Dahlem, Ruben Eil, David Warneck (alle GEW), Sibylle Thelen (LpB)



**05** Andrea Bogner-Unden, Norbert Knopf (beide Grüne), vorne im Bild

**06** Ute Leidig, Staatssekretärin im Sozialministerium (Grüne)

**07** Andrea Bogner-Unden (Grüne), Daniela Weber (GEW), Renate Kupke, Mechthild Kiegelmann (beide AK Lesbenpolitik)

**08** Corinna Blume, Susanne Posselt, Thomas Reck, Jürgen Stahl (alle GEW)





**09** Stefan Fulst-Blei, Daniel Born, Katrin Steinhülb-Joos (alle SPD)

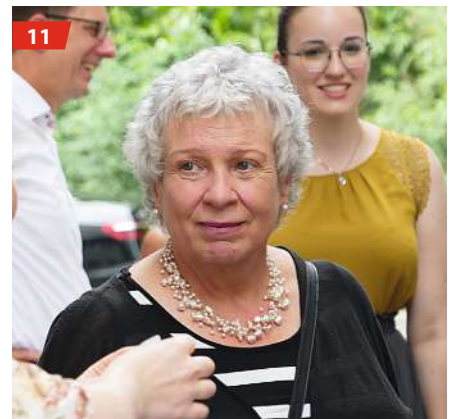
**10** Jörg Götz-Hege (GEW), Maren Diebel-Ebers (DGB), Doro Moritz (GEW)

**11** Petra Kilian (GEW)

**12** Ricarda Kaiser, Martin Morgen (beide GEW)

**13** Günter Klein (IBBW), Klaus Teichmann (ZSL)

**14** Inken König, Farina Semler (beide GEW)





## LERNMITTELFREIHEIT

## Wie Lehrkräfte dafür sorgen können, dass Eltern keine Kosten tragen müssen

Vor 2016 genügte ein Blick ins Lernmittelverzeichnis, um zweifelsfrei feststellen zu können, welche Schulbücher, Arbeitshefte oder sonstige Lernmittel den Schüler\*innen kostenfrei überlassen werden müssen. Doch dieses Hilfsmittel ist verschwunden. Übergangsbestimmungen enden 2022. Michael Rux ist der Frage nachgegangen: Warum gibt es dieses Instrument nicht mehr und was machen wir jetzt?

Die Lernmittelfreiheit hat in unserem Land Verfassungsrang: „Unterricht und Lernmittel an den öffentlichen Schulen sind unentgeltlich“. So bestimmt es die Landesverfassung in Artikel 14 Absatz 2. Konkretisiert wird dies im Schulgesetz (§§ 93, 94): In den öffentlichen Schulen „... hat der Schulträger den Schülern alle notwendigen Lernmittel mit Ausnahme von Gegenständen geringen Wertes leihweise zu überlassen, sofern die Lernmittel nicht von den Erziehungsberechtigten oder den Schülern selbst beschafft werden; ausnahmsweise werden sie zum Verbrauch überlassen, wenn Art oder Zweckbestimmung des Lernmittels eine Leihe ausschließen. Gegenstände, die auch außerhalb des Unterrichts gebräuchlich sind, gelten nicht als Lernmittel.“

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat 2001 die maßgebende Auslegung von Art. 14 der Verfassung vorgenommen (23.01.2001, AZ: 9 S 331/00):

1. Lernmittel im Sinne des Schulgesetzes für Baden-Württemberg sind Gegenstände, die für den Unterricht nach Anordnung der Unterrichtsverwaltung notwendig und zur Nutzung durch den einzelnen Schüler bestimmt sind.
2. Das Kultusministerium ist ermächtigt, durch Rechtsverordnung den Begriff des Lernmittels näher abzugrenzen sowie abstrakt festzulegen, welche Lernmittel je nach Schulart und -form, nach Typ und Zug (Profil) sowie in jeder Klassen- oder Jahrgangsstufe vorgesehen sind. Die für jeden Schüler konkret notwendigen Lernmittel zu bestimmen, obliegt – im Rahmen der Beschlüsse der Fachkonferenz sowie



Foto: imago

Nicht nur Schulbücher gehören zu den kostenlosen Lernmitteln.

- unter mitwirkender Beratung der Klassenpflegschaft – dem Fachlehrer.
3. Der Schulträger ist verpflichtet, die notwendigen Lernmittel zu beschaffen, ohne dass ihm das Recht zustünde, über die Notwendigkeit einzelner Lernmittel zu bestimmen oder mitzubestimmen. Durch die Regelungen der Lernmittelverordnung wird die Pflicht des Schulträgers hinsichtlich der „kleinen“ Lernmittel nicht auf bestimmte Pauscheträge begrenzt.
4. Das Gebot der Landesverfassung, dass Lernmittel unentgeltlich sind, umfasst nicht nur Schulbücher, sondern grundsätzlich alle Lernmittel.
5. Die Lernmittelfreiheit gilt nicht unmittelbar kraft Verfassung sofort; vielmehr ist der Gesetzgeber aufgerufen, sie stufenweise zu verwirklichen. Jedoch darf der Gesetzgeber eine einmal erreichte

- Stufe der Unentgeltlichkeit nicht wieder zurücknehmen. Das ließe sich auch nicht mit dem Hinweis auf immanente Grundrechtsschranken rechtfertigen.
6. Die Lernmittelfreiheit unterliegt nur einer Bagatellgrenze. Hiernach können Gegenstände auch ausgenommen werden, um einem Missbrauch vorzubeugen oder wenn ihre Beschaffung einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verursachen würde.“

Um diese Grundsätze landesweit ohne Rücksicht auf die Finanzlage der Schulträger (Städte und Gemeinden) sicherzustellen, erhalten diese vom Land pauschale Zuweisungen je Schüler\*in (mit Ausnahme der Grundschulen). In der Begründung zum oben zitierten Urteil führte das oberste baden-württembergische Verwaltungsgericht hierzu u. a. aus:



„Nach Art. 11 Abs. 1 LVerf hat jeder junge Mensch das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung, und zwar ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage. Dieser Grundsatz leitet das gesamte öffentliche Schulwesen (vgl. Art. 11 Abs. 2 LVerf) und bestimmt damit Sinn und Zweck auch der Lernmittelfreiheit: Die wirtschaftliche Lage des einzelnen Schülers soll vor allem dadurch bedeutungslos werden, dass Unterricht und Lernmittel an den öffentlichen Schulen möglichst völlig unentgeltlich sind. Die Regelung der Kosten weist Art. 14 Abs.

3 LVerf einem besonderen Schullastenausgleich zwischen den kommunalen Schulträgern und dem Land zu. Damit zeigt die Verfassung selbst den Ausweg auf, sollten die Kosten für Schulbau, Schulausstattung und Lernmittel die kommunalen Schulträger überfordern: Eine Entlastung der Kommunen hat durch das Land zu erfolgen, nicht durch die Schüler oder deren Eltern.“

### Was das KM daraus machte

Das Kultusministerium hat zur Umsetzung der Lernmittelfreiheit eine Lernmittelverordnung erlassen. Sie enthielt

## Ein Beispiel: Was sagte das Lernmittelverzeichnis zu den Realschulen?

Auszug aus dem Lernmittelverzeichnis des KM; Anlage zur Lernmittelverordnung vom 19.4.2004 (GBl. S. 368)

Unterrichtsfach und Art des Lernmittels	Klasse					
	5	6	7	8	9	10
<b>Evangelische und Katholische Religionslehre</b>						
Bibel			xx			
Gebets- und Liedersammlung	xx		xx		xx	
Lehrbuch	x		x		x	
Themenhefte	4		4		4	
Materialsätze	(4)		(4)		(4)	
<b>Ethik</b>						
Lehrbuch oder Themenhefte					x	
Materialsätze					(6)	
<b>Deutsch</b>						
Lesebuch	x		x		x	
Sprachlehrbuch	x		x		x	
Rechtschreibwörterbuch			xx			
Gedichtband/Ganzschriften					xx	
Literaturgeschichte					xx	
<b>Geschichte</b>						
Lehrbuch	x		x		x	
Geschichtsatlas			xx			
<b>Erdkunde - Wirtschaftskunde - Gemeinschaftskunde</b>						
Lehrbuch	x		x		x	
Berufskundliches Lehrbuch oder berufskundliche Materialien				xx		
Weltatlas mit Landesteil oder Universalatlas				x		
Grundgesetz und Landesverfassung				xx		
<b>Englisch und Französisch als Pflichtfremdsprache</b>						
Lehrbuch oder Themenhefte	x		x		x	
Grammatik				x	x	
Wörterbuch Fremdsprache - Deutsch/Deutsch - Fremdsprache			xx			
Liederheft			xx			
<b>Englisch und Französisch als Wahlpflichtfremdsprache</b>						
Lehrbuch oder Themenhefte	x		x		x	
Grammatik				x	x	
Wörterbuch Fremdsprache - Deutsch/Deutsch - Fremdsprache			xx			
Liederheft			xx			
<b>Mathematik</b>						
Lehrbuch	x		x		x	
Formelsammlung					x	
Zirkel			x			
Taschenrechner					x	

Unterrichtsfach und Art des Lernmittels	Klasse					
	5	6	7	8	9	10
<b>Informationstechnische Grundbildung</b>						
Lehrbuch oder Themenhefte			x			
<b>Naturwissenschaftliches Arbeiten</b>						
Lehrbuch oder Themenhefte		x				x
Lehrbuch Physik				x		
Lehrbuch Chemie				x		
Lehrbuch Biologie				x		
Experimentierbuch		xx		xx		
Bestimmungsbuch für Pflanzen				xx		
Bestimmungsbuch für Tiere				xx		
<b>Musik</b>						
Lehrbuch		x		x		x
Liederbuch		x		x		
Instrumentalsätze		xx		xx		xx
<b>Bildende Kunst</b>						
Lehrbuch Stil- und Kunstgeschichte				xx		xx
Linolbesteck				xx		
<b>Mensch und Umwelt</b>						
Lehrbuch				x		x
<b>Technik</b>						
Lehrbuch				x		x
Zeichenplatte, Reißzeug, Schablonen				xx		xx
<b>Orchester bzw. Instrumentalgruppen (AG)</b>						
Instrumentalsätze				xx		
<b>Chor (AG)</b>						
Chorsätze				xx		

Der Pauschbetrag für die im Verzeichnis nicht einzeln aufgeführten Lernmittel beträgt je Schüler und Schuljahr 20 Euro bis 33 Euro.

In die für die einzelnen Klassen/Jahrgangsstufen vorgesehenen Spalten sind einfache Kreuze, doppelte Kreuze oder Zahlen eingetragen. Dabei bedeuten:

- das einfache Kreuz (x): In dieser Klasse/Jahrgangsstufe ist das angegebene Lernmittel für jeden Schüler während des gesamten Schuljahres zum ständigen Gebrauch notwendig;
- das doppelte Kreuz (xx): In dieser Klasse/ Jahrgangsstufe ist das angegebene Lernmittel für den Schüler während des Schuljahres in der Regel nur zum vorübergehenden Gebrauch (Klassensätze) bestimmt. Bei der Zahl der an der Schule vorzuhaltenden Klassensätze sind die Zahl der Klassen (Parallelklassen/Züge bzw. Klassenstufen, in denen das Lernmittel benötigt wird) sowie die organisatorischen Möglichkeiten der Mehrfachnutzung zu berücksichtigen;
- eine Zahl: notwendige Anzahl des angegebenen Lernmittels in der betreffenden Klasse/Jahrgangsstufe je Schüler. Eine Zahl in Klammern gesetzt bezieht sich auf die Anzahl der Klassensätze.

## Kommentar

### Eine persönliche Erinnerung: Diskriminierung tut weh

Ich werde nie vergessen, wie es mir vor 65 Jahren geschah, dem Arbeiterkind im altherwürdigen Gymnasium, dessen Klassenkamerad\*innen und die meisten Lehrkräfte aus den „besseren Ständen“ stammten oder sich dazu zählten. Am ersten Schultag, wenn per Tafelanschrieb mitgeteilt wurde, welche Schulbücher wir beim örtlichen Buchhandel erwerben sollten, spielte sich alljährlich das gleiche Ritual ab. Der Klassenlehrer erhob die Stimme: „Rux, vorkommen, du hast ja Lernmittelfreiheit!“. Dann durfte ich mir am Lehrerpult einen Stapel recht verbrauchter Schulbücher abholen und vor den hämischen Augen meiner Mitschüler\*innen an meinen Platz tragen. Dass mich die Erinnerung heute noch schmerzt, erinnert

**„Schon die Frage nach der Bedürftigkeit stellt die Betroffenen bloß. Und genau das will die, hier bundesweit vorbildliche, Verfassung unseres Landes nicht.“**

mich daran, was Diskriminierung in der Realität bedeutet, und dass wir ihr heute noch entgegentreten müssen. Denn auch heute neigen manche Lehrkräfte und Schulleitungen dazu, sich als Stellvertreter des Finanzministers aufzuspielen. Sie fragen, welche Schüler\*innen beziehungsweise Eltern „bedürftig“ sind – und diesen „gewähren“ sie dann die Lernmittelfreiheit. Das ist ein klarer Verstoß gegen die Landesverfassung: Die Schüler\*innen besitzen einen Rechtsanspruch darauf, dass der Schulträger bzw. die Schule alle notwendigen Lernmittel kostenfrei zur Verfügung stellen. Nur wenn die Eltern oder die Schüler\*innen ein Lernmittel selbst beschaffen wollen, muss es nicht zur Verfügung gestellt werden. Unzulässig ist jede Prüfung der „Bedürftigkeit“ der Schüler\*innen oder ihrer Erziehungsberechtigten. Schon die Frage nach der Bedürftigkeit stellt die Betroffenen bloß. Und genau das will die, hier bundesweit vorbildliche, Verfassung unseres Landes nicht. Sie verbietet die Diskriminierung.

Und noch ein Wort an jene, die bei den Schüler\*innen am Schuljahresanfang ein sogenanntes „Kopiergeld“ oder eine ähnliche Umlage einkassieren: In jeder Schulklasse gibt es Kinder, deren Erziehungsberechtigte (oft ist das nur eine Person: die alleinerziehende Mutter, seltener der Vater) es sich nicht leisten können, dem Kind „die paar Euro“ mitzugeben, die mal für diesen und mal für jenen Zweck fällig werden. Da Armut als Schande empfunden wird, die man verdeckt, ist die Notlage dieser Schüler\*innen oft nicht sichtbar. Das müssen übrigens nicht nur die Kinder von Menschen sein, die Transferleistungen beziehen (Hartz IV, Aufstocker\*innen, Flüchtlinge). Es gibt auch viele Menschen mit einem Einkommen knapp oberhalb der Schwelle für gesetzliche Leistungen. Bisweilen sind die noch übler dran.

Wir Lehrkräfte, vor allem wir Mitglieder der GEW, sollten uns dessen stets bewusst sein: Wir bestehen auf der vollen Schulgeldfreiheit, wir machen keine kostspieligen Ausflüge, wir bekämpfen jede Form der Diskriminierung und Ausgrenzung solcher Kinder. Wir nehmen bei Klassenfahrten usw. keine Freiplätze für uns in Anspruch, sondern nutzen sie für bedürftige Schüler\*innen (das beschließen wir

**„Wir machen nicht mit bei der Erhebung von Kopiergeld und anderen versteckten Formen des Schulgeldes.“**

auch in der Gesamtlehrerkonferenz), und wir machen nicht mit bei der Erhebung von Kopiergeld und anderen versteckten Formen des Schulgeldes.

Und wir beraten die Eltern, soweit wir das können. Wir weisen sie auf das „Bildungspaket“ hin und unterstützen sie dabei, diese gesetzlichen Leistungen in Anspruch zu nehmen. Das ist ihr Recht. Ein solches Verhalten nenne ich Solidarität. Es macht und hält unser Land lebenswert und lebenswert. ▀

**Michael Rux**

einen Anhang, das sogenannte „Lernmittelverzeichnis“. Aus der bis 2016 geltenden Fassung drucken wir als Beispiel die Bestimmungen für die Realschulen ab. Die Tabellen für alle Schularten stehen auf: [www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de) (Suchwort Lernmittelverzeichnis).

In diesen Tabellen ist detailliert aufgeschlüsselt, welche Lernmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Schüler\*innen beziehungsweise ihre Eltern haben darauf einen rechtlichen Anspruch.

Die alte Verordnung wurde 2016 durch eine neue „Lernmittelverordnung“ (LMVO) ersetzt, in der jedoch das Lernmittelverzeichnis fehlte. Damit hat das Ministerium den Zugang zu wichtigen Informationen erschwert. Denn juristische Laien, beispielsweise Eltern, aber auch manche Lehrkräfte oder Schulleitungen, haben bisweilen Mühe zu verstehen, was die Formulierung „notwendige Lernmittel“ (LMVO (§ 1 Abs. 3) bedeutet. Dies sei am Englischunterricht an der Realschule erläutert:

1. Die Lernziele (Einsichten, Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten) sind im amtlichen Bildungsplan verbindlich vorgegeben.
2. Grundsätzlich entscheidet die einzelne Lehrkraft, wie und mit welchen Lernmitteln sie diese Zielvorgaben umsetzt („Methodenfreiheit“).
3. Dies geschieht mit jenen Lernmitteln, die im Lernmittelverzeichnis als „notwendig“ aufgeführt sind. Beim Englischunterricht in der Realschule sind dies ein Lehrbuch oder Themenhefte; die Schüler\*innen der Klassenstufen 5–6, 7–8 und 9–10 haben Anspruch auf kostenfreie – in der Regel leihweise – Überlassung je eines Exemplars während des gesamten Schuljahres. In den Klassenstufen 7–8 sowie 9–10 ist ihnen ferner eine Grammatik zur Verfügung zu stellen. Ferner müssen der Klasse/Lerngruppe in der gesamten Schulzeit (Kl. 5–10) im Unterricht ein Wörterbuch und ein Liederheft zur Verfügung stehen („Klassensatz“).
4. Die Lehrkraft kann die Lernziele auch mit anderen Mitteln und Methoden erreichen, z. B. analog über Arbeitsblätter oder digital über Lernprogramme, die Anleitung zur selbstständigen Internetrecherche usw. Auch dann haben die Schüler\*innen Anspruch auf kostenfreie Bereitstellung der



*„Tablets sind heute zweifelsfrei notwendige Lernmittel.“*

- Materialien und Geräte, denn auch dies sind „notwendige Lernmittel“.
5. Wichtig ist deshalb auch die Bestimmung am Ende der Tabelle, wonach der Schule „für die im Verzeichnis nicht einzeln aufgeführten Lernmittel“ jährlich ein Pauschbetrag je Schüler\*in zusteht. Daraus sind beispielsweise die im Englischunterricht verwendeten Arbeitshefte (Work Books) kostenlos zur Verfügung zu stellen.
  6. Da sich der Englischunterricht über die gesamte Realschulzeit erstreckt und der Lehrgang aus aufeinander aufbauenden Elementen besteht, ist es jedoch notwendig, dass sich die Schule einheitlich für das Schulbuchwerk eines Verlags oder ein bestimmtes digitales Lernprogramm entscheidet. Sonst käme es von Klasse zu Klasse und Jahrgang für Jahrgang zu einem Wirrwarr der Systeme. Deshalb haben die Fachkonferenz beziehungsweise die Schulleitung zu entscheiden, welche „notwendigen Lernmittel“ an der Schule verwendet und lernmittelfrei beschafft werden (LMVO § 1 Abs. 4).

#### **Das Verzeichnis ist auch heute noch wichtig**

Das verschwundene Lernmittelverzeichnis ist trotz seines formalen Außerkrafttretens immer noch relevant. Denn es gibt den 2016 erreichten Mindeststandard wieder. Da die Unentgeltlichkeit der Lernmittel „stufenweise verwirklicht“ wird, darf dieser Standard nicht mehr unterschritten, sondern muss ausgebaut werden.

Seit 2016 sind viele neue Entwicklungen eingetreten. So sind beispielsweise die „Pauschbeträge“ aufgrund der Preisentwicklung nicht mehr 1:1 anwendbar. Das Land hat dies bei den sogenannten „Sachkostenbeiträgen“ berücksichtigt, mit denen es im Rahmen des „Kommunalen Finanzausgleichs“ alle Schulträger finanziell gleichstellt: Diese Zuweisungen sind bei den Realschulen von 750 Euro im Jahr 2016 auf 1.027 Euro im Jahr 2022, also um 37 Prozent, angehoben worden. Die überholten Preisangaben des Lernmittelverzeichnisses können deshalb von den Schulen heute nicht einfach übernommen, sondern müssen der aktuellen Lage angepasst werden. Ein weiteres Beispiel für die notwendige Fortschreibung sind die elektronischen Lernmittel. 2015 hat man sich noch darüber gestritten, ob auch kompliziertere elektronische Taschenrechner lernmittelfrei zur Verfügung gestellt werden müssen. Seitdem sind die teuren Tablets dazugekommen und bei denen die Eltern mit Recht fragen: Müssen wir die Kosten hierfür tragen? Die Antwort ist eindeutig nein: Tablets sind heute zweifelsfrei notwendige Lernmittel, denn sie sind im Zeichen von Corona und von Fernunterricht „zur Erreichung der Bildungs- und Erziehungsziele des für den jeweiligen Bildungsgang gültigen Bildungs- bzw. Lehrplans sowie des Schulcurriculums erforderlich“ (LMVO § 1 Abs. 3). Zwar enthält die Verordnung die Einschränkung: „soweit diese nicht von den Erziehungsberechtigten oder

den Schülerinnen und Schülern selbst beschafft werden“. Wer also sein Kind damit selbst ausstatten will und sich das leisten kann, darf das tun. Aber auf die anderen Eltern und ihre Kinder darf kein Druck ausgeübt werden, sich ganz oder teilweise an diesen Kosten zu beteiligen. Das wäre ein klarer Verfassungsbruch. Wenn das KM das Lernmittelverzeichnis nicht gelöscht, sondern fortgeschrieben hätte, dann würden heute nicht nur einfache Taschenrechner zweifelsfrei als lernmittelfreie Ausstattungsgegenstände erkennbar sein, sondern auch die Tablets. Das würde manchen Streit an den Schulen vermeiden.

Schüler\*innen, ihre Eltern und Lehrkräfte können sich gegenüber den Schulleitungen (und diese gegenüber ihrem Schulträger) nach wie vor auf das Lernmittelverzeichnis berufen und sich an dessen (aktualisierten) Maßgaben orientieren. ■

**Michael Rux**

*Autor des GEW-Jahrbuchs*



50 JAHRE BERUFSVERBOTE

# Stärkt Gesinnungsprüfung die Demokratie?

Eines der folgenreichsten Desaster in der Geschichte der Bundesrepublik nannte der Publizist Heribert Prantl die „Berufsverbotspraxis“. 1977 wurde auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Einstellung in den Schuldienst verwehrt. Grundlage dieser Entscheidung war der „Radikalenerlass“ vom Januar 1972. Anfang Juli erinnerte eine Veranstaltung im Gewerkschaftshaus daran.



GEW-Landesvorsitzende Monika Stein unterstützt die Anliegen der Betroffenen auf der Gewerkschaftsveranstaltung Anfang Juli 2022.



Vortrag von Dominik Feldmann

**„Es zeichnet funktionierende Demokratien aus, wenn sie nicht nur auf Berufsverbote verzichten, sondern auch in der Lage sind, Fehler der Vergangenheit einzugestehen.“**

**Monika Stein,**  
GEW-Landesvorsitzende

In einer groß angelegten „Heidelberger Studie“ werden die Hintergründe, Abläufe und Folgen des Radikalenerlasses analysiert und an vielen Einzelbeispielen dargestellt. Prof. Edgar Wolfrum, Universität Heidelberg und Herausgeber der Studie, fasst zusammen: „Baden-Württemberg hat bis zum Exzess überprüft. Wir haben Beispiele gefunden, wo eine spanische Reinemachefrau, die als Aushilfe angestellt war, an der Universität vom Verfassungsschutz überprüft worden ist.“ Von 1973 bis 1990 bewirkte der „Schieß-Erlass“, benannt nach dem Innenminister Karl Schiess, ehemaliges NSDAP-Mitglied, fast 700.000 Regelanfragen an den Verfassungsschutz, die zu 2.000 „Erkenntnisfällen“ führten, zu 97 Prozent Menschen aus dem linken Spektrum. Bei 220 Bewerbungen lehnten die Oberschulämter die Einstellung ab und

entließen mindestens 66 Kolleginnen und Kollegen. Baden-Württemberg geriet zur „schwarzen Berufsverbots-Provinz“ (Prantl). Nicht nur Bewerber\*innen für den Staatsdienst, die an angeblich „verfassungsfeindlichen Bestrebungen“ teilnahmen oder diese unterstützten, durften nicht eingestellt werden, sondern alle, bei denen Zweifel bestanden, ob sie sich „jederzeit“ für die „Freiheitlich-demokratische Grundordnung“ einsetzen. Und solche Zweifel ergaben sich schließlich schon aus der Teilnahme an Demonstrationen gegen die offen neonazistische NPD oder die Stationierung von Atomraketen. Der damalige Ministerpräsident Hans Filbinger und ehemalige NS-Marine-richter wertete sogar die Kritik an der Überprüfungspraxis selbst als Grund, an der Verfassungstreue zu zweifeln. Sie sei

Teil einer Kampagne von linksgerichteten Gruppen gegen die Landesregierung, die sich bemühe, dem „Vordringen von Verfassungsgegnern in den Staatsdienst Einheit zu gebieten“. Schließlich rückte er sogar die SPD, deren Kanzler Willy Brandt den Radikalenerlass initiiert hatte, in die Nähe der Verfassungsfeinde.

An diese Praxis erinnerten Anfang Juli DGB, Verdi und GEW mit einer gemeinsamen Veranstaltung im Stuttgarter Gewerkschaftshaus. In einem Vortrag stellte Dominik Feldmann von der Uni



Foto: Erhard Korn

Köln die Hintergründe dar, hinterfragte aber auch eine juristische Traditionslinie, die selbst nicht in den demokratischen Werten des Grundgesetzes, sondern in einem letztlich autoritären Staatsverständnis wurzelte. Der „Radikalenerlass“ habe eine verfassungswidrige Überprüfung mehrerer Millionen und Verfolgung Zehntausender Anwärter\*innen für den öffentlichen Dienst oder dort bereits Beschäftigter ausgelöst. Er richtete sich nahezu ausnahmslos gegen engagierte Linke und führte zu zahlreichen Berufsverböten, die von Universitätsangehörigen, Lehramtsanwärter\*innen und Lehrkräften über Postbot\*innen bis hin zu Lokomotivführer\*innen reichten.

### Wunsch nach Entschädigung

Als Betroffene berichtete GEW-Kollegin Sigrid Altherr-König, dass sie 1978 unter

anderem als Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft abgelehnt worden war, da man dieser eine Nähe zu Kommunist\*innen unterstellte. Einen ersten Arbeitsgerichtsprozess hatte sie 1980 gewonnen, in der höheren Instanz aber verloren. Mit GEW-Rechtsschutz gelangte sie 1996 doch in den Schuldienst, da der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Radikalenerlass als Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention eingestuft hatte. Eine Dankurkunde bescheinigt Altherr-König treu geleistete Arbeit – trotzdem fehlen ihr jeden Monat etwa 1.000 Euro an der Pension, so dass sie auf einen Nebenjob angewiesen ist. Anderen allerdings geht es noch schlechter, sie müssen sich mit Minirenten von 700 Euro über Wasser halten.

Für die nun meist älteren Betroffenen ist die Frage einer Entschädigung daher drängend. Wenig Verständnis haben sie für die zögerliche Haltung der Landesregierung. In einem SWR-Interview mit Wilfried Kretschmann verwies dessen früherer Uni-Rektor George Turner auf seine Fürsprache. Turner hatte so, unterstützt von einer öffentlichen Solidaritätskampagne, dem früheren Gymnasiallehrer schließlich doch noch ins Beamtenverhältnis verholfen.

Man müsse die von der Landesregierung veranlasste „Heidelberger Studie“ abwarten, beschied Kretschmann und weist so seit 10 Jahren Mahnbrieft aus dem Kreis der Betroffenen zurück. Die Studie liegt nun seit Mai vor. Im Geleitwort betont Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, dass die Praxis die Lebensentwürfe junger Menschen zerstört und Existenzen gefährdet habe. Doch der Ministerpräsident gibt vor, größere Probleme lösen zu müssen. Das erweckt aber bei den Opfern der Landespolitik den Eindruck, er setze auf eine „biologische Lösung“, so Klaus Lipp. In einem gemeinsamen Schreiben forderten daher auch die Vorsitzenden von DGB, Verdi und GEW die Anerkennung des Unrechts und die Bereitschaft zur materiellen Entschädigung. DGB-Landesvorsitzender Kai Burmeister schrieb, dass die Zeit des Abwartens vorbei sei: „Jetzt muss eine Entschuldigung und eine materielle Entschädigung kommen.“

Bei der Veranstaltung im Gewerkschaftshaus unterstrich Monika Stein, dass Berufsverbote noch nie ein Mittel gewesen wären, um Extremismus zu

bekämpfen. „Es zeichnet funktionierende Demokratien aus, wenn sie nicht nur darauf verzichten, sondern auch in der Lage sind, Fehler der Vergangenheit einzugestehen.“ Daher gelte es, Unrecht schnell zu korrigieren und die Kolleginnen und Kollegen bald zu entschädigen. Betroffen zeigte sich der junge Grüne MdL Peter Seimer. Er versprach, sich bei den Haushaltsberatungen für die Betroffenen einzusetzen. Nach 50 Jahren sei es Zeit, Ungerechtigkeiten zu korrigieren.

### Kulturkampf

Deutlich wurde in der Veranstaltung aber auch, dass die Wirkungen des Radikalenerlasses weit über die direkten Opfer hinausgingen und eine Atmosphäre des Misstrauens oder gar der Bespitzelung förderte. Schon das Aufstellen eines Infotischs des GEW-Nachwuchses oder die Anmeldung einer Demo gegen Lehrermangel konnte in den Akten festgehalten und als Kritik an der damaligen Staatspartei CDU aufgefasst werden und eine Aufstiegsblockade darstellen. Der Schieß-Erlass geriet zur Waffe in einem „Kulturkampf“, so Edgar Wolfrum in der Studie, in dem erzkonservative Politiker wie Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder in Baden-Württemberg Positionen durchzuboxen versuchten, die man heute am rechten Rand des Parteienspektrums findet.

International bildete sich allerdings eine einflussreiche Gegenbewegung, und auch national protestierten Intellektuelle stimmgewaltig gegen den „Demokratieverschleiß“ (Ingeborg Drewitz). Nicht zuletzt demonstrierte die aufmüpfige Generation der 68er, auch in der GEW, dass sie nicht bereit war, die Aushöhlung der Demokratie hinzunehmen. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte abschließend fest, dass der Radikalenerlass die Grundrechte der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit verletzte. ■

**Erhard Korn**

### Studie:

• **Edgar Wolfrum (Hrsg.):** *Verfassungsfeinde im Land? Der "Radikalenerlass" von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik.* Wallstein Verlag 2022



ULLI-THIEL-FRIEDENSPREIS 2022

**Viele hervorragende Arbeiten eingegangen**



Foto: Donat Nohr

Der erste Preis ging an die SMV der Bodenseeschule St. Martin in Friedrichshafen

Der „Ulli-Thiel-Friedenspreis“ für Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg ist Mitte Juli 2022 zum dritten Mal im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe verliehen worden. Den mit 500 Euro dotierten ersten Preis erhielt die Schülermitverantwortung (SMV) der Bodenseeschule St. Martin in Friedrichshafen. „Wir ziehen in den Frieden“, unter diesem Motto hatte sie anlässlich des Kriegs in der Ukraine einen Sternmarsch für Schüler\*innen aus Friedrichshafener Schulen organisiert, der in eine Kundgebung mündete. Dabei hatte jede Schule die Möglichkeit, ein Statement zur aktuellen Situation beizutragen und sich an Aktionen zu beteiligen. Die Jury würdigte mit dem Preis das große Engagement, mit der es der SMV gelang, 2500 Schüler\*innen für die Friedensaktion zu beteiligen.

Auf den zweiten Platz (400 Euro) kam ein Beitrag der Spitalhofschule Ulm. Ausgehend von einem Liedtext, in dem ein Engel das Samenkorn des Friedens pflanzt, schrieb die Lerngruppe 3b Elfchen-Gedichte und packte sie mit Blumensamen in kleine Tüten. Auf dem Münsterplatz sangen die Schüler\*innen das Lied, trugen ihre Gedichte vor und verkauften die Samentütchen an Passant\*innen.

Ein Rap von Schüler\*innen des Melanchthon-Gymnasiums Bretten und ein in Gemeinschaftsarbeit entstandenes Märchen von Klasse 3 der Hubert-Burda-Schule Offenburg-Fessenbach wurden als dritte Plätze mit je 250 Euro ausgezeichnet. Da in diesem Jahr so viele hervorragende Arbeiten eingereicht wurden, entschied sich das Gremium des Ulli-Thiel-Friedenspreise spontan, noch vier Anerkennungspreise zu je 50 Euro zu vergeben. Damit wurde die 11. Klasse des Robert-Gerwig-Gymnasiums in Hausach bedacht, ein T-Shirt-Projekt des Johann-Sebastian-Bach-Gymnasiums Mannheim sowie zwei Gemälde von Schülerinnen zum Thema „Frieden“. Ein Sonderpreis ging an die Berufsfachschule Johanna-Wittum in Pforzheim für ihren „Friedenskoffer“.

Der Preis wird von der Evangelischen Landeskirche in Baden, der DFG-VK Baden-Württemberg, „pax an!“ – Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung und pax christi Freiburg und Rottenburg-Stuttgart ausgelobt. Der Namensgeber Ulli Thiel (1943–2014) war Sonderschullehrer, GEW-Kollege, Friedensaktivist und Ideengeber der Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm 1983, der bislang größten Aktion der Friedensbewegung in Deutschland. Von ihm stammt der

Spruch „Frieden schaffen ohne Waffen“, der zum Motto des Preises geworden ist. Dazu gab es in diesem Jahr 29 Einsendungen – ein Rekord! Das zeigte ein gesteigertes Interesse der Schulen an dem Friedenspreis und machte es der Jury besonders schwer, die vier Preisträger\*innen auszuwählen.

**2023 werden 6 Preise vergeben**

Die neue Ausschreibung für den Wettbewerb 2022/23 startete am 21. September, dem Weltfriedenstag. Der Einsendeschluss ist der 28. April 2023, die Preisverleihung am 7. Juli 2023 in Karlsruhe. Mit der Württembergischen Landeskirche kommt ein weiterer Veranstalter hinzu, so dass sechs Preise im Wert von 200 bis 500 Euro sowie zwei Sonderpreise im Wert von je 100 Euro ausgeschrieben sind. ▀

**Klaus Pfisterer**

 Mehr Informationen unter:  
[www.ulli-thiel-friedenspreis.de](http://www.ulli-thiel-friedenspreis.de)



## ANGEBOT DES SWR

**Nachrichten-App „Newszone“ für junge Menschen**

Seit wenigen Monaten bietet der Südwestrundfunk (SWR) mit der App „Newszone“ Nachrichten für junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an – ein gesellschaftspolitisch und pädagogisch relevanter Schritt.

Das junge SWR-Angebot DAsDING wirbt mit der Ansage „Volle Kontrolle. Deine Themen. Dein Style. Kein Gelaber. Keine Werbung“. Es verspricht einfachen, individualisierbaren Zugang zu Nachrichten in der interaktiven News-App und ist bewusst auch für Menschen ohne Studium und Abitur gemacht. Damit will der SWR 16- bis 25-Jährige erreichen, die sich und ihre Lebenswirklichkeit in den klassischen öffentlich-rechtlichen Nachrichten häufig nicht wiederfinden. Inhaltlich setzt „Newszone“ auch einen Schwerpunkt auf Good News. Mit einem divers zusammengesetzten Newsteam zielt der SWR auf das Informationsbedürfnis junger Menschen. In Zeiten von Fakenews, Clickbait, Abfallen, falschen Versprechen und als News getarnter Werbung auf vielfältigen Plattformen und Social-Media-Kanälen ist dies ein wichtiger Beitrag zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags.

Wie notwendig das ist, zeigt die Studie „Quelle: Internet? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test“ der Stiftung Neue Verantwortung (SNV). Die Studie hat der SWR im Mai 2022 mit dem Hans-Bausch-Mediapreis des SWR für gesellschaftliche Verantwortung in digitalen Öffentlichkeiten ausgezeichnet. Wesentliches Ergebnis ist, dass Nutzer\*innen teilweise große Schwierigkeiten damit haben, den Unterschied zwischen interessengesteuerter Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Journalismus wahrzunehmen.

Die drei Autor\*innen hatten dazu die digitale Nachrichten- und Informationskompetenz der Bevölkerung in Deutschland in einem Test vermessen. Die Studie zeigt, dass eine geringe digitale Nachrichtenkompetenz auch mit einer sinkenden Bereitschaft einhergeht, sich überhaupt über Politik zu informieren. Mit der Wertschätzung für unabhängigen Journalismus sinkt der Studie zufolge auch das Grundvertrauen in die Demokratie und die Fähigkeit, auch andere Meinungen zu tolerieren. //

Doro Moritz

## MUND ZU! OHREN AUF!

**Neuer GEW-Podcast gestartet**

Jetzt gibt's was auf die Ohren. Die GEW ist vor den Ferien mit dem Podcast „Mund zu! Ohren auf!“ gestartet. Damit informiert die GEW zukünftig

mit einem zusätzlichen Medium über aktuelle bildungspolitische Themen aus der gewerkschaftlichen Perspektive. In der ersten Folge spricht GEW-Referentin Ute Kratzmeier mit der Gymnasiallehrerin Fabia Holland-Cunz und David Warneck, stellvertretender GEW-Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrats über die Sommerferienarbeitslosigkeit von 3.895 befristet beschäftigten Pädagog\*innen und etwa 4.000 bis 5.000 Referendar\*innen. //

b&amp;w



Mehr Informationen unter:  
[www.gew-bw.de/podcast](http://www.gew-bw.de/podcast)

## ARBEIT IN DER GEW

## INTERVIEW MIT GEW-MITGLIEDERN

**Bernhard Baumstark**

Was fällt dir als Erstes ein, wenn du ans neue Schuljahr denkst?

Prekäre Personalsituation.

Du bist ÖPR-Vorsitzender am SSA Rastatt/Baden-Baden und Mitglied im BPR Karlsruhe. Wie kriegst du mit, dass der Lehrkräftemangel im GHWRGS-Bereich groß ist?

Zurzeit laufen ganz viele Einstellungsgespräche mit sogenannten Nichterfüller\*innen, also Menschen, die sich für den Lehrkräfteberuf bewerben, ohne eine vollständige Lehrerausbildung zu haben. Alle Bewerbungen in unserem Bereich laufen über unseren Tisch. Wenn ich es zeitlich schaffe, bin ich bei den Gesprächen dabei.

Was erlebst du dabei?

Manchmal bin ich erstaunt, welch gut qualifizierte Menschen sich bewerben. Es gibt auch Absagen, wenn sie merken, wie wenig sie als Vertretungskraft mit E9 verdienen. Auch die befristete Einstellung ist nicht allen klar. Vielen denken, wenn sie einen Fuß in der Tür haben, ist auch eine Entfristung möglich.

Es gibt auch Abordnungen von Lehrkräften, um Lücken zu stopfen. Läuft das problemlos?

Das führt oft zu Unmut, weil das auch schon seit Jahren so läuft. Wenn Lehrkräfte an zwei Schulen unterrichten müssen, ist das auch schwierig für den kollegialen Zusammenhalt.

Kann man sich dagegen wehren?

Man kann die Nichtzustimmung aussprechen. Alter oder Schwerbehinderungen können ein Hinderungsgrund sein. Wichtig ist, dass Schulleitungen transparent damit umgehen und nicht ungefragt eine Auswahl treffen.

Was stimmt dich positiv?

Dass es immer noch viele junge Menschen gibt, die ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen.

## ÄNDERUNGEN AB 1. AUGUST 2022

# Arbeitsverträge müssen mehr Informationen enthalten

Bis Ende Juli 2022 musste Deutschland die „EU-Arbeitsbedingungenrichtlinie“ in deutsches Recht umsetzen. Ziel ist, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, indem eine transparente und vorhersehbarere Beschäftigung gefördert und zugleich die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes gewährleistet wird. Die Arbeitsbedingungenrichtlinie sieht unter anderem vor:

- Erweiterung der bereits in der Nachweisrichtlinie vorgesehenen Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung über die wesentlichen Aspekte des Arbeitsverhältnisses (sog. Nachweispflichten, die im deutschen Recht im Nachweisgesetz geregelt sind),
- Festlegung von Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen in Bezug auf die Höchstdauer einer Probezeit, Mehrfachbeschäftigung, Mindestvorhersehbarkeit der Arbeit, Ersuchen um einen Übergang zu einer anderen

Arbeitsform sowie Pflichtfortbildungen. Diese Aspekte wurden im Teilzeit- und Befristungsgesetz umgesetzt. Das überarbeitete Nachweisgesetz (NachwG) wurde am 23. Juni 2022 verabschiedet und tritt zum 1. August 2022 in Kraft. Arbeitgeber, die nicht oder nicht richtig über die wesentlichen Arbeitsbedingungen informieren, handeln künftig ordnungswidrig. Ihnen droht dann pro Fall ein Bußgeld bis zu 2.000 Euro.

Beschäftigte, deren Arbeitsverträge vor 1. August 2022 abgeschlossen wurden, können ihren Arbeitgeber auffordern, ihnen die Daten, die Arbeitsverträge jetzt zusätzlich enthalten müssen, innerhalb von sieben Tagen mitzuteilen. Bei jeder künftigen Vertragsänderung müssen auch diese alten Verträge nach der Vertragsänderung den neuen Anforderungen des Nachweisgesetzes entsprechen.

Bei Anwendung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes (z.B. Kirchen, private

Bildungsträger) empfiehlt es sich, im Arbeitsvertrag auf den TVöD bzw. TV-L hinzuweisen sowie einen allgemeinen Hinweis auf die geltenden Betriebs- oder Dienstvereinbarungen aufzunehmen und die Einzelheiten detailliert entsprechend dem NachwG zu platzieren. So z. B. nicht „Es gelten die Bestimmungen des TV-L“, sondern: „Die Dauer der Probezeit richtet sich nach § 2 Abs. 4 TV-L“.

Ein alter Arbeitsvertrag muss nicht zwingend an das neue Nachweisgesetz angepasst werden. Ein vom Arbeitgeber unterzeichnetes und nachgeliefertes Dokument mit den nötigen Angaben sollte genügen. Man kann dem Arbeitgeber den Empfang mit Unterschrift quittieren, damit auch die Arbeitgeberseite einen Beleg hat. ▀

**Inge Goerlich**

Redaktion GEW-Jahrbuch

## GEW KOOPERIERT MIT NETZWERK FÜR DEMOKRATIE UND COURAGE (NDC)

# Online-Workshops gegen Diskriminierung



Netzwerk für Demokratie und Courage

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist ein bundesweites Netzwerk, das junge Freiwillige zwischen 18 und 30 Jahren dafür qualifiziert, vorwiegend an Schulen und mit anderen Jugendgruppen Projekttag zu Rassismus, Diskriminierung und menschenverachtenden Einstellungen durchzuführen. Zielgruppe sind vor allem Jugendliche ab 14 Jahren bzw. der 8. Klasse.

Die Projekttag dauern in der Regel sechs Schulstunden (circa fünf Zeitstunden inklusive Pausen). Die Angebote für Jugendliche sind kostenlos buchbar siehe: [www.netzwerk-courage.de](http://www.netzwerk-courage.de)


Zuvor lohnt sich ein Blick auf die Webseite des zuständigen Ländernetzwerks (siehe „NDC in den Ländern“. Die einwöchige Teamschulung, um selbst aktiv zu werden, ist ebenfalls kostenlos und erfordert keinerlei Vorwissen oder Erfahrung in der Bildungsarbeit.

Als Kooperationspartner des NDCs bietet die GEW Baden-Württemberg diesen Winter zwei Online-Workshops zu Diskriminierung im Schulkontext an.

**Titel:** Sei mutig – Was tun bei rechter Hetze im Klassenzimmer?

**Zielgruppe:** Akteure im Kontext Schule. ▀

**Rebecca Rüdtenklau**

 **Mehr Informationen unter:**  
bei Rebecca Rüdtenklau, [ndc@lago-bw.de](mailto:ndc@lago-bw.de)  
und [www.-courage.de](http://www.-courage.de)

## Einladung

**Bundesfachtagung der AJuM**

**Freundschaft in  
Kinder- und Jugendmedien**


**04. – 06.11.2022**

**ZSL, Außenstelle Bad Wildbad**

*Kinder- und Jugendliteratur ist ohne Freundschaftsmotiv kaum denkbar. In literaturwissenschaftlichen und didaktischen Diskursen der Kinder- und Jugendliteratur erfährt Freundschaft bislang wenig Aufmerksamkeit.*

*Vorträge, Lesungen und Workshops machen aktuelle Entwicklungen sichtbar, stellen zeitgemäße Zugänge für pädagogische Kontexte vor und bieten Raum für Diskussionen.*

*Die Tagung richtet sich an alle, die sich mit Kinder- und Jugendliteratur befassen.*

 **Informationen und Anmeldung:**  
[www.gew.de/ajum-tagung](http://www.gew.de/ajum-tagung)



## LANDESWEITE GEW-KAMPAGNE „Wir sind keine Packesel“

Unter dem Motto „Gemeinsam anpacken – gegen Arbeitsverdichtung und Arbeitszeiterhöhung“ prangerte die GEW zum Schuljahrsende in verschiedenen GEW-Kreisen die zunehmende Arbeitsbelastung an Bildungseinrichtungen im Land an.




GEW-Landesvorsitzende Monika Stein fordert Entlastung für Lehrkräfte bei Kundgebung auf dem Augustenplatz in Freiburg.



Aktion am Rande der Personalversammlung in Bietigheim Ende Juni 2022.

An Infoständen und mit Unterschriftsammlungen in Schulen, mit Plakaten und Kundgebungen in Innenstädten oder bei Personalversammlungen forderten GEW-Kolleg\*innen Entlastung auf allen Ebenen: Bei der Inklusion, Digitalisierung, Ganzttag oder bei der Beschulung von Flüchtlingen. In erster Linie müsse die Landesregierung aber mit allen Mitteln den Lehrkräftemangel bekämpfen. Ein Plakat machte deutlich, wie es vielen Kolleg\*innen in den Schulen geht: Sie brennen für ihren Job, müssen aber zunehmend aufpassen, dass sie dabei nicht verbrennen. //

b&w

 **Mehr Informationen + Umfrage unter:**  
[www.gew-bw.de/gew/umfrage-arbeitsbelastung](http://www.gew-bw.de/gew/umfrage-arbeitsbelastung)



Kolleginnen der Anne-Frank Gemeinschaftsschule in Karlsruhe protestieren schriftlich.



Aktion an der Comenius-Realschule in Wertheim.



## Böblingen

Foto: privat



Von links: Alessa Hornung (GEW), Peter Seimer (MdB, Grüne), Raul Coelho (GEW) und Simone Rybar-Zerweck (GEW)

Viele Zuschriften erreichten die GEW-Fraktion im ÖPR Böblingen, nachdem sie eine Petition zu „A13/E13 für Grundschullehrkräfte“ an viele Entscheidungsträger\*innen der Landespolitik geschickt hatten. Es meldeten sich unter anderem Matthias Miller MdL (CDU) als Mitglied des Petitionsausschusses, Sabine Kurtz MdL (CDU), Daniel Hager-Mann (Grüne) Ministerialdirektor, die Kultusministerin Theresa Schopper, die zusicherte „die Inhalte der Petition mit in die Gespräche“ der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein

zu nehmen, sowie der Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Mit über 700 Petitionsunterschriften im Gepäck sprach die GEW Böblingen auch mit dem Landtagsabgeordneten Peter Seimer (Grüne) über das Thema. Dabei wurde nicht vergessen darauf hinzuweisen, dass bereits acht Bundesländer Lehrkräfte der Grundschulen nach A13/E13 bezahlen und es an der Zeit wäre, dass die baden-württembergische Landesregierung nachzieht. Hierbei stellt sich nicht die Frage, was eine Anhebung der Besoldungsstufe kosten würde,

sondern, was es das Land kosten würde, wenn die Anhebung nicht vorgenommen würde. Um den Lehrermangel zu bewältigen, werden nicht höhere Deputate oder ein größerer Klassenteiler benötigt, sondern gut ausgebildete und anständig bezahlte Lehrkräfte.

Ausgerechnet in der Schulart, in der die meisten Deputatsstunden geleistet werden, die heterogenste Schülerschaft besteht und die Basis für den weiteren Bildungswegs gegeben wird, erhalten die Lehrkräfte eine geringe Wertschätzung. Das kann und darf nicht länger akzeptiert werden. Wenn vermieden werden soll, dass die in Baden-Württemberg ausgebildeten Lehramtsanwärter\*innen, wie in den letzten Jahren geschehen, ins Ausland oder in andere Bundesländer weglaufen, muss der Beruf dringend attraktiver werden. Die skandalöse Entlassung der befristet beschäftigten Lehrkräfte über die Sommerferien war ein weiterer Punkt, der im Gespräch mit dem Landespolitiker angesprochen wurde. Bildung scheint in unserem Bundesland nur eindimensional als Kostenfaktor gesehen zu werden, bei dem die längerfristigen Kosten, die dem Personalmangel geschuldet sind, ausgeblendet werden. █

**Raul Coelho**

## Neckar-Odenwald-Kreis

Nach fast dreijähriger Corona-Pause lud die GEW Neckar-Odenwald wieder zum kulturellen Abend nach Mosbach ein. Im Mittelpunkt stand die Ehrung langjähriger Mitglieder. 145 Kolleginnen und Kollegen aus drei Jahrgängen konnten auf viele Jahre Mitgliedschaft in der GEW zurückblicken.

Sage und schreibe 71 Jahre ist Walter Kappl mit seinen fast 97 Lebensjahren Mitglied in der GEW! Walter Kappl war selbst viele Jahre im GEW-Vorstand, zuletzt als Pressewart. Der Kreisvorsitzende Bernhard Edin bedankte sich bei ihm und allen Kolleg\*innen für ihre langjährige Verbundenheit mit der GEW und ihre Solidarität mit der gewerkschaftlichen Arbeit

Bernhard Edin konnte selbst auf 30 Jahre Mitgliedschaft zurückblicken. Dafür und für sein engagiertes Wirken



Foto: privat

Langjährige, treue GEW-Mitglieder aus dem Neckar-Odenwald-Kreis. Walter Kappl (Bildmitte) ist seit 71 Jahren bei der GEW.

als Kreisvorsitzender sprach ihm Liselotte Haaß ihren herzlichen Dank aus. Drei weitere Mitglieder des Kreisvorstandes wurden für ein rundes GEW-Jubiläum geehrt: Uli Nutzinger (45 Jahre), Annelie Gimber (40 Jahre) und Lucia Bleienstein-Six (35 Jahre).

Stellvertretend für alle seien die Kolleginnen und Kollegen genannt, die über 60 Jahre Mitglied in der GEW sind: Hans Beck (63 Jahre), Horst Philipp (64 Jahre), Maria Glaser 67 Jahre. █

**Liselotte Haaß**

## Hechingen

Foto: privat



Der GEW-Ortsverband Hechingen unterwegs in Hamburg

Nach drei Jahren coronabedingter Zwangspause fand im Frühsommer 2022 erstmals wieder eine der bereits traditionellen Kulturreisen des GEW-Ortsverbands Hechingen statt.

30 Teilnehmer\*innen machten sich auf den Weg in die norddeutsche Metropole Hamburg. Neben einem ausführlichen Besichtigungsprogramm – einer großen

Hafenrundfahrt, einem Spaziergang durch die Speicherstadt, einem Besuch im Auswanderermuseum und in der Kunsthalle sowie einer Führung im Stadion des FC St. Pauli und einer Erkundung des Miniaturwunderlands – stand vor allem die Kultur im Mittelpunkt. //

**Josef Scheu**

## Waldshut

Foto: privat



von links: Marietta Dopita, Susanne Gögelbecker, Rudolf Schöps, Friedrich Budin, Elmar Werner, Wolfgang Stangenberg, Lothar Zoller, Wolfgang Hör, Arnold Becker, Manfred Fögele; vorne: die Vorsitzenden Benita Hasselblatt und Anika Bächle

Nach langer coronabedingter Pause fand Ende Juni die Ehrung langjähriger GEW-Mitglieder des Kreises Waldshut im Wirtshaus Deli in Tiengen statt. Bei bestem Wetter und toller Verpflegung bedankte sich die Kreisvorsitzende Benita Hasselblatt bei den Jubilar\*innen

für ihre jahrelange Treue und Verbundenheit zur GEW. Geehrt wurden die Jubilar\*innen für 25 bis zu 62 Jahren Mitgliedschaft. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von der Band Ben & Kilya. //

**Anika Bächle**

## Konstanz



Foto: Hans Pannwitz

Von links: Lisa Sauer (Skipsy Singen), Hans Pannwitz (GEW Konstanz), Nico Wahl (Luisenlinik Radolfzell)

1000 Euro spendeten GEW-Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreis Konstanz im Zusammenhang mit der Corona Bonuszahlung an drei soziale Einrichtungen für Menschen, die ganz unmittelbar von den Folgen der Coronakrise betroffen waren: „Skipsy“ (Abkürzung für Kinder aus Singen, deren Eltern psychisch krank sind), die Luisenlinik in Radolfzell, eine (teil-) stationäre Einrichtung für psychisch erkrankte Menschen und die GEW-Stiftung „Fair Cildhood“, die sich gegen Kinderarbeit und für Bildungsgerechtigkeit weltweit einsetzt.

Das war ein starkes solidarisches Signal der Kolleg\*innen! Danke für die großzügige Unterstützung! Die Gelder sind bei den Einrichtungen mit großem Dank angekommen und bei unserer GEW-Aktion „Wir sind keine Packesel“ übergeben worden. Wer noch spenden möchte, findet den Aufruf auf [www.gew-bw.de/konstanz](http://www.gew-bw.de/konstanz). //

**Hans Pannwitz**



## Unsere Jubilare – die GEW gratuliert zum...

### 75. GEBURTSTAG

**Horst Schmukal**  
Weinsberg, \* 12.08.1947  
**Michael Gerloff,**  
Konstanz, \* 16.09.1947  
**Brigitte Färber,**  
Freiburg, \* 04.10.1947  
**Magdalene Haug,**  
Heilbronn, \* 11.10.1947  
**Joachim Gerhardt,**  
Leutenbach, \* 31.10.1947

### 80. GEBURTSTAG

**Katalin Erat,**  
Neuhausen, \* 05.10.1942  
**Jürgen Schweigert,**  
Stuttgart, \* 05.10.1942  
**Wolfgang Hänle,**  
Welzheim, \* 08.10.1942  
**Bertold Mueller,**  
Löffingen, \* 11.10.1942

**Elke Lang,**  
Schorndorf, \* 13.10.1942  
**Wolfgang Stangenberg,**  
Bad Säckingen, \* 21.10.1942  
**Siegrun Frank,**  
Ötigheim, \* 26.10.1942  
**Doris Kapp-Mair,**  
Karlsruhe, \* 27.10.1942  
**Siegfried Klöpfer,**  
Pfullingen, \* 28.10.1942  
**Franz Schmieder,**  
Schwäbisch Gmünd,  
\* 29.10.1942

### 85. GEBURTSTAG

**Wolfgang Schröer,**  
Graben-Neudorf, \* 03.10.1937  
**Ingeborg Haury,**  
Lauffen / Neckar, \* 03.10.1937  
**Gisela Grossklaus,**  
Karlsruhe, \* 10.10.1937

**Hildegard Blümmel,**  
Freiburg, \* 21.10.1937

### 90. GEBURTSTAG

**Rainer Eisenzapf,**  
Bad Dürkheim, \* 24.10.1932  
**Hansjoerg Grieb,**  
Bretzfeld, \* 25.10.1932  
**Otto Wurst,**  
Reutlingen, \* 29.10.1932

### 92. GEBURTSTAG

**Hans Seiter,**  
Pfinztal, \* 20.10.1930

### 93. GEBURTSTAG

**Maria Schilling,**  
Tuttlingen, \* 09.10.1929

### 95. GEBURTSTAG

**Walter Bosch,**  
Giengen, \* 01.10.1927

### 97. GEBURTSTAG

**Erwin Immler,**  
Esslingen, \* 17.10.1925

### 100. GEBURTSTAG

**Rosine Wagner,**  
Stuttgart, \* 12.10.1922  
**Kurt Raddatz,**  
Baiersbronn, \* 13.10.1922

Wir veröffentlichen die Jubilare nur, wenn sie aktiv zugestimmt haben. Wer genannt werden möchte, schickt uns bitte drei Monate vorher eine Nachricht per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65), per E-Mail (Datenpflege@gew-bw.de) oder nutzt die Internetseite: [www.gew-bw.de/jubilaeum](http://www.gew-bw.de/jubilaeum).

## Pforzheim / Enzkreis



Die Geehrten mit 50, 55 und 60 Jahren Zugehörigkeit zur GEW, links und rechts flankiert von den Kreisvorsitzenden Dietrich Gerhards und Joachim Eichhorn

Kreisvorsitzenden Dietrich Gerhards und Joachim Eichhorn für ihre Treue ab 25 Jahren Mitgliedschaft ausgezeichnet. Beide lobten sie das Engagement der aktiven und ehemaligen Lehrkräfte und besonders würdigten sie zwei Herren, die ebenfalls seit langer Zeit Mitglied der GEW sind: Wolfgang Hofer, der ehemalige Leiter der Grundschule Ellmendingen wurde für 60 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet und freute sich, viele alte Weggefährten wieder einmal zu treffen. Mit ihm zusammen wurde der ehemalige Rektor der Grund- und Hauptschule, Herwarth Wissmann ebenfalls für 60 Jahre treue Mitgliedschaft geehrt.

Umräumt wurde der Abend der Ehrungen vom Pforzheimer Künstler und Puppenspieler Raphael Mürrle, der seine Figuren über die Bühne tanzen und singen ließ. Bei einem festlichen Buffet wurde alles noch einmal eifrig nachbesprochen und viele neue und alte Geschichten ausgetauscht. ▀

**Joachim Eichhorn**

Alle konnten natürlich nicht kommen, sonst wäre die Aula in der Grundschule Eisingen übergelaufen. Aber viele ließen es sich nicht nehmen, persönlich zu erscheinen, nachdem zwei Jahrgänge GEW-Zugehörigkeit aufgrund von Corona nicht geehrt werden konnten. Die rund 80 Personen wurden von den beiden



## Unseren Toten zum Gedenken

### Günter Bartel, Realschullehrer

\* 07.06.1936 in Halberstadt  
† 26.07.2022 in Heidenheim / Brenz

### Winfried Boeckler, Sonderschullehrer

\* 28.08.1942 in Schwäbisch Hall  
† 20.07.2022 in Heilbronn

### Ute Eckle, GHS-Lehrerin

\* 15.09.1941 in Künzelsau  
† 09.08.2022 in Crailsheim

### Prof. Albert Fetzer, Hochschulprofessor

\* 28.03.1936 in Heidenheim  
† 29.06.2022 in Schwäbisch Gmünd

### Dieter Gänsler, GHS-Lehrer

\* 20.07.1943 in Künzelsau  
† 30.06.2022 in Bad Friedrichshall

### Christiane Gentner, GHS-Lehrerin

\* 23.10.1939 in Königsberg  
† 24.07.2022 in Neuenbürg

### Gertraud Graser-Braun, Gymnasiallehrerin

\* 26.05.1952 in Röt  
† 05.08.2022 in Wetzlar

### Evelyn Greiner, GHS-Lehrerin

\* 03.07.1952 in Dublin / Irland  
† 02.03.2022 in Uhldingen-Mühlhofen

### Erwin Gronmayer, Konrektor

geb. 19.11.1935 in Ulm / Donau  
gest. 13.08.2022 in St. Blasien

### Manfred Haug, GHS-Lehrer

\* 28.05.1949 in Esslingen a. N.  
† 24.05.2022 in Schopfloch-Oberflingen

### Horst Hassert, GHWS-Lehrer

\* 12.09.1938 in Hoffenheim  
† 31.07.2022 in Hoffenheim

### Reinhard Huppenbauer, Sonderschullehrer

\* 17.06.1947 in Tübingen  
† 08.08.2022 in Kerlouan / Frankreich

### Georg Purkl, Sonderschullehrer

\* 19.09.1942 in Pforzheim  
† 20.06.2022 in Crailsheim

### Wolfgang Rieck, Gymnasiallehrer

\* 03.02.1953 in Stuttgart  
† Anfang August 2022 in Stuttgart

### Anne Schnapper, GHS-Lehrerin

\* 15.08.1949 in Tübingen  
† 28.07.2022 in Tübingen

### Monika Stärker-Weineck, Realschullehrerin

\* 12.10.1934 in Gelsenkirchen  
† 07.08.2022 in Heidelberg

### Bettina Stephan, Rektorin

\* 15.05.1935 in Zwickau  
† 06.07.2022 in Oedheim

### Klaus Straub, Sonderschullehrer

\* 08.05.1942  
† 11.06.2022 in Calw

Wir veröffentlichen die Todesfälle nur, wenn die Verstorbenen uns dies vorab erlaubt haben oder die Angehörigen dies wünschen. Benachrichtigungen bitte per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per E-Mail (Datenpflege@gew-bw.de) oder über [www.gew-bw.de/jubilaeum](http://www.gew-bw.de/jubilaeum) | Stand 05.09.2022

### GEWINNSPIEL ZUR GEW-UMFRAGE

## Auslosung abgeschlossen



Foto: Gabby Riegel

Barbara Becker, Ricarda Kaiser, Monika Stein und Thomas Reck (von links) zogen die Lose.

Die GEW hat die letzten Monate ihre Mitglieder gefragt, wie zufrieden sie mit der Kommunikation ihrer Gewerkschaft sind. Sehr viele Kolleg\*innen haben sich dankenswerterweise daran beteiligt. In der Juli-Ausgabe der b&w haben wir auf Seite 44 über die Ergebnisse berichtet.

Wer mitmachte, konnte gewinnen. Ende Juli wurden die Gewinner\*innen ausgelost. Ein Mitglied bekam als Hauptgewinn einen Gutschein fürs Löchnerhaus auf der Insel Reichenau. 14 GEW-Mitglieder können sich über verschiedene Kommunikations-Spiele freuen. Die GEW sagt Danke fürs Mitmachen. ▀

b&w

## Ostwürttemberg



Foto: privat

GEW-Kolleg\*innen aus Ostwürttemberg informieren sich in der Synagoge in Oberdorf über die jüdische Geschichte des Ortes.

Von den knapp 1.300 Einwohnern Oberdorfs gehörten 1838 fast 43 Prozent dem jüdischen Glauben an. Dies war für die Senioren Ostwürttemberg ein Grund, um der Geschichte dieser Menschen und dieses Ortes nachzugehen. Geführt wurden sie dabei von Frau Fuchs, der Stadtarchivarin Bopfingens.

Schon im Mittelalter gehörten Menschen jüdischen Glaubens zu unserem Alltag. Allerdings wurde ihnen die Ausübung vieler Berufe verwehrt, so dass letztlich vor allem der Handel mit Geld übrig blieb. Infolgedessen konnte man sich fast ausschließlich bei Juden Geld leihen. Wurden die Schulden zu hoch, verwies man die Juden einfach aus der Stadt und war damit seine Schulden los. Über Oberdorf herrschten die Grafen von Oettingen. Sie nahmen die Juden nicht ganz uneigennützig auf. So wurden sie mit Sondersteuern belegt und mussten gegen Geld einen meist zeitlich befristeten Schutzbrief erwerben. Neben dem Bau einer Synagoge durften sie damit, zwar mit Einschränkungen, auch verschiedene Berufe ausüben. So wuchs die jüdische Gemeinde. Eine jüdische Schule wurde gegründet, ein jüdischer Friedhof angelegt, eine koschere Metzgerei eröffnet. Ebenso entstanden zwei Fabriken, die auch Arbeitsplätze für die christliche Bevölkerung boten – ein friedliches Miteinander war gegeben. Schließlich erhielt Oberdorf das achte von insgesamt dreizehn Rabbinate in Württemberg.

Die bürgerliche Gleichstellung der Juden erfolgte in Württemberg 1864. Damit entfielen Sondersteuern und Niederlassungsverbot. Die zunehmende Industrialisierung führte jedoch zur sogenannten Landflucht, was auch die jüdische Gemeinde in Oberdorf kleiner werden ließ. Im 1. Weltkrieg kämpften die jüdischen Bürger selbstverständlich Seite an Seite mit den christlichen Bürgern für ihr Vaterland.

Den verlorenen Krieg und die sich anschließende Weltwirtschaftskrise machten sich die Nationalsozialisten mit ihrer abstrusen Rassentheorie zu Nutze. Jüdische Bürger wurden zu Sündenböcken und verfolgt. Zwar konnte die Vernichtung der Synagoge am 9. November 1938, der Reichspogromnacht, noch verhindert werden, die SA-Männer aus Schwäbisch Gmünd reisten in der folgenden Nacht jedoch erneut an. Die Synagoge wurde angezündet und brannte aus. Da Bopfingen an der direkten Zugstrecke nach Stuttgart liegt, erfolgte auch von dort die Deportation jüdischer Menschen auf den Stuttgarter Killesberg, von wo aus sie in die Vernichtungslager gebracht wurden. Nur wenigen war es vergönnt, vorher auswandern zu können.

Die Synagoge erlebte im Laufe der Zeit unterschiedliche Nutzungen, bis sie schließlich 1993 restauriert und in eine Gedenk- und Begegnungsstätte umgewandelt wurde. //

**Margit Wohner**

### Einladung

#### Fachtagung


**Mehr Mitgestaltung in digitaler Lebenswelt**

**09. – 10.11.2022**

**ZSL, Außenstelle Bad Wildbad**

Der digitale Wandel darf nicht durch ökonomische Interessen und technische Innovationen allein bestimmt werden. Es braucht mehr Mitgestaltung und Mitbestimmung in der digitalen Lebens- und Arbeitswelt. Im Fokus der Tagung stehen aktuelle Studien und kritische Analysen aus Schule, Personalwesen und betriebliche Bildung.

U.a. mit dem stellvertretenden GEW-Vorsitzenden David Warneck: *Ergebnisse und Folgerungen aus der aktuellen GEW-Studie zu Folgen von Corona*

 **Tagungsprogramm und Anmeldung:**  
ev-akademie-boll.de

## Leserbriefe



b&w 07-08/2022

### S. 3 „Unbezahlte Sommerferien sind unwürdig“

#### 40 Jahre alte Noten verhindern Entfristung

Monika Stein schreibt in ihrem Editorial: Die Landesregierung „riskiert, dass die befristet beschäftigten Kolleg\*innen nach den Ferien nicht mehr zur Verfügung stehen, weil sie anderswo ein attraktiveres und unbefristetes Angebot annehmen.“ In meinem Fall ist das richtig. Ich arbeite ab September in Bayern – unbefristet! Nach drei befristeten Verträgen in Baden-Württemberg, war ich nicht mehr bereit, einen unbefristeten Vertrag anzunehmen und wieder in den Sommerferien beim Arbeitsamt anzuklopfen.

Die letzten Jahre vor meiner Rente wollte ich aus familiären Gründen in Baden-Württemberg arbeiten. In einer Grundschule auf der Alb, dort wo händeringend Lehrkräfte gesucht werden. Vor drei Jahren bekam ich meinen ersten befristeten Vertrag als Krankheitsvertretung. In einer kleinen Grundschule habe ich als Klassenlehrerin jahrgangübergreifend fachfremd Deutsch und Mathe unterrichtet. Eltern und Kolleg\*innen waren froh, dass ich da war.

Für eine Entfristung sind nach Aussage des Regierungspräsidiums Tübingen meine Noten (3,2) nicht gut genug. Vor fast 40 Jahren habe ich in Baden-Württemberg meine Lehramtsausbildung abgeschlossen. Damals waren die Einstellungschancen aussichtslos, was meine Motivation für die Ausbildung nicht beflügelte. Meine Abschlussnoten von 1984 sind jedoch noch heute maßgebend. Meine gute Beurteilung der Schulleitung aus meiner langjährigen Angestelltenzeit in Bayern spielt keine Rolle. Auch die Beurteilung aus meiner Vertretungszeit in Baden-Württemberg interessiert niemand. Wenn ich Schüler\*innen unterrichten soll, spielen die Noten keine Rolle, nur

wenn ich einen unbefristeten Vertrag mit bezahlten Sommerferien haben will, werden 40 Jahre alte Noten herangezogen. Unbezahlte Sommerferien mindern nicht nur mein Gehalt. Sie schmälern auch meine Rentenansprüche und meine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung, sollte ich länger arbeitslos werden. Dazu kommt unsäglicher Verwaltungsaufwand. Wenn man den Antrag beim Arbeitsamt zu spät stellt, wird auch hier gekürzt. Monika Stein hat recht: Das ist unwürdig und völlig unverständlich bei akutem Lehrkräftemangel.

*Cornelie Bucka*

### S. 3 „Unbezahlte Sommerferien sind unwürdig“

#### Jährlich grüßt das Murmeltier

Zum Editorial „Unbezahlte Sommerferien sind unwürdig“ kann ich ergänzen, dass es das Problem schon bei meinem Dienst Eintritt 1976 gab. Auch damals wurde eine Kollegin im Juli entlassen und im September wieder eingestellt. Man empfahl ihr im Wiederholungsfall, die unbefristete Anstellung einzuklagen, weil damit ihr Bedarf im Schuldienst nachgewiesen sei.

Was diese Unsicherheit nicht nur für die betroffenen Kolleg\*innen, sondern auch für die Schulleitungen, Kollegien und die Schüler- und Elternschaft bedeutet, muss man erlebt haben. Die Planungsunsicherheit während den Ferien setzt die betroffenen Schulleitungen unter enormen zusätzlichen Stress. Davon haben sie bei der fehlenden Unterrichtsversorgung mit Lehrkräftestunden und sonstigen nicht planbaren Vorkommnissen vielerorts ohnehin schon genug. Schulleitungen brauchen nicht mehr Geld, sondern Planungssicherheit und Entlastung seitens der Bürokratie.

Warum konnte das Problem bis heute mit all den Regierungen und jetzt auch mit grünem Ministerpräsidenten und grüner Kultusministerin nicht behoben werden? Die 14 Millionen Euro wären gut investiert in die Gesundheit der Kolleg\*innen und der Schulleitungen. Aber die Kultusministerien hat einen schweren Stand gegenüber dem Finanzminister (der muss

sparen auf Teufel komm raus) und dem Innenminister (der will lieber ein paar Polizist\*innen mehr, die er heutzutage natürlich auch braucht). Hat nicht ein weiser Politiker vor vielen Jahren gesagt: „Was wir heute an der Schule einsparen, brauchen wir morgen für die Polizei?“ Und zum Schluss noch die Frage: Was hat das Land Baden-Württemberg die Kampagne "The Länd" gekostet?

*Gerald Hans Czerny*

### S. 16 Titelthema

#### „Lerntherapie in der Schule“

#### Dysgrammatismus auch identifizieren

Voll und ganz möchte ich den Inhalt der einzelnen Beiträge unterstützen. Als wir das Lesen Lernen nach der Ganzwortmethode unterrichteten, sahen wir uns zum ersten Mal zuhauf mit Legastheniker\*innen konfrontiert. Daraus haben wir gelernt, dass wir in den Klassen verschiedene Leselerntypen sitzen haben, die wir jeweils zu berücksichtigen haben. Daraufhin gelang es, die Zahl der Kinder, die mit Lesen und Schreiben Probleme hatten, wieder zu reduzieren.

Als ich danach in NRW die Gelegenheit hatte, eine 1. Klasse bis zur 4. führen zu können, setzte ich mein Wissen ein, und es entwickelten sich keine Legastheniker\*innen.

In den Artikeln wird ein Defizit nicht genannt, mit dem ich mich allerdings erst nach meinem aktiven Schuldienst konfrontiert sah: Dysgrammatismus. Die Betroffenen werden innerhalb der Schulzeit als solche nicht erkannt und haben einen wilden und schmerzhaften Bildungsverlauf. Sie sollten wenigstens als solche identifiziert werden können und die passende Zuwendung bekommen.

*Paula Kienzle*



## Termine

### GEW

#### Ak Lesbenpolitik

Unser nächstes Treffen findet am  
 > **Freitag, 14.10.2022**, 16:45 – 19:00 Uhr  
 in der Landesgeschäftsstelle,  
 Silberstraße 7a in Stuttgart statt.  
**Informationen unter:**  
 lesbenpolitik@gew-bw.de

#### Ak Schwulenpolitik

Unser nächstes Treffen findet am  
 > **Samstag, 22.10.2022**, 10:00 – 13:00 Uhr  
 in der Landesgeschäftsstelle,  
 Silberstraße 7a in Stuttgart statt.  
**Informationen unter:**  
 schwulenpolitik@gew-bw.de



Im September 2022 erhält den **LesePeter** das Kinderbuch (ab 8 Jahre) von Dita Zipfel (Autorin) & Bea Davies (Illustratorin) „Brummps. Sie nannten ihn Ameise“ Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München 2021, 136 Seiten, 15,00 €

Ausführliche Rezensionen unter:  
[www.ajum.de](http://www.ajum.de) (LesePeter)

## Leseverträge

Der Lesevertrag ist eine Vereinbarung zwischen der Lehrkraft und dem Kind in der Grundschule. Er soll regelmäßiges häusliches Lesen anregen. Burkhard Fries bietet das Formular seit vielen Jahren an. Auch für dieses Schuljahr hat eine aktualisierte Fassung erarbeitet.

 **Download unter:**  
[www.gew-bw.de/lesevertraege](http://www.gew-bw.de/lesevertraege)

### GEW-Kreise und Ortsverbände

#### Stuttgart

> **Freitag, 28.09.2022**, 17:00 – 19:00 Uhr  
**Einladung zur Mitgliederversammlung des Kreisvorstand Stuttgart:** Der Kreisvorstand Stuttgart lädt alle Kolleg\*innen zur nächsten Mitgliederversammlung mit der Landesvorsitzenden Monika Stein ein.  
**Ort:** Aula der Max-Eyth-Schule, Fritz-Elsas-Straße 29 in Stuttgart  
**Weitere Informationen unter:**  
 kv-stuttgart@gew-bw.de

#### Reutlingen/Tübingen

> **Samstag, 05.11.2022**, 9:30 – 16:30 Uhr  
 Seminar „Friedensbildung in konfliktreichen Zeiten“  
 Ort: Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9, 72072 Tübingen  
**Anmeldung an bezirk.sw@gew-bw.de**

#### Pforzheim

> **Mittwoch, 09.11.2022**, 14:30 Uhr  
 Pflege im Alter – Hilfen und Angebote  
 Mit Thomas Vogel, Leiter des Betreuungsvereins der Caritas Pforzheim  
**Infos und Anmeldungen bis 20.10.2022 an GEW Mitglieder im Ruhestand:**  
 Udo Kaupisch 07231 73427

### Impressum

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg  
**Verantwortlicher Redakteur:** Michael Hirn  
**Geschäftsführende Redakteurin:** Maria Jeggle  
**Regelmäßige Mitarbeiter\*innen:** Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Frank Osterlow, Andreas Schuler, Marco Stritzinger  
**Koordination GEW-Design:** Evi Maziol  
**Layout:** Virginia Scaldavilla  
**Schlusskorrektur:** Frank Osterlow

**Anschrift der Redaktion:**  
 b&w, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,  
 Telefon: 0711 21030-36,  
 E-Mail: b+w@gew-bw.de

**Beilage:** „Die Unterrichtspraxis“  
 erscheint 8-mal im Jahr.  
**Redaktion:** Thomas Strehle  
 und Miriam Hannig  
 E-Mail: up@gew-bw.de

**Verlag mit Anzeigenverwaltung:**  
 Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV),  
 Silberstraße 7A, 70176 Stuttgart,  
 Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799,  
 E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de

**Geschäftsführung:**  
 Hans Maziol, Monika Stein

**Verantwortlich für Anzeigen:**  
 Melanie Focali, Tel.: 0711 21030-772,  
 melanie.focali@spv-s.de

**Anzeigenschluss:** ca. 15. des Vormonats

b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag. Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser\*innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

**Druck:** GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim  
**Druckauflage:** 50.000 Exemplare,  
 (3. Quartal 2022)  
 Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

**Die nächsten Hefte von b&w erscheinen:**  
 Nr. 10 / 2022 am 28.10.2022,  
 Redaktionsschluss: 19.09.2022  
 Nr. 11 / 2022 am 25.11.2022,  
 Redaktionsschluss: 24.10.2022  
 siehe auch: [www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw/](http://www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw/)  
 Dieses Heft wurde am 14.09.2022 für den Druck abgeschlossen.

GEW Baden-Württemberg, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,  
 Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37  
 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

# Für mehr Durchblick. *Neu im SPV.*

## Eltern-Jahrbuch 2022

Gut informierte Eltern sind die besseren Partner!

Das Eltern-Jahrbuch enthält die für Eltern und vor allem für die Elternvertreterinnen und Elternvertreter notwendigen Informationen aus dem Schulrecht des Landes. Auch in diesem Jahr wieder als **Eltern-Jahrbuch *plus*** inkl. pdf-Datei.



Preis pro Exemplar **15,00 €**  
Preis für Eltern-Jahrbuch **plus 18,00 €**



Alle Preise inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten

süddeutscher  
pädagogischer  
verlag **spv.**

**Zu bestellen unter:**  
Süddeutscher Pädagogischer Verlag  
Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Fax: 0711 21030799  
Per Mail: [bestellservice@spv-s.de](mailto:bestellservice@spv-s.de)  
Onlineshop: [www.spv-s.de](http://www.spv-s.de)



### Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221/39 39 30**

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de)



### BITTE SPENDEN SIE JETZT!

**Online** [www.savethechildren.de/nothilfe-fuer-kinder](http://www.savethechildren.de/nothilfe-fuer-kinder)

**Überweisung** Save the Children e.V.  
Stichwort: Nothilfeprogramme weltweit  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE92 1002 0500 0003 2929 12



[www.savethechildren.de](http://www.savethechildren.de)

